Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 257. Dienstag, 4. November 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Entscheidende Stunden im Reichsrat.

Reichskanzler und Reichsfinanzminister verteidigen die Tribut-Erfüllungs-Gesetze.

vdz. Berlin. (Funkspruch.) Die heutige Reichsratssitzung fand im Saale des Reichshaltsausschusses statt, der gewählt worden war, um durch den größeren Rahmen die besondere Bedeutung dieser Tagung zu unterstreichen.

Da der Reichstag jetzt nicht versammelt ist, waren die Parlamentarier sehr zahlreich anwesend. Unter ihnen bemerkte man auch Reichstagspräsidenten Löbe.

Reichskanzler Brüning erschien in Begleitung des Reichsfinanzministers Dietrich. Bald darauf kamen auch Reichsminister Stegerwald und Curtius. Später waren auch die Ministerpräsidenten Braun und Held vertreten.

Reichskanzler Dr. Brüning

eröffnete die Sitzung mit Worten der Begrüßung.

Die jetzige öffentliche Tagung des Reichsrates, so fuhr er fort, ist die Fortsetzung der während der letzten 14 Tage mit der Reichsregierung und den Ländern geführten vertraulichen Verhandlungen über die großen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir stehen vor einem Gesetzkomplex, das von so großer Bedeutung ist, wie es seit vielen Jahren noch nicht vorgelegen hat, in jeder Beziehung, so zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem zu unserer Wirtschaftspolitik und vor allem zu unserer Außenpolitik. Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplanes bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch parteipolitisch zusammengesetzt ist, dafür zu sorgen, daß von dieser Freiheit der richtige Gebrauch gemacht wird und Sicherungen dafür getroffen werden, daß diese Freiheit unter allen Umständen erhalten bleibt. Die Freiheit ist auch mit Opfern verbunden.

Das Ziel unserer Politik ist, die Aktionsfähigkeit unserer Außenpolitik zu erweitern. Wir müssen das Vertrauen zu unserer Wirtschaft wiedergewinnen. Ausland und Inland, vor allem aber Wirtschaft, erwarten, daß das Finanz- und Wirtschaftsprogramm in kürzester Frist Gesetz werde.

Die deutsche Wirtschaft muß unter allen Umständen, wenn es gelingen soll, dem Problem der Arbeitslosigkeit einigermaßen Herr zu werden, wieder Vertrauen in die deutsche Finanzgebahrung, für die deutsche Zukunft bekommen. Es bedarf keiner Frage, daß ein gewisser Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückzuführen ist auf eine gewisse Resignation und eine Vertrauenskrise. Ein gewisser Zug der Resignation, der durch unsere Wirtschaft geht, muß beseitigt werden.

Wir haben die feste Zuversicht, daß es bei Anspannung aller Kräfte Deutschland gelingen wird, den Anschluß an die weltwirtschaftliche Umstellung zu finden und daß Deutschland weniger leiden wird, als andere Länder. Der Streit bei den kommenden Verhandlungen wird im Reichsrat gehen um die 100 Millionen-Kürzung an den Länderüberweisungen, um das Bauprogramm der Reichsregierung, um die Senkung der Realsteuern und um den endgültigen Finanzausgleich, den wir in Form eines Rahmengesetzes Ende dieser Woche Ihnen zuleiten werden. Es wird möglich sein, die Realsteuern zu senken. Das soll der Schluß sein zu den Preissenkungs-Maßnahmen der Regierung, denn damit soll das Argument beseitigt werden, das jetzt gegen die Preissenkung im Kleinhandel und bei den Lebensmitteln angewandt wird. Wir bedürfen zur Durchführung der Preissenkung der Unterstützung der Oeffentlichkeit und der Presse. Wir sind auch überzeugt, daß es möglich sein wird, den Wohnungsmarkt in Gang zu bringen. Wir müssen in diesem oder im nächsten Jahre zu einer Ueberleitung des Wohnungsmarktes von der reichsstaatlichen Unterstützung zur Privatwirtschaft kommen, weil wir sonst in zwei oder drei Jahren vor einem jähen Absturz stehen und jahrelang Hunderttausende arbeitsloser Bauarbeiter haben würden.

Unbedingt notwendig ist rücksichtslose Sparsamkeit auf allen Gebieten, denn mit weiteren Steuererhöhungen können wir den Finanzbedarf nicht mehr decken. Auch in der Tabakbesteuerung haben wir jetzt das Optimum erreicht. Die einzige Steuer, die noch erhöht werden könnte, wäre die Umsatzsteuer, aber eine solche Erhöhung wäre unvereinbar mit unserer Preissenkungsaktion. Zur Kürzung der Beamtengehälter mußten wir greifen, weil einfach ein anderer Weg nicht vorhanden war. Wir haben das gewiß nicht leichten Herzens getan, aber wir meinen, daß die Beamtenschaft sich zu jedem Opfer in das Volksganze einfügen wird. Nach einiger Zeit wird man erkennen, daß durch diese Notmaßnahmen die Reichsregierung dem Berufsbeamtentum keinen Schaden, sondern einen vollen Dienst erwiesen hat. Wir müssen an den Reichsrat die Bitte richten, innerhalb 14 Tagen die Gesamtheit dieser Gesetze zur Verabschiedung zu bringen. Das ist gewiß eine außerordentlich schwierige Arbeit, aber sie ist notwendig zur Wiederberuhigung der öffentlichen Atmosphäre in Deutschland und zur Ankurbelung der Wirtschaft, die die Voraussetzung ist für eine Preissenkung und für eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Wir haben uns damit beschäftigt, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann, aber die Reichsregierung lehnt es ab, in dieser Stunde Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, weil Voraussetzung die Beschaffung von Kapital und Kredit ist. Das wird nur möglich sein, wenn es gelingt, vorher in kürzester Frist dieses Gesetzgebungswerk zu erledigen. Der Reichsrat befindet sich in einer großen geschichtlichen Stunde seiner Tätigkeit. Sie wissen alle, daß schnelles Handeln notwendig ist, und daß davon ein großes Stück der Zukunft des deutschen Volkes abhängig ist.

Reichskanzler Dr. Brüning führte noch aus, daß die agrarpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung nicht irgendwie hinderlich sein können, zu einer wirklichen Preissenkung auch auf dem Gebiete der Lebensmittel zu kommen.

Reichsfinanzminister Dietrich

erläuterte dann die vorliegenden Gesetzentwürfe im einzelnen. Es handelt sich dabei um den Etat, um das Gehaltskürzungsgesetz um das Gesetz des Personalaufwandes, um kürzungsgesetz, um das Gesetz des Personalaufwandes, um der bisher als Notverordnung verfügten Zuschläge zu den höheren Einkommensteuerstufen, um die Fortsetzung der Erhöhung der Tantiemesteuer, um die Senkung der Realsteuern und die Vereinfachung des Steuersystems. Die Umlage zur Erhöhung der Tabaksteuer wird in den nächsten Tagen eingehen.

Der Reichshaushalt, wie er Ihnen jetzt vorliegt, weist in Einnahmen und Ausgaben insgesamt eine Summe von 106 555 000 Mark auf. Diese Summe ist gegenüber dem endgültigen Etat des Jahres 1930, wie er auf Grund der Notverordnung vom Juli aufgestellt war, um 1,14 Milliarden gesenkt.

Zunächst haben wir das Haupt- und Kernproblem erfaßt, indem zunächst die Arbeitslosenversicherung abgehängt wurde, bis auf einen Betrag von 420 000 Millionen Mark für die Krisenfürsorge. Dadurch ist gegenüber den Ansätzen 1930 auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung eine Minderausgabe von 267 Millionen entstanden. Dieser Abstrich ist möglich, weil sich die Arbeitslosenversicherung durch die in der Zwischenzeit erhöhten Beiträge von 6½ Prozent, die hoffentlich nicht für längere Zeit notwendig sein werden, selbsterhalten muß.

Im neuen Haushalt konnten infolge der Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung 267 Millionen gespart werden.

Die Gehaltskürzungen bedeuten für das Reich, einschl. der Post, eine Ersparnis von 124 Millionen, für Länder und Gemeinden eine solche von 270 Millionen. Davon sollen 170 Millionen den Ländern und Gemeinden verbleiben, während 100 Millionen von den Ueberweisungen gekürzt werden sollen. Diese Kürzung ist notwendig, und dadurch diesen Abstrich soll der Gedanke dokumentiert werden, daß ein starker Druck in der Richtung der Sparsamkeit auf der ganzen Linie ausgeübt werden muß. Durch diese Maßnahme soll auch erreicht werden, daß um jeden Preis die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden in Ordnung gebracht werden. Eine Drosselung der Wirtschaft durch neue Steuern würde nicht zu Mehreinnahmen, sondern zu verstärkten Steuerausfällen führen.

Besonders schwierig ist die Frage, in welcher Form die Gehaltskürzung in den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden soll, ob sie von Reichs wegen vorgeschrieben, ob von Reichs wegen eine Ermächtigung gegeben, oder ob sie Ländern und Gemeinden überlassen werden soll. Die jetzige Regelung sieht vor, daß die Länder berechtigt und verpflichtet sind, die Bezüge ihrer Beamten im Ausmaße des Reiches zu kürzen und zwar auch im Verordnungswege.

Das gleiche gilt für die Gemeinden mit der Maßnahme, daß die Länder berechtigt sind, die Kürzung für die Beamten der Gemeinden mit unmittelbarer Wirkung und entgültig im Verordnungswege anzuordnen. Wenn die Gemeinden die vorgesehene Kürzung nicht bis zum 1. März 1931 von sich aus angeordnet haben, sind die Länder verpflichtet, diese Kürzung mit Wirkung vom 1. April 1931 ab von sich aus wirksam anzuordnen.

Das Gesetz über die Ausgabenbegrenzung bezieht sich darauf, daß in Reich, Ländern und Gemeinden die Ausgabenansätze für 1932 und 1933 nicht die Summe überschreiten würden, die für 1931 festgesetzt ist. Ein umfangreiches Gesetz macht die Vereinfachung des Steuerwesens notwendig: Außer der Befreiung der Vermögen bis zu 20 000 Mark an der Vermögenssteuer und der Umsätze bis zu 5000 oder 6000 Mark von der Umsatzsteuer die Vereinfachungen bei der landwirtschaftlichen und gewerblichen Steuerung. Die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Besteuerung werden am einfachsten dadurch beseitigt, daß man bei denjenigen Zensiten, die ein Vermögen von 20 000 Mark zu versteuern haben, nur noch eine Grundsteuer erhebt. Damit werden mehr als 95 Prozent der gesamten Landwirtschaft steuerlich erledigt sein.

Bei der Neuregelung der Wohnungswirtschaft handelt es sich in erster Linie um die Angleichung der Bauwirtschaft an das tatsächliche Bedürfnis und die Zahlungsfähigkeit der Wohnungssuchenden, zweitens um die Freimachung von Kapital für die Wirtschaft, drittens um die Pflege der Siedlung auf dem Lande und endlich dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. In den Jahren 1928 und 1929 sind je 8 Milliarden in öffentlichen und industriellen Wohnungen verbaut worden. Einen solchen Kapitalverbrauch in der Bauwirtschaft kann ein kapitalarmes Land wie Deutschland nicht aushalten. Ein besonderer Vorteil der vorgesehenen Maßnahmen ist es, daß durch die Umstellung eine Senkung der Realsteuern erfolgen wird. Es muß unter allen Umständen eine Entlastung der Wirtschaft erfolgen. Es ist populär und sehr bequem, zu sagen, man senkt die Staatsausgaben durch Belastung der vorhandenen Projekte. Es ist aber Demagogie, zu glauben, daß eine solche Politik zu dem Ziel der Belebung der Wirtschaft und der Verringerung der Arbeitslosigkeit führen könne. Beim endgültigen Finanzausgleich geht der Plan dahin, die Steuerquellen möglichst aufzuteilen, eine zu weitgehende Abdrängung der Länder von der Einkommensteuer soll nicht erfolgen.

Einer schleunigen Klärung bedarf die Regelung des Finanzausgleiches für 1930 und 1931.

Der Minister bespricht dann die Kassenlage. Die schwebenden Schulden betrugen am 1. April 1679 Millionen. Wäre der Wirtschaftszusammenbruch nicht gekommen, dann wäre in der Zwischenzeit mehr als die Hälfte davon getilgt worden. Durch die Kreugeranleihe ist ein Teil der schwebenden Schuld in eine dauernde umgewandelt worden. Der sog. Schachtkredit mit 350 Millionen ist getilgt. Ferner ist die Bankschuld um 100 Millionen verringert. Aber die Defizite des Jahres erforderten neue Kreditaufnahmen.

Menschlicher Voraussicht nach werden unsere schwebenden Schulden am Ende des Etatsjahres ungefähr wieder die gleichen sein wie zu Beginn. Es mag bedauerlich sein, daß die gewaltigen Anstrengungen dieses Jahres nur dieses negative Ergebnis hatten. Immerhin ist es beruhigend, wenn in einem solchen Katastrophenjahr, in dem der Etat um rund 2 Milliarden umgestürzt wurde, das Reich nicht tiefer in die Abhängigkeit von kurzfristigen Krediten geraten ist. Es gibt außerdeutsche Länder, bei denen die Kreditwirtschaft einen ganz anderen Umfang angenommen hat.

Die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage ist schwierig, gibt aber keine Veranlassung, den Katastrophenpolitikern nachzulaufen. Vor allem ist Wiederherstellung des Vertrauens nötig.

Zum Schluß behandelte der Minister das Problem der Kapitalflucht, dem man mit gesetzlichen Maßnahmen nicht beikommen könne. Durch Wiederherstellung des Vertrauens und der Stabilität der deutschen Verhältnisse werde auch die Kapitalflucht von selbst aufhören.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald:

Die Oeffentlichkeit beschäftigt sich mit der Verselbständigung der Arbeitslosenversicherung. Die Abhängigmachung der Versicherung vom Etat ist an sich richtig. Strittig ist nur die Summe, die dafür eingestellt werden soll. Wir rechnen damit, daß im nächsten Jahr 900 000 Menschen unter die Krisenfürsorge fallen und daß die Wohlfahrtsunterstützung am 1. April 1931 etwa 700- bis 800 000 Erwerbslosen zugute kommen wird. Ferner rechnen wir mit 1¼ Millionen Hauptunterstützungsempfängern. Wenn die Sanierungspolitik der Reichsregierung überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß im nächsten Jahre mit einer Verminderung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Wird der Beitragssatz mit 6½ Prozent beibehalten, dann müßten wir im nächsten Jahr mit den Mitteln sicher ausreichen.

In der Wohnungspolitik ist gleichfalls die Voraussetzung, daß die Sanierungspolitik der Regierung zum Ziele führt. Gelingt das nicht, so können wir weder mit der alten noch mit der neuen Wohnungspolitik etwas erreichen.

Selbstverständlich können wir nicht so große Reichsmittel in den Wohnungsbau strecken wie in den letzten Jahren. Im übrigen sind aber die vorgesehenen Aenderungen nicht so grundstürzend. Es kommt nur darauf an, größere Privatmittel dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Das muß doch möglich sein, wenn die Wirtschaft angekurbelt wird, wenn die Kapitalflucht aufhört und das Kapital aus dem Ausland wieder hereinströmt. Dieses Kapital kann doch auf dem Baumarkt angelegt werden.

Ueber die Lohnpolitik besteht augenblicklich große Verwirrung. Ganz zu Unrecht wird der Regierung vorgeworfen, daß sie Lohnsenkungspolitik treibe, dabei wird vergessen, daß in anderen Ländern, wo der Staat sich gar nicht um die Löhne kümmert, auch eine starke Lohnsenkung eingetreten ist im freien Spiel der Kräfte. Wenn die Reichsregierung ihre Machtmittel zur Stabilisierung der bisherigen Löhne einsetzen wollte, so stände sie vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Ueberlassen wir die Lohnentwicklung dem freien Spiel der Kräfte, so könnten bei der deutschen Neigung zum Extremen Störungen der öffentlichen Ordnung im Gefolge von Streiks und Aussperrungen eintreten, daß das Sanierungswerk dadurch ernstlich gefährdet werden könnte.

Für die deutsche Reichsregierung bleibt daher nur der dritte Weg der Lohnpolitik offen, nämlich regulierend und beruhigend einzugreifen.

Hierauf wurde gegen 12 Uhr mittags die öffentliche Reichsratssitzung geschlossen und die Beratung in vertraulicher Sitzung fortgesetzt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 4. November 1930.

—* **Wettervorhersage für den 5. November.** (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Wetterlage unsicher, vorherrschend kühl mit Boden- oder Nachtfrost, wechselnd bewölkt, zeitweise, besonders in den Gebirgen, auch Niederschläge möglich, in den höchsten Lagen als Schnee oder Schneeregen, Winde aus nördlicher bis westlicher Richtung, Flachland schwach bis mäßig, freie Gebirgslagen frisch.

—* **Daten für den 5. November 1930.** Sonnenaufgang 6.58 Uhr. Sonnenuntergang 16,28. Mondaufgang 15,58 Uhr. Monduntergang 5.45 Uhr.

1414: Konzil zu Konstanz.
1494: Der Dichter Hans Sachs in Nürnberg geboren (gestorben 1576).
1879: Der englische Physiker James Clerk Maxwell in Edinburg gest. (geb. 1831).

*

—* **Der Wasserstand der Elbe** ist seit gestern um 18 Zentimeter zurückgegangen. Während gestern der hiesige Pegel 274 Zentimeter über Null verzeichnete, wurden heute vormittag nur noch 256 Zentimeter über Null gemessen.

—* **Ein Strauß blühender Kornblumen** wurde uns heute (Anfang November!) von einem befreundeten betagten Mütterchen, das die Blumen auf Riesaer Flur selbst gepflückt hat, überbracht.

—* **Heimatschutzvorträge.** Diesen Donnerstag, den 6. November, abends 8 Uhr, findet in Höpfners Hotel in Riesa der Lichtbildervortrag „Aus dem Leben meiner Tiere" statt, den Käthe Hecht, Stralsund, hält. Die Rednerin zeigt an Hand herrlicher Diapositive Bilder aus dem Leben der verschiedensten Haustiere, vom Spiel zwischen Kind und Tier, so daß sich ein Besuch gerade dieses Vortrages einer Kennerin auf dem Gebiete des Tierlebens besonders lohnen wird und sicher auch allen Besuchern viel Freude bereitet. Näheres siehe heutiges Inserat!

—* **Die Frage einer Staatsstraßenverbindung zwischen Lommatzsch und Riesa.** Vor kurzem erschien in unserem Blatte eine Notiz, in der gesagt worden war, daß der Bau einer neuzeitlichen Verbindungsstraße zwischen Lommatzsch und der Staatsstraße Dresden—Leipzig in weitesten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere aber von den Kraftfahrzeugfahrern, als ein dringendes Bedürfnis empfunden werde. Im „Lommatzscher Anzeiger und Tageblatt" wird von Herrn Freiherrn v. Friesen eine Zuschrift veröffentlicht, in der ein Fingerzeig gegeben wird, wie die Frage einer Staatsstraßenverbindung zwischen Lommatzsch und Riesa am geeignetsten zu lösen sei. Das Schreiben sei hier wiedergegeben: „Nachdem zu meiner Freude in der Presse wieder einmal die Frage einer Staatsstraßenverbindung zwischen Lommatzsch und Riesa aufgetaucht ist, möchte ich mir erlauben, hierzu einen Vorschlag zu machen, der vielleicht eine Verwirklichung der ganzen Sache rascher herbeiführt, weil er nicht nur eine günstigere Verbindung für Lommatzsch bringt, sondern auch für die Stadt Riesa hinsichtlich der Verbindung nach Meißen und Dresden eine große Erleichterung schaffen kann. Die geeignetste Autostraße würde von Lommatzsch nach Wölkisch gehen. Hier kommen keine Kurven vor, auch sind keine Dörfer zu durchfahren. Von Wölkisch könnte dann die Straße über Kobeln und Heyda nach Riesa als Staatsstraße ausgebaut werden. Hierdurch würde zunächst eine ganz wesentliche Verkürzung der Fahrt nach Riesa von Lommatzsch aus eintreten, weil der große Umweg über Seerhausen wegfällt. Dazu würde Riesa den Vorteil einer sehr günstigen Verbindung nach Meißen und Dresden erhalten, denn jetzt müssen die Riesaer Autobenutzer zur Schonung ihrer Wagen stets auch den Umweg über Seerhausen machen. Dieses Projekt hat sicher manche Vorteile gegenüber dem Projekt einer Autostraße von Lommatzsch über Dörschnitz, weil eben „mehrere Fliegen mit einer Klappe" zu erlegen sind. Selbst wenn aus Sparsamkeitsrücksichten die Straße von Wölkisch über Kobeln und Heyda nach Riesa noch nicht gleich ausgebaut werden sollte, so wird für die Lommatzscher der Umweg über Wölkisch unbedeutend sein, im Vergleich zu den Vorteilen, die später einmal durch die Staatsstraße von Wölkisch unmittelbar nach Riesa erreicht werden."

—* **Gegen die Gemeindegetränkesteuer.** Der Erste Verein der Gast- und Schankwirte Groß-Dresden hatte für Montag vormittag zu einer Protestversammlung nach dem Gewerbehaus geladen, um, wie der Vorsitzende Berger betonte, vor der Oeffentlichkeit festzustellen, daß das Gastwirtsgewerbe nicht mehr gewillt sei, neue Steuerlasten auf sich zu nehmen. Nach einem Referat des Syndikus Lißke wurde eine Entschließung angenommen, in der ausdrücklich Widerspruch gegen die Vergewaltigung des Gastwirtsgewerbes und seiner Kundschaft erhoben wird, die die Gemeindekammer durch ihre unverständliche Anordnung der Gemeindegetränkesteuer gegen den Willen der Dresdner Stadtverordnetenversammlung verübt habe. Die Versammelten, so heißt es weiter, erklären einmütig, daß sie es ablehnen, diese neue Steuer als zu Recht bestehend anzuerkennen, und daß sie die dafür verantwortlichen Stellen für allen Schaden moralisch haftbar machen werden, der den Angehörigen des Gastwirtsgewerbes, seinen Angestellten und Arbeitern aus diesem neuen Gewaltakt entsteht. Die große Zahl von erneut der Existenz Beraubten und Erwerbslosen, die eine unabwendbare Folge der neuen Steuer sein muß, werde die Richtigkeit dieses einmütigen Widerspruchs erweisen. — In der anschließenden Aussprache wurde u. a. vorgeschlagen, die Lokale zu schließen, die Angestellten zu entlassen oder die Erhebung der Gemeindegetränkesteuer einfach abzulehnen. Man einigte sich aber schließlich dahin, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die beim Rate sofort vorstellig werden soll. Die Kommission wurde auf dem Wege nach dem Rathaus von sämtlichen Teilnehmern an der Protestversammlung begleitet. Vor dem Rathaus wurden lebhafte Protestrufe gegen die neue Getränkesteuer ausgebracht. Die Abordnung verhandelte dann im Rathaus mit dem Stadtrat.

—* **Zur Beachtung.** Nach dem Vereinsgesetz vom 19. März 1908 ist Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten. Zuwiderhandelnde setzen sich der Bestrafung aus. Die Polizeibehörden überwachen die Beachtung dieser Gesetzesbestimmung.

—* **Die Kohlen werden billiger.** Ab 1. Nov. trat in Dresden für die Nuß-, Würfel- und Semmelbriketts eine Preisermäßigung von 5 Pfg. je Zentner ein. Die Ermäßigung soll zunächst bis zum 31. Dezember 1930 wirksam sein. Die Preise für Salonbriketts und Halbsteine erfuhren keine Veränderung.

—* **Sachsens neuer Haushaltplan ohne Fehlbetrag?** Der neue sächsische Haushaltplan, der nunmehr fertiggestellt und in Druck gegeben worden ist, soll, wie verlautet, einen Fehlbetrag nicht aufweisen, da es gelungen ist, starke Streichungen in einzelnen Kapiteln vorzunehmen.

—* **Schneefall im Schwarzwald.** Das Sturmwetter der letzten Tage hat für den Schwarzwald neuerlichen Schneefall im Gefolge gehabt, der heute früh noch anhielt. Er fiel bis 700 Meter herab. Im Feldberggebiet, das eine Schneedecke von 15 Zentimeter aufweist, ist bereits Sportmöglichkeit vorhanden.

—* **Freizeit für erwerbslose junge Mädchen.** Im Erholungsheim für junge Mädchen in Moritzburg, das Eigentum des Ev.-luth. Jungmädchenbundes in Sachsen ist, können in der Zeit vom 10. bis 22. November erwerbslose junge Mädchen an einer Freizeit teilnehmen, die ihnen Kenntnisse in der Hauswirtschaft und allgemeine Fortbildung vermitteln soll. Ein Drittel der Erwerbslosenunterstützung bleibt den Jugendlichen belassen, der übrige Teil wird zur Deckung der Unkosten mit herangezogen. Für Ausgesteuerte ist die Teilnahme kostenlos. Anmeldung in der Geschäftsstelle des Ev.-luth. Jungmädchenbundes in Sachsen, Dresden-A., Bürgerwiese 8, II.

—* **Ein thüringisches Taschengesangbuch.** Der thüringische Landeskirchenrat hat ein Gesangbuch in Taschenformat herausgegeben, das neben seinen praktischen Vorzügen auch eine typographische Meisterleistung und zugleich ein Dokument künstlerischer Buchkultur darstellt. Das Wert umfaßt etwa 460 Seiten und bringt mit seiner Auswahl an Texten an der Spitze jedes Liedertextes auch die Noten zur Melodie. Es ist in Typen des bekannten Leipziger Buchkünstlers Prof. Walther Tiemann gedruckt und von diesem von Anfang bis zum Ende mit Kopf- und Titelzeichnungen ausgestattet. Die Bücher werden in den Schleizer Gesangbuchfabriken gebunden und durch den Landesverband thüringischer Buchbinderinnungen vertrieben.

—* **Handwerks-Gesellenprüfung.** Die jungen Handwerker, die Ostern ihre Lehrzeit beenden, müssen sich zur Ablegung der Gesellenprüfung rüsten. Das Gesuch um Zulassung zur Prüfung ist, wenn der Lehrherr einer Innung angehört, bei dieser, sonst bei der Gewerbekammer einzureichen. Von den Nichtinnungslehrlingen ist zu dem Gesuch an die Gewerbekammer (Dresden-A. 1, Grunaer Straße 50) ein von dieser herausgegebener Vordruck zu benutzen. Beizufügen sind: ein selbstverfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf, eine Lehrbescheinigung, die Berufsschulzeugnisse, die Prüfungsgebühr (im allgemeinen 10 RM., für Prüflinge aus nicht zur Gewerbekammer beitragspflichtigen Betrieben 15 RM.), Vorschläge für das Gesellenstück mit der Zustimmungserklärung des Lehrherrn. Das Gesuch mit den Unterlagen und der Prüfungsgebühr muß bei der Gewerbekammer spätestens bis 15. November 1930 eingehen. Bei der Bedeutung des Gesellenprüfungszeugnisses für die Zukunft des jungen Handwerkers wird den Eltern und Erziehungsberechtigten dringend empfohlen, die Lehrlinge zur Anmeldung zur Prüfung anzuhalten. Die Lehrherren sind hierzu gesetzlich verpflichtet.

—* **Blühende Zweige.** Um zu Weihnachten ein paar blühende Zweige zu haben, werden im November in manchen Gegenden, auch in Gebirgsdörfern, oft massenhaft Zweige von Obstbäumen, von Fliederbüschen und Kätzchenträgern geschnitten, ein paar Stunden in heißes Wasser gelegt und dann in wassergefüllte Flaschen gestellt. In den meisten Fällen ist der Erfolg gleich Null: in vereinzelten Fällen gelingt es, ein paar kümmerliche, bleichsüchtige Blättchen austreiben zu lassen: höchst selten entfaltet sich einmal eine Blütenknospe und zeigt dann ein paar armselige Blümchen. Der in der Natur angerichtete Schaden steht in gar keinem Verhältnis zu den kläglichen „Erfolgen". Man sollte deshalb die Unsitte ganz und gar fallen lassen, zumal die gärtnerische Kunst eine ganze Reihe von Topfgewächsen hat, die alle zu Weihnachten in schönstem Flor stehen.

—* **Beschlüsse des Wohnungsausschusses sind geheim zu behandeln.** Die Gemeindeverordneten zu Lausa hatten beschlossen, die Beschlüsse des Wohnungsausschusses in öffentlicher Sitzung der Gemeindeverordneten zu beraten. Gegen diesen Beschluß hat der Gemeinderat Klage beim Verwaltungsgericht erhoben, die zur Aufhebung des Beschlusses wegen seiner Ungesetzlichkeit geführt hat. In der vorliegenden Streitigkeit kommt nur die Frage in Betracht, ob das Verlangen der Gemeindeverordneten begründet ist, daß solche vom Wohnungsausschuß gefaßte Beschlüsse, bei welchen es sich im Sinne der Gemeindeordnung und nach anerkannter Rechtsprechung um sogenannte überragende Geschäfte handelt, in öffentlicher Sitzung der Gemeindeverordneten zu beraten sind. Da derartige Geschäfte gemäß § 96 der Gemeindeordnung lediglich vom Gemeinderat als Gemeindebehörde zu verwalten sind, könne keinem Zweifel unterliegen, daß es an der rechtlichen Möglichkeit fehlt, doch den Gemeindeverordneten die Befugnis dazu einzuräumen, diese Beschlüsse des Wohnungsausschusses, wenn der Gemeinderat sie ihnen zur Kenntnis geleitet, in ihrer öffentlichen Sitzung zu behandeln. Uebrigens würden oft in solchen Fällen persönliche Belange von Gemeindemitgliedern berührt, weshalb schon aus diesem Grunde die Oeffentlichkeit auszuschließen sei. An dieser Rechtslage könnten auch Zweckmäßigkeitserwägungen nichts ändern.

—* **Stiftung für die Landesuniversität.** Geheimrat Ilgen-Dresden hat der Universität Leipzig eine Stiftung von 500 000 RM. vermacht. Das Geld soll zur Schaffung einer Goethe-Ehrenhalle an der Universität Leipzig anläßlich des 1932 stattfindenden Goethe-Jubiläums, sowie für kulturelle Zwecke Verwendung finden.

—* **Dresdner Gaststätten schließen am Donnerstag.** Im Anschluß an die an anderer Stelle gemeldete Protestversammlung des Dresdner Gastwirtsgewerbes verhandelte eine fünfgliedrige Kommission mit dem Stadtrat Dr. Nebber, der sich bereit erklärte, mit den Vertretern des Gastwirtsgewerbes in Verhandlungen einzutreten, aber betonte, daß das Gesetz an sich nicht rückgängig zu machen sei und ausgeführt werden müsse. Darauf wurde die Protestversammlung im Gewerbehaus fortgesetzt. Sie nahm einen sehr erregten Verlauf. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, nach dem am Donnerstag die Dresdner Gaststätten geschlossen werden sollen. An diesem Tage sollen Protestversammlungen der Gastwirte mit der Gehilfenschaft abgehalten werden. Außerdem beschloß man für den Donnerstag die Kündigung aller Angestellten.

Strehla. Unheimlicher Fund. Am Sonnabend wurde unterhalb der Kleinen Fähre in Strehla ein menschlicher Schädel an Land gespült, den Kinder aufhoben und

Sächsische Landesbühne

Romeo und Julia

Trauerspiel in 5 Aufzügen (15 Bildern)
von William Shakespeare

Für die SL. nach der Uebersetzung von August Wilhelm v. Schlegel bearbeitet von Maximus René

Inszenierung, Spielleitung und Bühnenbild: Maximus René.

Gestern, am Montag abend, eröffnete die SL. ihre diesjährige Winterspielzeit in unsrer Stadt Riesa. Der Spielplan hatte die Aufführung des klassischen Dramas „Romeo und Julia" angekündigt. Die Vorstellung ward als Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der Hinterbliebenen der toten Bergleute von Alsdorf und Friedrichsthal-Saarbrücken durchgeführt.

Die SL. ist uns als das künstlerisch bedeutsamste Unternehmen ihrer Art, als moderne Wanderbühne, innerhalb unires Heimatlandes bestens bekannt; man darf bei ihr auf die Erfüllung gestellter Erwartungen mit Sicherheit rechnen. So war es auch gestern abend wieder: unter der sachkundigen Leitung des Herrn Direktors Maximus René wurde die Aufführung des Shakespeareschen Trauerspiels, ein für Wanderbühnen in vieler Beziehung an sich schwieriges Arbeitsgebiet, zu einem vollen Erfolg. Wenn hie und da der Gedanke Fuß gefaßt hat, daß dem gegenwärtigen Zeitgeist klassische Aufführungen fremd gegenüberstehen müßten, so gelang der SL. mit der Darstellung dieses Dramas der Beweis, daß das Klassische bleibenden Wert für alle Zukunft besitzen wird. Nichts ist unverständlich im Klassischen für die Gegenwart geworden, weder die Gedankengänge noch die Struktur oder der Ausdruck im Drama; einer Wandlung, entsprechend dem jeweiligen Zeitgeiste, ist allein immer nur die Darstellungskunst bedürftig gewesen. Wie nun die SL. die Neueinarbeitung der letzteren aufgefaßt und vorgenommen hat, mußte ihr damit glücken, das kunstliebende Publikum zu überzeugen, daß irgendwelche Vorurteile gegen das Klassische jede Existenzberechtigung verlieren.

Shakespeare hat mit seinem Drama, in wunderbarer Beseelung und Vertiefung vorhandenen literarischen Stoffes, etwas geschaffen, das man mit der Tragödie der Jugend bezeichnet hat. Zwei junge, unglücklich Liebende aus einander feindlichen, adeligen Häusern stehen im Mittelpunkt des Dramas. Diese beiden Gestalten, mit ihren sie umgebenden Figuren italienischen Quellen entnommen, läßt der Dichter aus einem Empfindungsextrem ins andere stürzen, um damit zu sagen, daß es brennender Jugend gar oft lieber ist, jedes Paktieren mit den nüchternen Umständen des Lebens abzulehnen, sich diesen gar nicht erst anzupassen und den Tod vorzuziehen, als auf Verweisung und Ermahnung lebenserfahrenen Alters zu hören — eine Materie, die solange Problem sein wird, solange Menschen unsre Erde bevölkern werden. Dr. Karl Wolf-Dresden sagt zu diesem Drama treffend, daß es dem Dichter gelang, die Erweckung der ewigen Gefühle und ungeheuren Schicksalsmächte durch die Wohlgestaltung der Handlung vorzunehmen.

Die Darstellung des Dramas war eine durchaus wohlgelungene; die Titelpartien verkörperten Erich Schmidt (Romeo) und Charlotte Franz (Julia) in ergreifender Lebenswahrheit, gemessen am Geist und der Idee der Dichtung. Besonders in der Balkonszene, diesem in der Weltliteratur unübertroffenen Liebesduett, aber auch in der Szene in der Gruft leisteten beide Künstler Hervorragendes. Auf gleicher Höhe stand die Kunst Henry Vahls, der einen charakteristischen Franziskanerpater Lorenzo gestaltete. Walter Zeidler (Graf Paris), Hans Meierhöfer (Mercutio), Otto Melcher (Benvolio) und Hermann Crustus (Tybalt) zeigten geschlossenes und gutes Zusammenspiel um die Gestalt des Romeo. Reinhold Wolf (Montague) und Ernst Reißig (Capulet) brachten die Partien der Häupter der beiden feindlichen Familien zu bester Geltung; Emil Janson war als gerechtigkeitsheischender Fürst von Verona in guter Figur. Auch die übrigen Darsteller, unter denen noch besonders die Damen Hilde Wolf (Gräfin Capulet) und Franziska René-Hilpert (Juliens Amme) hervorgehoben zu werden verdienen, leisteten Anerkennenswertes, wenn auch nicht zu verkennen war, daß die Darstellung der Partie der Amme Juliens mitunter zu kleinen Uebertriebenheiten neigte, die beinahe den Charakter einiger Szenen zerstört hätte.

Besonders gut waren die Bühnenbilder in Verbindung mit der Beleuchtungsvornahme gelungen; Herrn Direktor René muß hierfür besondere Anerkennung gezollt werden. Die stilechten Dekorationen und die historisch getreuen Kostüme sind in den eigenen Werkstätten der SL. hergestellt worden. — Der gestrigen Aufführung wohnten auch bewährte Fachkritiker und Bühnenkundige, so Herr Dr. Goetz, Chefredakteur vom Berliner Theaterdienst, und Herr Dramaturg Schoettler von der Mirag-Leipzig, bei.

*

Leider war der Besuch des Abends gar nicht von dem Ausmaße, wie man dies von unserem Riesaer Publikum in Anbetracht des edlen, menschenfreundlichen Zweckes der Veranstaltung hätte erwarten können. Edel sei der Mensch, hilfreich und gut — so sagt ein altehrwürdiges Wort; scheinbar ists verblichen; wohl dem, den nicht eigene, bitterste Not auf die Güte seiner Mitmenschen hoffen lassen braucht: er würde mit Sicherheit eine große Enttäuschung erleben. War es wirklich ein so großes Opfer, eine oder zwei Mark zum Besten jener Armen da draußen im deutschen Westen zu geben, und dafür auch noch einen edlen Kunstgenuß entgegenzunehmen? Die teilweise Leere im Hause wirkte fast beschämend für die Gesinnung unter vielen von uns.

J. Th., R.

*

Mittwoch, den 5. November, nachm. ¼4 Uhr „Goldlieschen" oder „König Faulpelz und Prinz Lustig", Märchenspiel von Sophie Hennig. Hierzu schreibt Georg Thomann in den „Blättern der Sächsischen Landesbühne": Der gute Märchenonkel der Sächs. Landesbühne wills Euch in diesem Winter erleben lassen. Na, und wie der Märchen erleben läßt, das wißt Ihr ja schon von früher. Denkt nur an das tapfere Schneiderlein, an die Prinzessin auf der Erbse, an Hans Dampf, an den gestiefelten Kater und andere. Ich glaube, diesmal wirds sogar noch nobler. Denn er führt uns mit Goldlieschen sogar in zwei Königreiche: in das des Königs Faulpelz und in das der Königin Arbeit. Und das wißt Ihr ja, wie fein Onkel René solche Königreiche macht. Spaßig wirds auch, das könnt Ihr mir glauben. Ich vermute, Ihr lacht Euch tot über den Minister Trägebein. Habt aber keine Angst, wenn Ihr Euch über den totlachen solltet, so könnt Ihr Euch über den Hofherrn Lächerlich und die Hofdame Zierlich wieder lebendig lachen. Und dann ist ja das gute Kasperle auch noch da. Wißt Ihr, der, der vor Beginn und in den Pausen immer vorn aus dem Kasten kommt und alles so schön mit Euch bespricht, daß es auch die Kleinsten unter Euch verstehen, und der dabei seine Späße macht, daß Ihr manchmal schon ganz aus dem Häuschen wart und er Euch zur Ruhe ermahnen mußte. Also ich gehe auf jeden Fall hin. Wer kommt mit?

Abends 8 Uhr „Susa, das Kind", eine Komödie dreier Tage und einer Nacht von Hans-Caspar v. Zobeltitz und Eddy Busch. Hierzu schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung": Susa, das Kind, ist eines jener glücklichen Geschöpfe unserer Zeit, das mit seinen 18 Jahren und der herzerfreuenden Unbeschwertheit des modernen Mädchens die ganze Problematik des an der Last seiner Tradition leidenden Elterngeschlechts aus den Angeln hebt, um die gesunde Natürlichkeit eines rein und stark empfindenden Menschenkindes in lebendigen, menschlich gut geschauten und durch ihre Paradoxie oft äußerst komischen Episoden zu drastischer Entfaltung zu bringen. . . . Die Verfasser, von denen nach diesem sympathischen Auftakt wohl noch manches Gute zu erwarten ist, konnten den herzlichen Beifall des vollbesetzten Hauses entgegennehmen. — Und das „Neue Wiener Journal": Eine Komödie, die etwas will: sie setzt sich für die Jugend von heute ein. Sie sagt: „. . . redet doch nicht solchen Unsinn, wir sind nicht krank, wir sind nicht kompliziert, im Gegenteil: wir sind sehr gesund, wir haben nur einigen Ballast über Bord geworfen . . ." und brachte uns die Jugend von heute so nahe, daß achtundzwanzigmal der Vorhang fiel. Ein ganz besonders hübscher Erfolg.

SLUB
Wir führen Wissen.

zur Polizeiwache brachten. Das Gebiß war noch gut erhalten. Der Fund dürfte an die Vermißtenzentrale Dresden weitergeleitet werden. Möglicherweise handelt es sich hier um eine Wasserleiche, die lange Zeit auf dem Grunde festgehalten wurde und nun durch das Hochwasser wieder an die Oberfläche gelangt ist.

Oschatz. Herbstjahrmarkt. Der jetzige Jahrmarkt steht unter einem guten und einem bösen Stern. Günstig war am ersten Jahrmarktstage das Wetter. Gekauft wurde, aber meist waren es kleine und billige Einkäufe, die gemacht wurden. Hier wirkte sich das böse Gespenst aus, die allgemeine Wirtschaftsnot. Der Geschäftsgang war aber durchaus nicht einheitlich. Einzelne Geschäftsleute waren im allgemeinen zufrieden. Durchweg wurde aber betont, daß die Einnahmen geringer waren als bei dem vorigen Herbstjahrmarkt.

* Lommatzsch. Der Hausbesitzerverein hat für Mittwoch, den 5. Nov., abends 8 Uhr (Ratskellersaal) Herrn Finanzminister a. D. Dr. Weber, Dresden, für einen Vortrag über „Die Forderungen des Hausbesitzes zur sächsischen Regierungsbildung" gewonnen. Nicht nur alle Mitglieder, sondern auch alle Grund- und Hausbesitzer und solche, die es werden wollen, sind mit ihren Angehörigen dazu eingeladen.

* Meißen. Grundsteinlegung für das Krematorium. Am Sonnabend nachmittag fand auf dem Friedhof an der Nossener Straße die feierliche Grundsteinlegung zum Meißner Krematorium statt. An der Feier nahmen außer den Spitzen der städtischen und kirchlichen Behörden auch Vertreter verschiedener auswärtiger Feuerbestattungsorganisationen teil. Die Kosten für den Bau werden sich auf etwa 170 000 RM. beziffern.

* Siebenlehn. Durch eine Kuh wurde Sonntag nachmittag auf der Kollhausstraße ein Motorradunfall verursacht. Der hier ansässige Fabrikant K. fuhr mit seinem zehnjährigen Sohn als Soziusfahrer auf seinem Motorrade genannte Straße nach dem Kollhaus zu, als von den dort auf einer Wiese weidenden Kühen eine plötzlich über die Straße rannte und direkt in das Rad lief. Die Fahrer kamen zu Fall, und während der Junge nur geringe Verletzungen erlitt, waren die des Vaters an Kopf, Händen und Beinen schwererer Art. Von einem nachkommenden zweiten Motorradfahrer wurde der unter dem Rade zu liegen gekommene Verunglückte befreit und mittels herbeigeholten Autos zum Arzt gebracht. Auch das Motorrad wurde beschädigt und die Kuh trottete, unbekümmert ihres angerichteten Unheils, wieder von dannen.

* Freiberg. Zwei Todesopfer des Verkehrs. Auf der Staatsstraße nach Dresden fuhr gestern abend ein Motorrad gegen den Anhänger eines Lastautozuges. Der Motorradfahrer wurde auf der Stelle getötet, während sein Begleiter auf dem Transport ins Krankenhaus gleichfalls verstarb.

)(Dresden. Todesfall. Im achtzigsten Lebensjahre ist vor einigen Tagen der Generalleutnant a. D. Paul v. Criegern, eine der führenden Persönlichkeiten der alten sächsischen Armee, gestorben. Bei Ausbruch des Weltkrieges war er Kommandeur der 105. Reserve-Infanteriebrigade. Im November 1914 erlitt er eine Kopfverletzung durch Granatsplitter und fand zuletzt beim Grenzüberwachungsdienst Verwendung.

* Dresden. 50jähriges Jubiläum des MGV. „Lyra-Eintracht". Mit einer Morgenfeier in der Martin Luther-Kirche am Freitag und einem Festabend im Linckeschen Bade am Sonnabend feierte der Männergesangverein „Lyra-Eintracht" sein 50jähriges Bestehen. Den Mittelpunkt des Festabends bildete die Uraufführung eines Werkes des 1. Vorsitzenden des Sächsischen Chormeisterbundes Albert Petzold. In sinniger Weise hatte er einen Text von Paul Heyse, „Waldesnacht", für Männerchor vertont, den der MGV. „Lyra-Eintracht" wirkungsvoll zum Vortrag brachte. Der Komponist, unter dessen Leitung das gesamte musikalische Programm des Abends stand, erntete starken Beifall und reiche Blumenspenden. In einer kurzen Ansprache gedachte der erste Vorsitzende des Vereins, Willerstorfer, zunächst der verstorbenen Gründer der beiden Vereine, des Zusammenschlusses der Vereine „Lyra" und „Eintracht" im Jahre 1912 und gab der Hoffnung auf einen baldigen Wiederaufstieg des Vaterlandes, von dem auch das Wohl der Sängerkreise abhänge, Ausdruck. Nach einer Ehrung älterer Mitglieder und der Ueberreichung einer Ehrenurkunde des Deutschen Sängerbundes an den MGV. „Lyra-Eintracht" schloß die Feier mit zwei Männerchören.

* Dresden. Ein Tag der Unfälle. Gestern vormittag gegen 11 Uhr ereignete sich auf dem Carolaplatz ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Personenkraftwagen. Hierbei stürzte der eine Wagen um. Eine Insassin desselben wurde leicht verletzt. Dagegen erlitt ein Insasse des anderen Wagens schwere Verletzungen und mußte dem Krankenhause zugeführt werden. — Ecke Dittmann- und Wartburgstraße wurde in der 2. Nachmittagstunde eine Frau von einem Kraftwagen überfahren. Sie erlitt erhebliche Verletzungen. — Auf der Kesselsdorfer Straße Ecke Voßstraße lief gestern mittag gegen 2 Uhr ein Kind in eine Straßenbahn, wurde zu Boden gerissen und mehrfach verletzt. — Gegen 11 Uhr vormittags stieß an der Ecke Strehlener- und Franklinstraße ein Motorradfahrer, vermutlich durch eigene Schuld, mit einem Personenkraftwagen zusammen und erlitt verschiedentlich Verletzungen. — Ecke Berg- und Bernhardstraße stieß in der 2. Nachmittagsstunde ein Motorradfahrer mit einer Kraftdroschke zusammen. Der Motorradfahrer trug Gesichtsverletzungen davon, auch entstand erheblicher Sachschaden. — Etwa um die gleiche Zeit ereignete sich Ecke Nürnberger- und Kaiserstraße ein Zusammenstoß zwischen zwei Kraftradfahrern. Zwei Personen erlitten Verletzungen, eine von ihnen mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. — Nachmittags stieß in Alt-Lockwitz ein Straßenbahnzug mit einem Pferdegeschirr zusammen. Ein Pferd wurde dabei so schwer verletzt, daß es erschossen werden mußte. Der Wagen wurde von der Feuerwehr abgeschleppt.

* Dresden. Aus dem Stadtverordnetensaal. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung verlas der Stadtverordnete Finsterbusch eine Erklärung, die sich gegen die Gemeindegetränkesteuer richtete. Von kommunistischer Seite wurde darauf der Antrag gestellt, den Rat zu ersuchen, die von der Gemeindekammer beschlossenen neuen Steuern nicht einzuziehen. Der Antrag wurde an den Rechtsausschuß verwiesen. Ferner beschlossen die Stadtverordneten, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Berufung einzulegen, wonach der Stadtverordnetenbeschluß, einen Ratsbeauftragten zu den Sitzungen betr. Reklame- und Anschlagwesen nicht zuzulassen, als ungesetzlich aufgehoben war.

* Neustadt. Lebensmüde. Durch Selbstmord ihrem Leben ein Ende gegeben hat sich die 38 Jahre alte Ehefrau des Landwirtes Richard Schiffner aus Waltersdorf, Hedwig Schiffner. Sie hat sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten. Ueber ihr langes Wegbleiben nachforschend, fand man sie tot auf dem Boden. Schwermut hat die Lebensmüde in den Tod getrieben.

* Kaibitz. Brandstifter am Werke. In der Nacht zum Sonntag brach in der Scheune des Wirtschaftsbesitzers und Bürgermeisters Bröjan ein Brand aus, dem die Scheune samt dem angebauten Kuhstall zum Opfer fiel. Auch das Wohnhaus war bereits vom Feuer ergriffen worden, es konnte jedoch durch das tatkräftige Eingreifen der Feuerwehren gerettet werden. Viel Getreide und Heu, sowie zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden mit vernichtet. Das Vieh konnte in Sicherheit gebracht werden. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Es wird Brandstiftung angenommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Sachsen im Reichshaushalt 1931.

60 000 Mk. für die Instandsetzung der Mühlberger Straße im Gutsbezirk Zeithain.

Berlin, 4. November.

Der Reichshaushalt für 1931, der jetzt dem Reichsrat zugegangen ist, steht im Zeichen stärkster Sparsamkeit. Neuanforderungen sind soweit wie möglich vermieden worden. Es werden lediglich die laufenden Ausgaben mit den vorhandenen Mitteln weitergefördert. Insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrs- und Bauwesens hat man sich im wesentlichen auf die Fortführung begonnener Bauten beschränkt.

Im Kriegslastenhaushalt werden 40 000 RM für Arbeiten an der sächsisch-tschechischen Grenze ausgeführt. An der deutsch-tschechischen Grenze werden auf Grund des Versailler Vertrages seit längerer Zeit Vermessungs- und Vermarkungsarbeiten durchgeführt, deren Kosten je zur Hälfte von Deutschland und der Tschechoslowakei getragen werden. Von dem deutschen Kostenanteil entfallen je die Hälfte auf das Reich und das angrenzende Land Sachsen.

Im Reichswehretat für 1931 werden für den Ausbau der Landsberger Straße in Leipzig 120 000 RM Anliegerbeiträge angefordert.

Im Haushalt des Reichsfinanzministeriums stehen 96 000 RM für den Ausbau des Zollamtes Bad Brambach und 60 000 RM für die Instandsetzung der Mühlberger Straße im Gutsbezirk Zeithain.

Im Justizetat sind 28 400 RM zur Herrichtung neuer Kanzleiräume im Gebäude des Reichsgerichts enthalten.

* Zeißholz i. L. Tödlicher Jagdunfall. Im benachbarten Wiednitz fand man in einer Jagdhütte den 84 Jahre alten Rittergutsbesitzer Lübecke mit einer Schußwunde im Kopf tot auf. Lübecke, der noch außergewöhnlich rüstig war, hatte sich auf die Jagd begeben und war vermutlich in der Hütte eingeschlafen, das geladene Gewehr zwischen den Knien. Dieses hatte sich entladen und der Schuß zerschmetterte L. den Kopf.

Bautzen. Ein 90jähriger. Am 2. November vollendete Sanitätsrat Dr. Johann Ernst Traugott Herrmann in Bautzen-Strehla seinen 90. Geburtstag. Er ist der älteste noch lebende Schüler des Bautzner Gymnasiums.

* Taubenheim (Spree.) 75jähriges Gesangvereinsjubiläum. Am 1. November beging der Männergesangverein „Sängerbund Taubenheim (Spree)" unter reger Anteilnahme die Feier seines 75jährigen Bestehens.

* Grimma. In der Mulde ertrunken. Der Lehrer Möbius aus Hölgen war mit einem Bekannten in der Klosterschänke in Nimbschen gewesen. Beim Uebersetzen über die Mulde wurde ihm vom Sturm der Hut vom Kopfe gerissen. M. wollte ihn wieder einfangen, bekam dabei aber das Uebergewicht und stürzte in das an dieser Stelle sehr tiefe Wasser. Infolge der Dunkelheit war eine Rettung des verunglückten Familienvaters nicht möglich.

* Wurzen. Aus der Stadtratssitzung. Gegen den Beschluß der Stadtverordneten betreffend Erhöhung der Biersteuer wurde Einspruch erhoben. Das Angebot der Mitteldeutschen Städte-Reklame-G. m. b. H. für Pachtung des Anschlagwesens verfiel der Ablehnung. Das Gesuch eines privaten Unternehmers um Erteilung der Konzession für den Betrieb eines Stadtomnibusverkehrs wurde ebenfalls abschlägig beschieden. Abgelehnt wurden ferner die Uebernahme von Mietrückständen säumiger Mieter auf die Stadtkasse und der Antrag auf Aenderung des Ortsgesetzes über die kommunale Totenbestattung. Es wurde beschlossen, sich mit der Einrichtung von Kursen zur Förderung der Berufsausbildung jugendlicher Erwerbsloser einverstanden zu erklären, ebenso mit dem weiteren Ausbau der Handelsschule.

* Leipzig. Ein Juwelenschwindler treibt sein Unwesen. Am 1. November erschien in einem Juwelengeschäft der inneren Stadt ein unbekannter etwa 35 bis 40 Jahre alter Mann und suchte sich zum Kauf ein goldenes Zigarrenetui und einen Brillantring im Gesamtwerte von etwa 1 200 RM. aus. Die Sachen sollten umgehend in seiner Wohnung am Hahnekamm vorgelegt werden. Der die Ware Abliefernde wurde von dem Unbekannten in ein Zimmer geführt. Hier verlangte der „Käufer" die Gegenstände ausgehändigt, da er sie angeblich einer Dame, die im Nebenzimmer krank darniederliege, zeigen müsse. Der Geschäftsmann schöpfte Verdacht und bat, mit in das Zimmer gehen zu dürfen. Er wurde hierauf von dem Unbekannten verabschiedet mit dem Bemerken, daß er nochmals in dem Geschäft vorsprechen wolle. Später wurde festgestellt, daß der Unbekannte zweifellos auf Betrug ausgegangen ist. Das von ihm am gleichen Tage unter dem Namen „Dr. Günther" gemietete Zimmer hat er, nachdem der Geschäftsmann sich entfernt hatte, sofort wieder aufgegeben.

* Leipzig. Ein Sittlichkeitsverbrecher zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Schwurgericht Leipzig verurteilte am Montag den Arbeiter Willy Bauer wegen vollendeten Totschlags und Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des Paragraphen 176 Absatz 3 zu elf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Bauer hat am 22. Mai 1928 in einem Leipziger Park zusammen mit einem gewissen Lutz, der als geistesgestört in eine Irrenanstalt aufgenommen werden mußte, den zehnjährigen Schüler Herbert Nidek nach Verübung eines schweren Sexualverbrechens erwürgt. Die Tat hat großes Aufsehen erregt, und die Polizei hat vierhundert Verdächtige festgenommen, bis endlich die beiden wirklichen Täter Lutz und Bauer ermittelt werden konnten. Bauer ist durch die Sachverständigen als erblich belastet und schwachsinnig bezeichnet worden, doch liege eine Geisteskrankheit nicht vor.

* Chemnitz. Schweres Verkehrsunglück. In der Nacht zum Montag stieß auf der Bismarckstraße ein mit zwei Personen besetztes Motorrad mit einer Kraftdroschke zusammen. Der Führer des Kraftrades und sein Beifahrer stürzten auf die Straße und wurden schwer verletzt, sodaß sie ins Krankenhaus transportiert werden mußten.

* Chemnitz. Der abgesagte Zeppelinbesuch. Aus Anlaß des für Sonntag angekündigten Zeppelinbesuches waren aus ganz Sachsen etwa 35 Sonderzüge sowie zahlreiche Autos und Kraftomnibusse, namentlich aus Böhmen, in Chemnitz eingetroffen. Die Enttäuschung der zahlreichen Schaulustigen über die Absage war groß, zumal hier das Wetter vormittags schön war. Auf dem Flugplatz allerdings wurde eine Windgeschwindigkeit von 8 bis 10, auf dem Beobachtungsturm sogar 15 bis 16 Sekundenmetern festgestellt. Den etwa 50 000 zusammengeströmten Menschen wurde durch Lautsprecher mitgeteilt, daß infolge Wettersturzes und zahlreicher Sturmwarnungen die Fahrt aufgegeben werden mußte. Wie Kapitän Lehmann mitteilte, hofft der Luftschiffbau Zeppelin, den Besuch in Chemnitz nunmehr in zwei Wochen, am Sonntag, den 16. d. Mts. ausführen zu können.

Glauchau. Straßenräuber und seine Hehler festgenommen. In letzter Zeit war mehrfach vor einem jungen Burschen, der im Stadtbezirk und in der näheren Umgebung Glauchaus Frauen und Mädchen überfallen und deren Handtaschen geraubt hatte, gewarnt worden. Durch fortgesetztes gemeinsames Zusammenarbeiten der Gendarmerie, städtischen Polizei und Kriminalpolizei ist es am 31. Oktober 1930 gelungen, den Täter — ein 16 Jahre alter Klempnerlehrling — zu ermitteln und festzunehmen. Er hat in der hartnäckigsten Weise geleugnet und bequemte sich erst zu einem umfassenden Geständnis, als er unter der Wucht des Beweismaterials, Alibinachweises und Gegenüberstellung der Geschädigten, keinen Ausweg mehr fand. Es konnten ihm bis jetzt sechs Raubüberfälle und außerdem ein schwerer Diebstahl — Einbruch — und drei einfache Diebstähle nachgewiesen werden. Ferner wurden noch ein 15 Jahre alter Installateurlehrling und ein 16 Jahre alter Gärtnerlehrling, die zu vorstehenden Raubüberfällen als Mittäter, Hehler und Begünstiger in Frage kommen, ermittelt.

*

* Torgau. Ein Oberlehrer wegen Betrugs verurteilt. Das hiesige Schöffengericht verhandelte gegen einen Oberlehrer aus Magdeburg, dem zur Last gelegt wurde, in vielen Fällen sich des Betrugs schuldig gemacht zu haben. Es handelte sich um nicht weniger als 60 Forderungen, die 35 Gläubiger gegen den Angeklagten geltend machten; jedoch reichte der Tatbestand nur in einem Falle aus, den Angeklagten des Betrugs zu überführen. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis.

Lohsitz (Elbe.) Brandunglück. Durch einen schadhaften Kamin entstand in Wellemin im Gasthof „Blauer Engel" ein Großfeuer, wodurch das ganze Gebäude eingeäschert wurde. Neben der Wirtschaft waren auch zwei Schulklassen und die Gendarmeriestation in dem Hause untergebracht; doch konnten alle Räume rechtzeitig geräumt werden. Der Schaden ist groß und nur zum Teil versichert.

Uebernahme von Aktien der Aktiengesellschaft Sächsische Werke durch Gemeinden (Gemeindeverbände).

tfd. Dresden. Dem Landtag ist soeben die **angekündigte Regierungsvorlage** zugegangen, durch die gebeten wird, der Landtag möge beschließen: Der Veräußerung von Aktien der Aktiengesellschaft Sächsische Werke an Gemeinden und im Falle einer Kapitalserhöhung der Uebernahme neuer Aktien der Aktiengesellschaft Sächsische Werke durch Gemeinden wird unter der Bedingung zugestimmt, daß der Staat mindestens 50 v. H. des jeweiligen Grundkapitals behält, und an die Gemeinden nur Namensaktien ausgegeben werden, deren Veräußerung an die Zustimmung der Aktiengesellschaft Sächsische Werke gebunden und außer an den Staat nur an Gemeinden zulässig ist. Den Gemeinden stehen Gemeindeverbände, sowie Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechts gleich, während Anteile ausschließlich Gemeinden oder Gemeindeverbänden oder dem Staate gehören.

In der **Begründung** heißt es: Die AGSW., deren Aktien sich sämtlich in der Hand des Staates befinden, beliefert aus ihren Großkraftwerken Hirschfelde und Böhlen fast das ganze Land mit Strom. Zum größten Teil geschieht dies jedoch nicht unmittelbar, sondern auf dem Wege über die Gemeinden, von denen viele in eigenen Werken ebenfalls nicht unerhebliche Mengen Strom erzeugen. So besteht ein Neben- und Nacheinander staatlicher und gemeindlicher Stromversorgung und es werden sogar kleine Werke ausgebaut, deren Leistung wirtschaftlich besser durch Strombezug aus den Großkraftwerken zu ersetzen wäre. Hierbei entstehen Verwaltungskosten, die bei engerem Zusammenschluß der Gemeindewerke mit der AGSW. teilweise erspart werden könnten. Die anzustrebende vertragliche Einigung mit den Gemeinden setzt voraus, daß der Staat in der Lage ist, die Gemeinden mit Aktien an der AGSW. zu beteiligen. Voraussichtlich wird zu diesem Zwecke nach und nach eine Verdoppelung des Grundkapitals der AGSW. nötig werden, das zurzeit 100 Millionen RM beträgt. Selbstverständlich muß der Staat auch bei weitestgehendem Anschluß der Gemeinden usw. an die AGSW. einen Einfluß in ihre Gesellschaft behalten, der dem der Gemeinden mindestens gleich kommt. Mehr als 50 v. H. des jeweiligen gesamten Grundkapitals kann er deshalb nicht abgeben. Weiter muß dafür gesorgt werden, daß die an die Gemeinden hinausgegebenen Aktien dauernd in öffentlicher Hand bleiben.

Die Weihe des neuen Reichsbankgebäudes in Dresden.

)(Dresden. Wie bereits bekanntgegeben fand am Montag vormittag in den großen, mit Blumen festlich geschmückten Kassensälen des neuen Gebäudes der Reichsbankhauptstelle Dresden die feierliche Weihe und **Uebergabe des Baues** an den ersten Vorstandsbeamten, Reichsbankdirektor Richter, statt. An dem Festakt nahmen neben Reichsbankpräsidenten Dr. Luther und den Vertretern der sächsischen Regierung mit Ministerpräsident Schieck an der Spitze die Vertreter der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, der Handwerks- und der Landwirtschaftskammer, die Vertreter des Verbandes sächsischer Industrieller, sowie zahlreiche Herren aus Industrie, Wissenschaft und Bankwelt teil.

Nach einem einleitenden Musikstück ergriff der Leiter der Reichsbankhauptstelle Dresden, **Reichsbankdirektor Richter**, das Wort. Er begrüßte den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, die Vertreter der sächsischen Staatsregierung, die durch käufliche Ueberlassung des Bauplatzes den Neubau an bevorzugter Stelle ermöglicht habe, sowie die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Wirtschaft, Bank- und Börsenwelt.

Nach ihm ergriff **Reichsbankpräsident Dr. Luther** das Wort zu seiner bereits gestern von uns veröffentlichten Rede.

Die Glückwünsche der sächsischen Staatsregierung überbrachte **Ministerpräsident Schieck**.

Oberbürgermeister **Dr. Blüher** sprach der Reichsbank im Namen der Stadt Dresden und der sächsischen Gemeinden den Glückwunsch aus und betonte die gute Zusammenarbeit mit der Reichsbank. Dr. Blüher verwies nochmals auf die bedeutsamen Ausführungen Dr. Luthers, die von gesundem und erfreulichem Optimismus getragen gewesen seien.

Weitere Glückwünsche überbrachten noch der Präsident der Handelskammer Dresden, sowie zwei Vertreter der Bankwelt. Nach einem Schlußwort des Reichsbankdirektors Richter schloß die Feier mit dem Niederländischen Dankgebet.

SLUB
Wir führen Wissen.

Ein amtlicher Bericht über Alsdorf.

Alsdorf, 4. November.

Am Montag, dem 3. November, nahm der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission Bonn einen ausführlichen Bericht der Bergbehörde über den Stand der Aufräumungsarbeiten und die bisherigen Ermittlungen entgegen. Die Annahme einer Explosion über Tage, für die die außerordentlichen Zerstörungen am Fördergerüst und am Betriebsgebäude des Eduard-Schachtes sprechen, kann noch nicht ausgeschaltet werden. Zwar scheiden die Möglichkeiten der Explosion größerer Sprengstoffmengen oder eines Benzintanks oder Benzoltanks oder verschütteten Benzols sowie einer Explosion in der Lampenstube aus. **Dagegen bleibt die Möglichkeit einer Explosion, die ihren Grund in Schneidearbeiten oder anderen Ursachen hat, bestehen.** Unter Tage sind die Feststellungen, soweit die Grubenbaue zugänglich sind, inzwischen abgeschlossen worden. Die Möglichkeit einer Zündung von Schlagwettern durch Schießarbeiten erscheint nach den bisherigen Feststellungen ausgeschlossen. In den Abbaubetrieben und den unmittelbar anschließenden Abbaustrecken haben sich keine Merkmale einer Explosion ergeben. Die Auswirkungen der Explosion beschränken sich auf den Eduard-Schacht, auf die Füllörter und die Hauptförder- und Retterwege. Ob hier der Ausgangspunkt der Explosion gewesen ist, wird sich erst feststellen lassen, wenn die Aufräumungsarbeiten über Tage, an der Schachtmündung und unter Tage in der östlichen Richtstrecke der 360-Meter-Sohle zu Ende geführt sind. Diese Arbeiten werden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Kraftwagen in einen Fluß gestürzt

Mexiko, 4. November

Ein Kraftwagen, der über den Hochwasser führenden Fluß Mexchala auf einer Fähre übergesetzt wurde, glitt in die Fluten und verschwand. Die sieben Insassen, darunter drei Kinder, ertranken.

Habanna, 4. November.

Die Frau des Vizekonsuls der Vereinigten Staaten, Jackson, wurde durch einen heftigen Windstoß von einem Felsen ins Meer geworfen an einer Stelle, die von Haifischen wimmelt. Ihr Mann und ein anderer amerikanischer Vizekonsul stürzten sich in die Fluten, um ihr Hilfe zu bringen; alle drei ertranken.

Der neue Gewinnplan zur 198. Sächsischen Landeslotterie

bringt die Erfüllung eines alten Spielerwunsches:

Erhebliche Vermehrung der Mittelgewinne.

Die Gesamtgewinnsumme wird um 6,2 Millionen Mark (von 21,8 auf 28 Millionen Mark) erhöht.
Die großen Gewinne und die Losanzahl bleiben unverändert.
1/10 Los kostet in jeder Klasse 5 Reichsmark.

Ziehung der 1. Klasse am 10., 11. und 12. November 1930.

Lose bei
Ferdinand Schlegel Staatslotterie-Einnahme, Telefon Nr. 760.
Eduard Selberlich Staatslotterie-Einnahme, Hauptstraße 89.
Riesa

Am Freitag, den 7. November, abends 8 Uhr

Deutscher Abend

im Hotel Höpfner
unter Mitwirkung der Dresdner Standarten-Kapelle.
Redner: Landtagsabgeordneter **Werner Studentkowski.**
Anschließend **Deutscher Tanz!**
Hierzu laden ein **die Ortsgr. Riesa der N.S.D.A.P.**
Eintritt RM 1.- zuzügl. 20 Rpf. Steuer.
Vorverkauf bei Abendroth Nachfl.

Heimatschutz-Vorträge

Diesen Donnerstag, 6. Novbr., abends 8 Uhr
Höpfners Hotel Riesa, Lichtbildervortrag:
„Aus dem Leben meiner Tiere".
Rednerin: Käthe Hecht, Stralsund.
Karten zu 70 Rpf. im Vorverkauf bei Photograph Werner, Riesa, Goethestr. 81; an der Abendkasse 1 RM. Schülerkarten zu 50 Rpf. nur an der Abendkasse.

Leeres Zimmer frei.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Möbl. Zimmer frei
Schloßstr. 2, 1.

Gut möbl. Zimmer
sofort gesucht.
Offerten unter M 250 an das Tageblatt Riesa.

Leeres Zimmer
(sep. Eing.) mit Kochgel. u. groß. trockn. Raum z. Möbeleinst. sof. zu vermiet.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Junge Verkäuferin
sucht Stellung, auch als Aushilfe für Weihnachten.
Näher. Hauptstr. 59, part.

Fleiß. Hausmädchen
m. g. Zeugn. f. Hotel nach auswärts gesucht.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Jg. Mädchen (schulfrei)
sucht Aufwartung od. Beschäftig. gleich welch. Art.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Herr
gesucht z. Verkauf v. Zigarren an Wirte u. Private.
H. Jürgensen & Co.
Hamburg 22.

Jg. Handl.-Gehilfe
sucht Stellung als Volontär.
Offerten unter K 248 an das Tageblatt Riesa.

Arbeitsbursche
15—16 Jahr. zum sofortigen Antritt gesucht.
Scheuer, Langenberg

Sächsische Landesbühne

Riesa, Capitol
Mittwoch, 5. November 1930, **15.30 Uhr**

Goldlieschen

oder König Faulpelz und Prinz Lustig
Märchenspiel von Sophie Hennig
Kindervorstellung (außer Anrecht)
zu kleinen Preisen (1.—, —.50 und 0.30 M.)

20 Uhr, Reihe B

Susa, das Kind

Komödie von Hans-Caspar von Zobeltitz und Eddy Busch
Vorverkauf Stadtsparkasse
Theaterkasse 1 Stunde vor Beginn
Volksbühne: Gruppe 2

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren!

Vereinsnachrichten

Allgem. Turnv. (DT). Mittwoch keine Vers. Sonnabend 8 Uhr gesell. Beisammensein im Kronpr.

Stahlhelm-Frauenbund. Mittwoch, 5. 11., Arbeitsabend und Gruppenf.-Sitzung.

Reitverein Riesa. Mittwoch, d. 5. 11. 30, abends 7.30 Versammlung in der Elbterrasse. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Funkvereinigung Riesa. Donnerstag, 6. Novbr., 20 Uhr Monatsversamml. im Deutschen Haus.

Sächsischer Militärverein I Riesa. Die für morgen abend angesetzte Monatsversammlung fällt umständehalber aus. Der Tag der Versammlung wird nächste Woche bekanntgegeben.

Motorsportclub Riesa 1925. Zu der am Donnerstag im Hotel zum Stern stattfindenden Jahreshauptversammlung laden wir nochmals alle Mitglieder herzlichst ein.

DHV. Morgen Mittwoch, 5. d. M., 20 Uhr im Heim das sehr beliebte Kaffeestündchen unserer Frauen.

Gust.-Ad.-Frauenverein. Donnerstag Wett. Hof.

Militärverein Pausitz. Donnerstag, 6. November, abends 7 Uhr Monatsversammlung im Gasthof Oelsitz. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Sprachbuch gratis

betitelt: „Die psychotechnische Sprachmethode" (431. Auflage). Es wird an Hand von Beispielen gezeigt, wie der Vokabelschatz einer fremden Sprache ohne Auswendiglernen erworben und das Studium der Grammatik durch Psycho-Automatisierung ersetzt werden kann. Wer schnell und mühelos in vollendeter Geläufigkeit Englisch, Französisch usw. meistern möchte, erhält das aktuelle und lehrreiche Buch umsonst und portofrei übersandt vom: Verlag für zeitgem. Sprachmethodik, München A 454, Bavariaring 10. Es genügt Angabe von Adresse und der Sprache, für die man sich in erster Linie interessiert.

Guterh. Sportwagen
zu verk. Rathausplatz 6, 2. I.

Verkaufsstellen: **Gröba,** Lauchhammerstraße 23
Riesa, Hauptstraße 80.

Wir haben im Betrieb befindl., behördl. genehmigte

Automaten

zu verkaufen. Eilofferten unt. E. O. 417 erb. Ann.-Exp. Friedr. Eißmann, Meißen.

Electrola-Musikapparate und Schallplatten
in großer Auswahl.
B. Zeuner Nachf.
E. Fritsche
Autorisierte Electrola-Verkaufsstelle
Riesa, Hauptstraße 49 u. Rathausplatz 6.

---

3 weiße Jacken
für Bäcker oder Fleischer billig zu verk. Hohe Str. 9, Hempel.

Neues Büfett
180 lg., echt Eiche, hochmodern, umständehalber preisw. zu verk. E. Heiner, Gröba, Kirchstr. 15.

Zuchttauben verkauft
A. Gutmann, Hauptstr. 22

Immer weiße Zähne

„Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst nicht, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten." gez. C. Chubobe, Fr... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Parkschlößchen.
Morg. Mittwoch Schweineschlachten.
Ergebenst ladet ein Herm. Vogel.

Junge Rhodeländer
zu verkaufen
Striesen-Priestewitz bei Großenhain, Schalthaus.

---

2 hochträchtige Kühe
Ostpr., verkauft
Heinig, Freigut Glaubitz.

Empfehle angelegentlich
gute Möbel
Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer — solid, schön, billig
Auch Teilzahlung.
Kasse-Sonder-Skonto.
Joh. Enderlein, Riesa
Niederlagstr. 2, Hauseingang Schubh. Wiederhold.

Gasthof Mergendorf.
Morgen Mittwoch
Kaffee und Kuchen.

Morgen Mittwoch und Freitag wieder die feinen
warmen Räucherheringe
sowie tägl. frische Bücklinge.
Max Mehner.

---

1 gebr. Kachelofen
mit außeisernem Untersatz und einen Küchenherd auf Abbruch verkauft
Weber, Goethestr. 94.

---

100 Mk. zahlt Hersteller, wenn „Riefolda" nicht sof. d. Mensch u. Tier Kopf-, Filz-, Kleider-Läuse, Flöhe (Brut) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen **Wanzen.** Verkauf in Zentral-Drogerie
Förster, Hauptstr. 67. Postk.

Morgen Mittwoch
Schlachtfest.
Früh 1/2 9 Uhr Wellfleisch,
später fr. hausschl. Wurst
Gallertschüsseln
und Hackepeter.
M. Gumlich, Goethestr. 55

„Meine Frau war ihr Leben lang über 50 Jahre mit einer häßlichen

Flechte

behaftet. Kein gesundes Flechtchen hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie „Ingder's Patent-Medizinal-Seife" angewendet hat, fühlt sie sich wie neugeboren. Schon nach 3 Tagen spürte sie Linderung und in 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Wir sagen Ihnen innigsten Dank. „Ingder's Patent-Medizinal-Seife" 1/2 Tausende wert. S. W." à Stck. 50 Pfg. (15% ig.) Mk. 1.— (25% ig) u. Mk. 1.50 (50% ig. Weiche Form). Dazu „Ingder-Creme" (à 35, 50, 75 u. 100 Pfg.) In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Friedr. Büttner, Anker-Drogerie, Bahnhofstr., **O. Förster,** Central-Drogerie, Hauptstr. 43, **A. B. Hennicke,** Drog., Hauptstr., **R. Blumenschein,** Parfümerie, **Thomas & Cohn,** Parfümerie, Hauptstr. 45, **Alfred Otto,** Drogerie Gröba.

---

5. 11. 1930, 8 Uhr
Allg. Beratung.

Die heutige Nr. umfaßt 12 Seiten.

Um die Notverordnungen.

gu. Der **Haushaltsausschuß des Reichstags** ist nunmehr einberufen worden. Am 11. November wird er seine Beratungen beginnen und sich zunächst mit den Notverordnungen beschäftigen. Wie wir hören, sind die Vorarbeiten, die die Regierung zu diesen Beratungen gemacht hat, nicht gerade einschneidend gewesen, denn obwohl den Sozialdemokraten die Aenderung Einzelheiten der Notverordnungen zugestanden worden ist, befindet sich in diesem Zugeständnis die Einschränkung, das finanzielle Gesamtergebnis dürfe durch die Aenderungen nicht berührt werden. Aus diesem Grunde appelliert die Regierung an die Mehrheit, sich in Abänderungsanträgen zu beschränken, da sie keine Möglichkeiten sieht, finanzielle Ausfälle irgendwie wieder wett zu machen. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die bezahlten Krankenscheine und Rezeptgebühren fallen, da hier ein Verlust, der sich auf die Finanzen auswirkt, nicht entstehen kann, übrigens eine sichere Mehrheit mit den Sozialdemokraten geht. Bedeutend schwerwiegender erscheint es bereits, Aenderungen in der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen, da hier sofort neue Mittel zur Deckung dann entstehender Fehlbeträge zu beschaffen sind. Besonders die Sozialdemokraten sehen sich, wie uns von einem Parteiführer versichert ist, in einer schweren Lage. Sie haben die Möglichkeit, in der Arbeitslosenversicherung einschneidende Aenderungen vorzunehmen, denn sie könnte auf die Unterstützung der Nationalsozialisten und Kommunisten rechnen, weil diese Parteien, denen sich die Deutschnationalen zugesellen, den Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen überhaupt verfechten. Von keiner Seite sind aber Deckungsvorschläge eingebracht, so daß die Aenderungen, die sie planen, recht bescheidenen Umfang haben müssen, und infolgedessen nicht wesentlich in die notverordneten Bestimmungen über Einschränkung der Leistungen und Erhöhung der Beiträge eingreifen können. Das muß die Stellung der Sozialdemokraten derart erschweren, daß wahrscheinlich im Haushaltsausschuß grundsätzlich der Beschluß herbeigeführt werden dürfte, ob die Sozialdemokraten mit der Regierung gehen wollen oder sich der Linken der Partei anschließen, die Opposition für das Gegebene hält. Außer allem Zweifel liegt es, daß tatsächlich die Sozialdemokraten allein die Regierung verteidigen müssen und daß die Regierung von ihren Entscheidungen abhängig wird.

Die Situation ist also außerordentlich ernst und die bisherigen Beratungen hinter den Kulissen haben noch keinen Ausweg gezeigt. Wären die Sozialdemokraten in der Regierung, so könnten sie wahrscheinlich größere Verantwortung auf sich nehmen, Verhandlungen nach dieser Richtung sind aber nicht geführt, dagegen wird die Parteileitung, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, aus dem Lande bestürmt, endlich die Tolerierung der Regierung aufzugeben, da es den anderen Parteien überlassen bleiben müßte, eine stabile Regierung zu sichern. Der Ausgang der Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuß wird vielfach auch für die Beurteilung der Mehrheitsbildung im Haushaltsausschuß herangezogen. Tatsächlich aber liegen die Dinge in der Außenpolitik anders. Im Haushaltsausschuß handelt es sich zu allererst um die dringendsten Fragen der größten Partei, darum, daß diese die Regierung nur unter der Aussicht, im Haushaltsausschuß die sozialen Notverordnungen ändern zu dürfen, gehalten hat. Versucht sie es unter weiteren Opfern weiter, so wird ihre Wählerschaft nicht mehr mitmachen. Wir wissen, daß aus den einzelnen Bezirken zahlreiche Entschließungen gekommen sind, die die Tendenz der Linken der Sozialdemokratie tragen, und über diese vielen Entschließungen kann sich weder die Parteileitung noch die Fraktionsleitung hinwegsetzen. So droht, worüber man sich klar sein muß, im Haushaltsausschuß eine Krise heranzuziehen, die am 3. Dezember zu entscheidenden Aenderungen in der Regierung oder der Regierungspolitik führen muß.

Zur Tagung der Abrüstungskonferenz.

)(Genf. Die Teilnehmer an der sechsten Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses werden in der Mehrzahl im Laufe des Mittwoch in Genf eintreffen. Die polnische Regierung hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß sie in den Verhandlungen durch den Kommandeur der 19. Infanteriedivision, General Kasprzycki, vertreten sein wird. Mit besonderem Interesse sieht man hier auch diesmal wieder der Ankunft des Sowjetdelegierten Litwinoff entgegen. Obwohl über die Absichten des Vertreters der sowjetrussischen Regierung noch nichts bekannt ist, glaubt man in Genf allgemein, daß Litwinoff auch bei den jetzigen Verhandlungen eine ziemlich aktive Rolle zu spielen gedenkt.

Was die Haltung Deutschlands angeht, so hört man aus maßgebenden Völkerbundskreisen die Ansicht, daß die deutsche Delegation positiv an dem Zustandekommen der Abrüstungs-Konvention mitwirken werde und daß sie vermutlich mit allen Mitteln sich einer Verschleppung der Abrüstung widersetzen werde. In diesem Sinne wird hier auch der Abrüstungsbeschluß des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages gedeutet.

Von der **englischen Regierung** liegt bereits ein Antrag Lord Robert Cecils vor, der die Schaffung einer ständigen Kommission zur Ueberwachung der Abrüstungsbestimmungen bezweckt und die, ähnlich wie die Mandatskommission, über die Durchführung oder Verletzung der Bestimmungen laufend dem Völkerbundsrat zu berichten hätte. Ferner beantragt die englische Delegation die Einsetzung eines Unterausschusses der Marine-Sachverständigen, der die Anwendung der Flottenklassifizierungen des Londoner Dreimächte-Abkommens auf die kleinen Marinestaaten prüfen und hierüber dem Abrüstungsausschuß positive Vorschläge machen soll.

Ueber die **französisch-italienischen Flottenbesprechungen** liegen noch keine besonderen Mitteilungen vor. Man glaubt aber, daß der französischen Meldung, Frankreich werde dem Londoner Seemächteabkommen beitreten, der Wunsch zugrunde liege, Italien zu neuen Verhandlungen zu veranlassen. Der Direktor der Abrüstungsabteilung, Aghnides, soll bei seiner Informationsreise, die ihn nach London, Paris, Rom und Berlin geführt hat und von der er heute zurückgekehrt ist, den Eindruck gewonnen haben, daß die Regierungen auf der jetzigen Tagung unter allen Umständen zum Abschluß der vorbereitenden Abrüstungsarbeiten kommen wollen.

Kommunistenkrawalle in Kolberg

Kolberg, 4. November.

Einige hundert Kommunisten versammelten sich gestern abend während der Stadtverordnetensitzung vor dem Rathaus und versuchten, mit Gewalt in den Sitzungssaal einzudringen. Die Polizei sah sich schließlich gezwungen, mit dem Gummiknüppel gegen die Demonstranten vorzugehen, die heftigen Widerstand leisteten. Ein Polizist wurde durch mehrere Messerstiche in den Rücken schwer verletzt, einige Zivilpersonen erlitten leichtere Verletzungen.

Die Streichungen im Haushaltplan.

Senkung des Außenetats um 7,4 Prozent.

)(Berlin. Nach dem Haushaltplan des Auswärtigen Amtes sind die **fortdauernden Ausgaben für das Jahr 1931 um rund 4,4 Millionen Mark**, das sind 7,4 Prozent, **gesenkt** worden. Diese Ausgabenminderung hat nur durch eine **starke Kürzung der Auslandsbezüge**, besonders der Aufwandsentschädigung, sowie durch Herabsetzung der Verheiratetenzuschläge für Beamte im Auslande von 33⅓ Prozent auf 25 Prozent ihrer Dienstbezüge und dadurch erreicht werden können, daß wichtige Ausgaben des Auswärtigen Amtes eingeschränkt werden. Ein Ausbau der deutschen Vertretungen im Auslande ist für 1931 nicht vorgesehen. Demgemäß findet sich auch nicht der Antrag des Reichsaußenministers im Haushaltplan, die Gesandtschaften in den südamerikanischen ABC-Staaten in Botschaften umzuwandeln. Im übrigen ist zu dieser Umwandlung angesichts der revolutionären Bewegung in Südamerika und des peinlichen „Baden"-Zwischenfalls im Hafen von Rio de Janeiro um so weniger Anlaß.

Leider hat die Kürzung der Gelder auch den Fonds zur Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Auslande getroffen, und zwar ist da mehr als eine halbe Million Mark eingespart worden. Der Fonds zur Pflege des deutschen Schulwesens im Auslande ist um 0,25 Millionen Mark gekürzt worden.

Die vom Auswärtigen Amt für die **deutsche Liga für den Völkerbund** gezahlten Beiträge wurden um die Hälfte vermindert. Der Fonds zur **Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Auslande** beträgt jetzt 1,9 Million Mark und ist um 280 000 Mark gekürzt worden. Der Fonds zur **Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande** der, im Jahre 1930 noch mit 200 000 Mark angesetzt war, soll für 1931 nur 80 000 Mark enthalten. Unter den einmaligen Ausgaben werden nur Mittel zur Fortführung zweier bereits begonnenen Bauten angefordert, und zwar ein Betrag zur Errichtung eines Wohn- und Kanzleigebäudes für die deutsche Gesandtschaft in Addis-Abeba und für die Herrichtung des Gesandtschaftsgebäudes in Wien.

•

Die Ersparnisse des Reichsernährungsministers.

)(Berlin. Im Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind infolge der allgemeinen Sparmaßnahmen u. a. die Ausgaben für die Beihilfe zur Abhaltung von **Fortbildungskursen für landwirtschaftliche Lehrer** und Beihilfen zur Gewinnung geeigneter Mustertypen für landwirtschaftliche Maschinen gekürzt worden. Erhöht wurde die **Beihilfe zur Förderung der bäuerlichen Berufsberatung.** Die Erhöhung dieser Mittel wird mit der Notwendigkeit begründet, die im Interesse der bäuerlichen Betriebe besonders wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaftsberatung und des Versuchsringswesens fortführen zu können. Bei den einmaligen Ausgaben sind höher veranschlagt die Ausgaben zur **Verbilligung des Zinssatzes für Darlehen** zur landwirtschaftlichen **Bodenverbesserung** von 2,5 auf 4,5 Millionen Mark. Weiterhin sind die Ausgaben zur Verbilligung des Zinssatzes von Darlehen zur Förderung der **Milchwirtschaft um 1,3 Million** Mark erhöht worden. Infolge allgemeiner Sparmaßnahmen sind ermäßigt worden die Ausgaben für landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Absatzförderung um 2,3 Millionen Mark, die Mittel zur Stützung der Schlachtviehmärkte um 1 Million Mark. Weggefallen sind die Ansätze der Beteiligung des Reiches an der Deutschen Bodenkultur AG. in Höhe von 16 Millionen Mark, sowie 10 Millionen Mark zur verbilligten Abgabe von gekennzeichnetem Roggen für Fütterungszwecke.

Auch im Haushalt des Innenministeriums

haben sich fast alle Ansätze eine Kürzung gefallen lassen müssen; so die Mittel für die Förderung wissenschaftlicher Zwecke, zur Förderung der Theaterkultur und der künstlerischen Handwerkskultur für die deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung, für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Mittel für Erziehungsbeihilfen, zur Förderung des Turn- und Sportwesens, zur Förderung der Volks- und Jugendwohlfahrt, für die Bekämpfung des Alkoholismus, für die Technische Nothilfe und andere. Neu eingestellt sind für das Rote Kreuz 250 000 Mark zur Erfüllung der ihm auf Grund der Genfer Konvention obliegenden Aufgaben. Die Verwaltungsausgaben sind um 100 000 Mark gesenkt worden. Auch bei den einmaligen Ausgaben sind Senkungen erfolgt, so bei den studentischen Wirtschaftsbeihilfen, bei den Mitteln für die Unterstützung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschtums, bei den Mitteln für die Unterstützung der Erhaltung von Bauwerken und andere Posten.

Der **Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums** weist gleichfalls eine Ersparnis von rund vier Millionen Mark auf. Besonders stark sind die Einsparungen beim Statistischen Reichsamt. Bei den einmaligen Ausgaben sind infolge der Sparmaßnahmen die Mittel zur Förderung des Eisenerzbergbaues an der Wied, Lahn und Dill fortgefallen.

Beim **Haushalt des Reichsverkehrsministeriums** stellen sich die Gesamtzahlen für 1931 auf 181,7 Millionen gegen 197,2 Millionen im Vorjahre; sie sind also jetzt rund 15,5 Millionen niedriger. Interessant ist in diesem Etat besonders das **Kapitel für Luftfahrt.** Die Ausgaben für das Flugwesen gehören zu den wenigen Posten des Gesamtetats, die sich erhöht haben, nämlich von 38,3 auf 39,1 Millionen. Davon erhält die **Deutsche Lufthansa** 18,825 gegen 19 Millionen im Vorjahre. Zur Förderung der Luftschiffahrt ist ein Betrag von 500 000 Mark als Beihilfe an den **Luftschiffbau Zeppelin** für Versuchs-, Studien- und Ausbildungsfahrten und weitere 600 000 Mark als Beihilfe für Einrichtung eines planmäßigen Luftschiffverkehrs in Verbindung mit anderen deutschen Luftfahrtunternehmen eingesetzt.

Beim **Reichsjustizministerium** macht die Senkung etwa ¾ Million aus. In ähnlichem Ausmaß sind auch die übrigen Einzelhaushalte **an der allgemeinen Sparaktion** beteiligt.

Reichskanzler Brüning über Deutschlands Außenpolitik.

)(Paris. „Petit Parisien" veröffentlicht eine längere Erklärung, die **Reichskanzler Dr. Brüning** einem Redakteur dieser Zeitung, Ernst Bourguère, anläßlich seiner kürzlichen Anwesenheit in Berlin gegeben hat. In dieser Erklärung heißt es u. a.:

„Ich habe wiederholt und auch in meiner letzten Regierungserklärung nach den Wahlen erneut betont, daß **die bisherige Außenpolitik, die sich als höchstes Ziel die Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung gesetzt hat, wie bisher unter Ablehnung aller Abenteuer in organischer Weiterentwicklung auf dem Wege des Friedens weitergeführt werden soll.** Diese Politik ist in ihren Grundsätzen, in der loyalen Durchführung der internationalen Verträge und in dem friedlichen Zusammenwirken der Völker festgelegt. Sie ist nicht These einer Person, einer Partei oder einer Parteikoalition, sondern Gemeingut des weitaus größten Teils des deutschen Volkes. Darin liegt auch die Stärke der deutschen Friedenspolitik, die sich in ihrer beharrlichen Kontinuität allen Bestrebungen zur Erörterung und Sicherung des Friedens niemals versagen kann. Die Rheinlandräumung war eine große Etappe auf dem Wege dieser deutschen Befreiungspolitik. Mit Bezug auf die bekannte Genfer Rede Briands erklärte der Reichskanzler: „Nicht Haß und nicht Drohung sind aus den Wahlurnen des 14. September hervorgegangen, sondern der Ausdruck eines tiefbedrückten und noch starken Volkes, das um seine nationale Zukunft ringt. Die Stimmen, die wir aus Frankreich hören, bringen fast übereinstimmend eine Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Konzessionen, die Frankreich durch Erleichterung der Reparationen und durch vorzeitige Räumung gemacht zu haben glaubte, in Deutschland nicht genügend gewürdigt würden. Darin liegt eine Verkennung der möglichen Auswirkung dieser vereinbarten Maßnahmen. Ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten des Youngplans sind bereits allerorts Diskussionen über die Möglichkeit seiner Durchführung entstanden.

Frankreich als Hauptgläubiger muß einsehen, daß keine deutsche Regierung ihrem Volke eine Milliardenschuld, die in ihrer Gesamtheit immer wieder als drückend empfunden wird, durch die an sich begrüßenswerte Ermäßigung um einige hundert Millionen tragbarer erscheinen lassen kann.

Wenn gleichzeitig die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise dazu zwingt, mehrere Milliarden neue Steuern und Lasten aufzuerlegen, ist es selbstverständlich, daß jede deutsche Regierung sich alle vertragsmäßig zur Abwehr von Gefahren für Wirtschaft und Währung zur Verfügung stehenden Maßnahmen offenhalten muß für den Fall, daß sich die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Zahlungen nicht einstellen sollten. Anderseits scheint uns **die Enttäuschung Frankreichs über die angeblich nicht genügende Anerkennung der vorzeitigen Rheinlandräumung nicht gerechtfertigt.** Die immer wieder hinausgeschobene Entscheidung hat die Wirkung und den Eindruck dieser langerwarteten Maßnahme, die zudem nicht **ohne neue Härten** und Belastungen vor sich geht, sehr abgeschwächt.

Die endgültige Aufgabe dieser militärischen Sicherheitsmaßnahme hat indes keineswegs die Diskussion über die Sicherheitsfragen ein für allemal aus der Welt geschafft. Immer wieder wird das Sicherheitsproblem gleichsam als Ausdruck eines anhaltenden Mißtrauens in den Vordergrund gestellt. Frankreich dürfte hierbei vielleicht verkennen, daß man angesichts eines entwaffneten Volkes, dessen Grenzen nach allen Richtungen offen sind und das von waffenstarrenden Nachbarn umgeben ist, nicht immer von neuem die Forderung nach Sicherheit dem **rechtmäßigen Verlangen nach Abrüstung** entgegenstellen kann, ohne die Unantastbarkeit feierlich eingegangener Verträge anzuzweifeln, deren Urheber zu sein gerade Frankreich sich zu rühmen weiß. Nach unserer **Auffassung haben alle Staaten gleiches Recht auf Sicherheit, und wir verstehen nicht, warum hier mit zweierlei Maß gemessen werden soll.**

Die letzten außenpolitischen Vereinbarungen, die zweifellos als ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Liquidation des Krieges angesehen werden können, werden erst dann zur vollen Auswirkung gelangen, wenn die beiden Hauptkontrahenten, Deutschland und Frankreich, in friedlicher Zusammenarbeit mit den großen Nachbarstaaten den Boden für eine aufrichtige Verständigung weiterhin pflegen und entschlossen auf dem gemeinsam beschrittenen Wege weitergehen. **Eine Politik des kühlen Abwartens ist hier nicht am Platze.**

In Frankreich herrscht vielfach die Meinung, daß es falsch sei, Deutschland immer neues Entgegenkommen zu zeigen, da es stets nach Erreichung eines Zieles sich nicht zufrieden gebe, sondern mit immer neuen Forderungen hervortrete. In der Tat steht die deutsche Außenpolitik ebenso wie die auch anderer Staaten noch vor vielen unerreichten Zielen.

Deutschland ist noch weit entfernt von der vollen Souveränität seiner Großmachtstellung. Viele Fragen, deren Lösung vertraglich vorgesehen ist, sind heute noch nicht bereinigt, ja, zum Teil noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen. **Solange dieser unnatürliche Zustand andauert, der vor mehr als einem Jahrzehnt in Ausnutzung der durch diesen Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festgelegt wurde, wird Deutschland mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln auf eine Aenderung hinzuwirken versuchen, und nach wie vor mit seinen berechtigten Ansprüchen hervortreten, deren Ausgleich, weit entfernt, Beunruhigung hervorzurufen, zur Förderung des Friedens dienen wird."**

Eröffnung einer „Schule des Friedens" in Paris.

)(Paris. Die von der Herausgeberin der Zeitschrift „L' Europe nouvelle", Louise Weiß, gegründete **Schule des Friedens**, die ein Studienzentrum für die auswärtige Politik in besonderer Anlehnung an die Tätigkeit des **Völkerbundes** sein soll, **wurde gestern eröffnet.** Die Schule will es sich zur Aufgabe machen, durch Vorlesungen die Jugend für die friedliche Lösung von Streitigkeiten unter den Völkern zu gewinnen. Der Herausgeberin der L' Europe nouvelle ist es gelungen, fast sämtliche französische Persönlichkeiten, die seit Bestehen des Völkerbundes in Genf eine gewisse Rolle gespielt haben, als Vortragende zu gewinnen.

Bei der gestrigen Eröffnungsfeier hielt Painlevé eine Rede, in der er besonders hervorhob, daß, nachdem eine neue Generation aufsteige, die aktiv am Kriege nicht teilgenommen habe, es die besondere Aufgabe des Unterrichts sein müsse, den nationalistischen Geist zu dämpfen, der sich besonders in der akademischen Jugend geltend mache. Die Gründerin der Schule, Louise Weiß, hat die Gelehrten des Auslandes eingeladen, an der neuen Hochschule zu lesen, die allen offen stehe, die der Sache des Friedens dienen wollten. Die Neugründung hat starkes Interesse erregt, denn ein überaus zahlreiches Publikum, unter dem man viele Vertreter des diplomatischen Korps, darunter den deutschen Botschafter von Hoesch, viele Parlamentarier, Wissenschaftler und Vertreter des französischen Schrifttums, sowie zahlreiche ausländische Journalisten bemerkte, wohnte der schlichten Eröffnungsfeier bei.

SLUB
Wir führen Wissen.

Auch heute kein Start des Do X.

Altenrhein. (Funkspruch.) **Mit einem Start des Flugzeuges Do X nach Amsterdam ist auch für heute nicht zu rechnen.** Die Dornier-Werke Altenrhein teilen mit, daß die sich langsam bessernde Wetterlage **den Start für die nächsten Tage erhoffen läßt.**

Die Arbeitgeber zur Arbeitslosenfrage.

Der Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat zur Arbeitslosenfrage, deren soziale Bedeutung für die Arbeiter er in keiner Weise verkennt, eine **Reihe von Entschließungen gefaßt,** aus denen wir das Folgende entnehmen:

Eine schematische oder generelle Verkürzung der Arbeitszeit, um die Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmern zu verteilen oder die Entlassung von Arbeitnehmern zu vermeiden, ist kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit; sie engt die unerläßliche Bewegungsfreiheit der Betriebe ein und steigert fast immer die Produktionskosten. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ist lediglich durch Selbstkostensenkung möglich, die nur durch Senkung des Lohnes erreicht werden kann. Hieraus ergibt sich die Ablehnung eines gesetzlichen Zwanges zur Verkürzung der Arbeitszeit. Inwieweit im Einzelfalle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Arbeitszeit verkürzt werden kann, ist lediglich nach Maßgabe der jeweiligen betriebs- und produktionstechnischen Bedingungen des einzelnen Betriebes zu beurteilen und muß der Betriebsleitung überlassen werden. Dieser Weg der Kurzarbeit und Feierschichten ist bereits weitgehendst im Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschritten worden.

Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich d. h. demselben Lohn wie bei der längeren Arbeitszeit) ist einer Lohnerhöhung und damit der Erhöhung der Selbstkosten gleichzusetzen. Bei der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden würde das derzeitige Lohnkonto sich um rund 17 Proz. gleich 6 bis 7 Milliarden Mk. im Jahr erhöhen. Durch Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich wird das Lohneinkommen des einzelnen Arbeiters gesenkt, die Gesamtlohnsumme des Betriebes bleibt aber zum mindesten gleich, wenn sie sich nicht sogar erhöht. Auch diese Forderung geht also an dem Grundproblem der Selbstkostensenkung vorbei.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich von 48 auf 40 Stunden senkt den Lohn des einzelnen Arbeiters um 17 Prozent, bei dem Uebergang zur viermaligen Sechsstundenschicht sogar um 25 Prozent. — Eine über den jetzigen Umfang hinausgehende Ausdehnung der Notstandsarbeiten ist ebenfalls kein geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, zumal das erforderliche Kapital fehlt oder die Entziehung von Kapital hierfür an anderer Stelle die Arbeitslosigkeit vergrößern würde. Dagegen ist die weitere Durchführung von Notstandsarbeiten in dem jetzigen beschränkten Umfange unentbehrlich, sie wirkt entlastend auf den Arbeitsmarkt.

Eine gleiche Entlastung muß durch möglichste Erweiterung der Pflichtarbeit gemäß § 91 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erstrebt werden, besonders für die jugendlichen Arbeiter, zur Förderung ihrer Arbeitsmoral und Berufsausbildung. Die Durchführung einer allgemeinen Dienstpflicht scheitert aber an dem Kapitalmangel. Schließlich erklärt sich der Vorstand der Arbeitgeberverbände gegen alle Subventionen, insbesondere gegen Lohnzuschüsse an private Betriebe aus öffentlichen Mitteln, da der Begriff der privatwirtschaftlichen Tätigkeit die Gewährung öffentlicher Mittel ausschließt und solche Subventionen die privatwirtschaftlichen Konkurrenzgrundlagen zu Ungunsten derjenigen Betriebe, die keine Subventionen erhalten, verschieben.

Er kommt zu dem Schluß, daß **durchgreifende Hilfe nur durch eine organische Gesundung unserer Wirtschaftsgrundlagen in planmäßigem Zusammenwirken aller die Wirtschaft tragenden Kräfte erreicht werden kann.**

15 Millionen Arbeitslose!

Frankreich ist allein verschont.

Genf, 2. November. In dem vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen letzten Ausweis über die Erwerbslosigkeit in den hauptsächlichsten Industriestaaten der Welt wird die Gesamtarbeitslosigkeit auf etwa 15 Millionen beziffert.

Im einzelnen hat

1. **Deutschland:** Ende August 1930 1 947 811 unterstützte Arbeitslose (gegen 883 002 August 1929).
2. **Oesterreich:** 156 124 unterstützte Arbeitslose (101 845).
3. **Belgien:** Ende Juli 1930 15 202 komplett Arbeitslose und 48 580 teilweise Feiernde (4937 bzw. 16 452).
4. **Kanada:** Nach der Statistik der Syndikate Ende Juli 1930 18 473 Arbeitslose (6003).
5. **Großbritannien und Nordirland:** Ende August 1930 2 119 648 Unterstützungsempfänger, hiervon 1 500 990 vollständig und 618 658 teilweise Unbeschäftigte (918 550 und 280 332).
6. **Italien:** Ende August 399 600 Arbeitslose (236 316).
7. **Holland:** Nach den Kassenausweisen Ende Juli 1930 25 772 (12 030).
8. **Polen:** Ende Juli 1930 170 665 komplett Arbeitslose in den Rohstoff- und Textilindustrien sowie 70 597 Teilarbeitslose in den Textilindustrien (84 300 bzw. 89 639).
9. **Rumänien:** 23 236 vergeblich Stellungsuchende Ende Juli 1930 (20 048).
10. **Schweden:** Nach Ausweisen der Syndikate 26 147 Arbeitslose Ende Juli 1930 (20 048).
11. **Tschechei:** 37 853 durch die Versicherungskassen der Syndikate Unterstützte Ende Juli 1930 (16 859).
12. **Vereinigte Staaten von Nordamerika:** Nach den Statistiken der Syndikate betrugen die Verhältniszahlen der Arbeitslosen Ende August 1930 22 Prozent gegen 9 Prozent im August 1929.

Allen diesen Ländern gegenüber hat einzig und allein nur **Frankreich überhaupt keine Arbeitslosigkeit.** Den vielen Hunderttausenden vollbeschäftigten fremdländischen Arbeitern steht Ende August 1930 nur die minimale Ziffer von — sage und schreibe — 964 — Arbeitslosen gegenüber — eine so winzige Zahl, daß sie überhaupt nicht in Betracht kommt. Die jetzigen Zahlen sind noch weit höher.

Der Wechsel in der Heeresleitung.

* **Berlin.** Im „Heeresverordnungsblatt" veröffentlichen der scheidende Chef der Heeresleitung, **Generaloberst Heye,** und der neue Chef der Heeresleitung, **Freiherr von Hammerstein-Equord,** folgende Aufrufe:

„Dem Reichsheer zum Abschied ein herzliches Lebewohl!

Allen Angehörigen aufrichtigen Dank für die dem Vaterland bewiesene Pflichttreue, die vier Jahre lang mein Stolz und meine Freude war.

Lebendige Tradition, vertrauender Gehorsam, Waffenfertigkeit und letzte Kameradschaft mögen stets die Eckpfeiler des Reichsheeres bleiben.

Berlin, 31. 10. 1930. (gez.) **Heye,**
Generaloberst und Chef der Heeresleitung."

*

„Ich habe das Amt des Chefs der Heeresleitung angetreten.

Ich werde dem Heere seinen nationalen Schwung, seine innere Geschlossenheit, seine Disziplin und seinen kriegerischen Geist erhalten.

Berlin, 1. 11. 1930.
(gez.) **Freiherr von Hammerstein-Equord,**
General d. Inf. und Chef der Heeresleitung."

Der Geldbedarf der Reichskasse.

d. Die für die Flüssighaltung der Reichskasse benötigten Mittel aus dem vor kurzem abgeschlossenen Ueberbrückungskredit von 500 Millionen RM. wird, wie wir erfahren, die Reichsfinanzverwaltung etwa um den 10. November hereinbekommen, wenigstens zum größten Teile; der Rest wird noch im Laufe dieses Jahres benötigt werden, vor allem für den Jahresultimo, an dem große Zahlungen zur Tilgung der Anleiheablösungsschuld fällig sind. Um trotz dem Defizit von 900 Millionen, das der Finanzminister für das laufende Haushaltsjahr erwartet, die Reichskasse leistungsfähig zu erhalten, wird nach unseren Informationen in den ersten Monaten des Jahres 1931 **die Beschaffung neuer Kassenmittel von etwa 220 Millionen RM. notwendig werden.** Sie sollen durch die Ausgabe von einjährigen Schatzanweisungen auf dem Geldmarkt beschafft werden. Eine übermäßige Beanspruchung des Geldmarktes, der übrigens in diesen Monaten erfahrungsgemäß flüssig ist, glaubt man dadurch zu vermeiden, daß vorher und gleichzeitig mit der neuen Geldaufnahme etwa 400 Millionen fällige Verpflichtungen zurückbezahlt werden, die zum größten Teile dem Geldmarkt zufließen.

Aeußere und innere Kriegslasten Deutschlands.

vdz. **Berlin.** Der **Kriegslastenhaushalt** enthält einen Ueberblick über die äußeren und inneren Kriegslasten Deutschlands. Insgesamt betragen die **äußeren Kriegslasten 1793,8 Millionen Mk.** gegenüber 1817,7 Millionen im Jahre 1930. Die äußeren Kriegslasten haben sich somit um 23,9 Millionen Mk. verringert.

Die **inneren Kriegslasten** des Reichs betragen **1670,4 Millionen** gegenüber 1882,8 Millionen Mk. im Vorjahre. Hier ist also eine Verringerung um 212,4 Millionen eingetreten.

Die **Kriegslasten der Reichsbahn** infolge vermehrter Pensionslasten und der Grenzziehung betragen **303,1 Millionen** gegenüber 314,2 Millionen Mk. im Jahre 1930. Die **Kriegslasten der Reichspost** werden mit **44,7 Millionen** angegeben (im Vorjahre 47,2).

Insgesamt betragen also die deutschen inneren und äußeren Kriegslasten **3812 Millionen Mk.** gegenüber 4061,9 im Jahre 1930. Der Rückgang im Jahre 1931 beträgt somit 250 Millionen Mk., und wenn man die im vorigen Jahr gezahlte Sondereinlage für die Internationale Reparationsbank in Höhe von 65 Millionen Mk. hinzurechnet, 315 Millionen Mk.

Landwirtschaftsbeihilfe im neuen Reichsetat.

vdz. **Berlin.** Im Haushalt des Reichsernährungsministeriums für 1931 sind unter den einmaligen Ausgaben **wiederum 7½ Millionen RM. wie im Vorjahre für die Bewegung der Getreideernte vorgesehen.** Für Zinsverbilligung für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen sind jedoch diesmal 4½ statt bisher 2 Millionen eingesetzt. Die Mittel zur Zinsverbilligung für die Milchwirtschaft sind gegenüber dem Vorjahr sogar verzehnfacht, sie sollen 1,5 Millionen ausmachen. Vermindert ist dagegen der Fonds für landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Absatzförderung von 12,6 auf diesmal nur 10,275 Millionen. Für die Stützung der Schlachtviehmärkte werden diesmal nur 4 statt 5 Millionen ausgeworfen. Als Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus dem an das Reich abgeführten Vermögen der Reichsgetreidestelle sollen wieder 1,5 Millionen gegeben werden.

Deutschlands Marinebauprogramm.

vdz. **Berlin.** Dem neuen Haushalt der Reichsmarine für 1931 ist ein Schiffsbau-Ersatzplan als Beilage für den Zeitraum von 1931 bis zunächst 1936 angefügt. Die Aufgabe dieser Bestimmung in dem Etat selbst ist auf einen Reichstagsbeschluß vom vorigen Jahre zurückzuführen. Der „Schiffsbau-Ersatzplan" sieht u. a. vor, daß das Panzerschiff „Ersatz Preußen" (Gesamtkosten 75 Millionen Mark) auf den deutschen Werken in Kiel 1932 fertig wird. Panzerschiff „Ersatz Lothringen" (73 Millionen Mark) soll 1931 auf der Marinewerft in Wilhelmshaven begonnen, 1934 fertiggestellt. „Ersatz Braunschweig" 1932 begonnen und 1936 fertiggestellt. „Ersatz Elsaß" 1934 begonnen werden. Der auf der Marinewerft im Bau befindliche Kreuzer „Leipzig" soll 1931 fertig werden und insgesamt rund 42 Millionen Mark kosten. Vier Reserve-Zerstörer sollen 1934 bis 1936, fünf Bewachungsfahrzeuge für 2,9 Millionen Mark 1931 bis 1932, fünf Torpedoboote ab 1936 gebaut werden. Artillerieschulboot „Ersatz Drache" (Gesamtkosten 9,54 Millionen) wird 1931 auf der Marinewerft fertig. Artillerieschulboot „Ersatz Hay" soll 1936 beginnen. Sieben Sperrübungsfahrzeuge für 1,5 Millionen sollen 1931/32 gebaut werden. Als Gesamtjahresbetrag für Schiffsneubauten wird für die sechs Jahre, die der Plan umfaßt, die Durchschnittssumme von 50 Millionen angegeben.

Das Panzerschiff „Ersatz Lothringen" soll übrigens um zwei Millionen billiger werden als „Ersatz Preußen".

*

Neue Zünder für die Reichswehr.

vdz. Im Haushalt des Reichsheeres für 1931 ist unter den einmaligen Ausgaben auch ein erster Teilbetrag von ½ Millionen Mark für die **Beschaffung von mechanischen Zündern für Artilleriegeschosse** angefordert. Nach der Begründung sind die bisherigen Pulverbrennzünder auch bei luftdichter Verpackung nicht unbegrenzt lagerbeständig. Es müsse also ein Vorrat von mechanischen Zündern geschafft werden, die diese Nachteile nicht aufweisen.

Politische Tagesübersicht.

Um die Reichszuschüsse für die Thüringer Polizei. Wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, hatte die Fraktion der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Thüringen durch ihren Vorsitzenden Vorstellungen bei nachstehenden Reichsministern in Berlin erhoben, um mindestens eine Gleichstellung Thüringens mit Braunschweig in der Frage der Behandlung der Polizeikostenzuschüsse zu erreichen. Es bedeute bei der Haltung der Reichsregierung gegenüber Thüringen eine Härte, wenn Thüringen weiterhin die Gelder gesperrt würden. Der Nachweis, daß eine Politisierung der Polizei in Thüringen nicht vorliege, sei so offenkundig und jedem Einsichtigen so klar, daß ein Grund für die Aufrechterhaltung der Sperre weder bestanden habe noch bestehe.

Frankreich erwirbt die polnische Korridorbahn Bromberg—Gdingen. Am 9. November findet die Eröffnung der neuen Eisenbahnlinie Bromberg—Gdingen in Gegenwart des polnischen Verkehrsministers statt. Wie nach einer Meldung der „DAZ" aus Danzig zuverlässig verlautet, soll diese Strecke nach ihrer Eröffnung gemäß bereits erfolgreich gepflogenen Verhandlungen in den Besitz des französischen Industrie-Unternehmens Schneider-Creuzot übergehen und zwar bei gleicher Interessiertheit der französischen Regierung.

Kommunistenüberfall auf das Kolberger Rathaus. Am Montagabend versammelten sich, während der Stadtverordnetenversammlung etwa 350 Kommunisten vor dem Rathaus und versuchten den Stadtverordnetensaal zu stürmen. Die sofort eingesetzte Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die immer weiter anwachsende Menge vor und räumte den Rathausplatz. Hierbei wurde ein Polizeiwachtmeister hinterrücks überfallen und durch einen Stich schwer verletzt, mehrere andere Beamte wurden tätlich angegriffen.

Amerikanische Stimme für Streichung der Schulden. Anläßlich der Jahrestagung des American Institute for Steel Construction erklärte ihr Vorsitzender Charles Abbott: Eine Herabsetzung oder Streichung der Weltkriegsschulden seitens der Vereinigten Staaten würde den entschiedensten Schritt zur Beseitigung der internationalen Depression bedeuten. Solange diese Zahlungsverpflichtungen die Schuldnerländer bedrohen, wird jede wirtschaftliche Erholung aufgehalten. Die Streichung oder Herabsetzung der Schulden würde nicht nur die Schuldnerländer ermutigen, wieder ihren früheren Wirtschaftsbetrieb in vollem Maße aufzunehmen, sondern auch das Ausland gegenüber den amerikanischen Erzeugnissen günstiger stimmen und damit unserem Lande eine gebührende Belohnung bringen.

Minister Stegerwald besucht London. Die Meldung Londoner Blätter, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald im November London besuchen wird, um mit dem britischen Arbeitsminister verschiedene Fragen zu besprechen, die mit der Washingtoner Konvention zusammenhängen, wird auch von deutschen Stellen bestätigt. Minister Stegerwald wird nach London fahren, aber der Zeitpunkt steht noch nicht endgültig fest.

Ankunft des neuen deutschen Botschafters in London. Der neue deutsche Botschafter am Hofe von St. James Baron v. Neurath ist in Begleitung seiner Gattin gestern abend um 9.15 Uhr in London eingetroffen. Der bisherige Geschäftsträger Graf Bernstorff und Legationssekretär v. Halem waren dem Botschafter nach Harwich entgegengefahren. Zum Empfang des Botschafterpaares hatten sich am Bahnhof Liverpool-Street als Vertreter des britischen Staatssekretärs des Aeußeren, Mr. Monck vom Foreign office sowie die Mitglieder der deutschen Botschaft mit ihren Damen eingefunden.

Die Gewinne der Konservativen bei den englischen Kommunalwahlen. Nach dem letzten Stand der Grafschafts- und Gemeindewahlen stellt sich der Gewinn für die Konservativen auf 75 Sitze, während die Arbeiterpartei 63 und die Liberalen 12 Sitze verloren haben. In Leeds und Hull müssen neue Zählungen vorgenommen werden.

Vargas vorläufig brasilianischer Präsident. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro hat Vargas am Montag unter großen Feierlichkeiten vorläufig die brasilianische Präsidentschaft übernommen.

Aus der Diplomatie. Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Sackett, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Die Strafanträge im ostpreußischen Landvolk-Prozeß.

Königsberg. Im ostpreußischen Landvolk-Prozeß wurden gestern mittag seitens der Staatsanwaltschaft **folgende Strafanträge gestellt:** gegen den Angeklagten Friedrich Doepner wegen Vergehens gegen § 129 StrGB. sechs Monate Gefängnis, wegen schweren Aufruhrs gemäß § 115 und § 113 StrGB. ein Jahr Gefängnis; beide Strafen sind zusammenzuziehen auf ein Jahr drei Monate Gefängnis; gegen die Angeklagten von Platen, von Weiß und Erich Thymian wegen Vergehens gegen § 129 StrGB. je vier Monate Gefängnis; weiter gegen die Angeklagten Buchholz und Valtinant wegen schweren Aufruhrs je acht Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Wegerer wegen einfachen Aufruhrs sechs Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft soll voll angerechnet werden.

Achtung! Morgen Mittwoch in Riesa Achtung!

großer Gildehof-Werbetag

Jeder Gildehof-Käufer erhält in den Tabakwaren-Spezialgeschäften einen Gildehof-Luftballon gratis

Die sächsische Industrie zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller stellt fest, daß das Sanierungsprogramm der Reichsregierung nach jahrelangen verfehlten Gesetzgebungsexperimenten auf finanz- und sozialpolitischem Gebiete einen ersten Versuch darstellt, neue Wege zur Aenderung der Finanzen zu gehen. Die sächsische Industrie, die unter der bisherigen wirtschaftschädigenden Gesetzgebung ganz besonders zu leiden hatte, kann diese Absichten der Reichsregierung nur begrüßen. Sie ist aber der Meinung, daß trotz dieser Uebereinstimmung im Ziel das Programm der Regierung in vielen Punkten noch als unbefriedigend angesehen werden muß und daß es hinsichtlich der Steuer-, Lohn- und Sozialpolitik noch größere Lücken aufweist. Insbesondere vermißt der Verband Sächsischer Industrieller eine einwandfreie Willenskundgebung in der Richtung einer dauernden weitgehenden Senkung der Steuerlasten. Das gleiche gilt für die ebenfalls notwendige Senkung der sozialen Lasten, namentlich durch Beseitigung aller in der Sozialversicherung anerkanntermaßen vorhandenen Mißstände.

Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller ist ferner der Ansicht, daß die Reichsregierung mit jedem Programm zur Besserung der innerdeutschen Verhältnisse nur Teilerfolge erzielen kann, wenn es ihr nicht gelingt, auch gleichzeitig die außenpolitischen Lasten Deutschlands herabzusetzen und die im Young-Plan festgelegten finanziellen Vereinbarungen einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Der Verband Sächsischer Industrieller hat sofort, als der Young-Plan bekannt wurde, in einer Erklärung seines Gesamtvorstandes darauf hingewiesen, daß die in diesem Plan verankerten Lasten für die deutsche Wirtschaft untragbar sind. Wie recht er mit dieser Feststellung gehabt hat, zeigt die Entwicklung, die die Lage der deutschen Wirtschaft inzwischen genommen hat. Gerade deshalb muß aber eine weitgehende Herabsetzung unserer finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande als Ergänzung der Sanierungspläne der Reichsregierung schnellstens durchgesetzt werden, wenn mit der Durchführung dieser Pläne eine wirkliche Besserung der Lage der deutschen Wirtschaft erreicht werden soll.

Im Zusammenhang mit den Beratungen des Programms der Reichsregierung wurden die Versuche einzelner Parteien des Reichstages, durch Mehrheitsbeschluß in die Lohnkämpfe der Berliner Metallindustrie einzugreifen, auf das schärfste verurteilt. Es wurde als eine wichtige Voraussetzung für die Besserung unserer Verhältnisse bezeichnet, daß eine derartige Stellungnahme politischer Instanzen zu Lohnverhandlungen in Zukunft unbedingt unterbleibt.

Angestelltentagung in Dresden.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hatte am Sonntag seine Mitarbeiter aus der Kreishauptmannschaft Dresden zu einer Tagung zusammengerufen. In dieser wurde vor allen Dingen Stellung zur wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage genommen. Der Bezirksvorsteher, Herr Schentke-Riesa, konnte Vertreter aus fast allen Ortsgruppen des Bezirkes begrüßen.

In seinem Geschäftsbericht führte der Bezirksgeschäftsführer, Herr Krahl-Dresden, aus, daß trotz der schweren Wirtschaftslage der Mitgliederbestand wesentlich erhöht werden konnte. Besonders erfreulich ist der Zugang an Jugendlichen. Der Reinzuwachs im Bezirk Dresden betrug am 30. 6. 1930 gegenüber dem 31. 12. 1929 38 Prozent. In starkem Maße ist das Interesse der Angestelltenschaft an sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen gestiegen. Damit eng verbunden ist auch die starke Betätigung in der Organisation.

Ueber die Bildungsarbeit berichtete der Gaubezirksbildungsobmann, Herr Mothes-Dresden, und über den Bundestag in München, Herr Martin-Dresden. Eine rege Aussprache folgte allen Berichten.

Der Gauleiter des Sachsengaues, Herr Bierwirth-Leipzig, faßte in seinem Schlußwort das Ergebnis der Aussprache zusammen. Unter einmütiger Zustimmung konnte er feststellen, daß die im GDA organisierten Angestellten jede Kürzung der bestehenden Tarifgehälter ablehnen und sich gegen jede weitere Verschlechterung in der Sozialversicherung wehren. Sie fordern vielmehr, daß die Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung, die Schaffung von Gefahrenklassen, insbesondere die Sondererfassung der Angestellten, sowie die Einbeziehung der Beamtenschaft als versicherungs- und beitragspflichtige Berufsgruppen endlich durchgeführt wird. Das Doppelverdienerunwesen muß beseitigt werden. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß Menschen mit ausreichendem Einkommen — darunter auch Beamte in gutbezahlten Stellungen oder mit ausreichenden Pensionen — als Konkurrenz der vielen Stellenlosen auftreten. Die Arbeitslosigkeit ist eine allgemeine Volksnot. Sie zu lindern muß die Aufgabe aller Volkskreise sein. Vom Staat muß erwartet werden, daß er in der jetzigen Zeit endlich handelt, endlich entsprechende Maßnahmen durchführt. In dieser Beziehung wird auch zu prüfen sein, wie weit eine Arbeitszeitkürzung zu einer Milderung der Arbeitslosigkeit beiträgt.

Demokratische Tagung in Hannover.

vdz. Berlin. Zu dem 3. Außerordentlichen Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Hannover, der die Auflösung der Demokratischen Partei und ihren Uebergang in die Deutsche Staatspartei beschließen soll, liegt jetzt die endgültige Tagesordnung vor. Der Schlußparteitag der Deutschen Demokratischen Partei findet am Sonnabend, den 8. November, nachmittags 3 Uhr statt. Nach Begrüßungsansprachen werden der Preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff und der Hamburger Bürgermeister Dr. Peterssen das Thema: „Der Weg zur Staatspartei" behandeln. Nach einer Aussprache soll dann die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei erfolgen. Am Abend findet dann bereits ein geselliger Abend der Deutschen Staatspartei statt, auf dem u. a. der Reichstagsabgeordnete Heuß sprechen wird. Für Sonntag, den 9. November ist dann der Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei angesetzt. Ueber die Ziele und Aufgaben der Deutschen Staatspartei werden Reichsfinanzminister Dietrich und Reichstagsabgeordneter Dr. Winschuh sprechen. Auch der frühere Parteiführer Dr. Koch-Weser wird an dem Parteitag teilnehmen.

Die Krönungsfeierlichkeiten in Addis Abeba.

* London. Im Anschluß an die eigentliche Krönungsfeierlichkeit in Addis Abeba empfing der neue abessinische Kaiser die Sondervertreter der ausländischen Regierungen, darunter von deutscher Seite den Freiherrn von Waldhausen, der eine Photographie des Reichspräsidenten von Hindenburg mit eigenhändiger Unterschrift im Goldrahmen, sowie mehrere 100 Flaschen besten deutschen Rheinweines als Geschenk überreichte. Die Italiener schenkten ein Flugzeug, die Griechen ein Bronzestandbild, die Aegypter eine Schlafzimmereinrichtung. Der amerikanische Vertreter übergab einen Sprechfilmapparat neuester Bauart. Auch amerikanische Geschäftshäuser hatten Geschenke überlandt, darunter elektrische Kühlapparate und landwirtschaftliche Maschinen. Amerikanische Filmgesellschaften ließen dem neuen Kaiser die Filme von Ben Hur überreichen. Während des nunmehr folgenden achttägigen Freudenfestes erhalten die Soldaten besondere Essenszulagen. Die ausländischen Gesandtschaften werden eine Reihe von Festlichkeiten veranstalten.

Aus den Nachbarstaaten.

Salzwedel. Brandstiftung. Wegen einer von über 300 Personen besuchten Hochzeit brach in dem Anwesen des Bräutigams, des Landwirts Wilhelm Lenz in Klein-Schwechten, ein Brand aus. Scheune, Wohnhaus und Stallungen waren in Gefahr. Den Feuerwehren gelang es, den Brand auf die Scheune zu beschränken, die mit sämtlichen Erntevorräten vernichtet wurde. Auch landwirtschaftliche Maschinen verbrannten. Es wird Brandstiftung vermutet.

Die eigene Frau ermordet

Salzwedel. Nunmehr hat sich bestätigt, daß die in einem Ort bei Altona ohne Arme und Beine gefundene Leiche die der Frau Else Lüdemann aus Salzwedel ist, die, wie gemeldet, im Juni mit ihrem Ehemann nach Altona verzog und seitdem verschwunden blieb. Der Mord hat inzwischen auch seine Aufklärung gefunden. Der Ehemann der Ermordeten, der Heizer Walter Lüdemann-Altona, der festgenommen wurde, hat ein Geständnis abgelegt. Nach seiner Schilderung hat er die Frau am 13. Juli, als sie ihm bei einer Auseinandersetzung eine Tasse ins Gesicht warf, aus Wut darüber mit einer Fußbank zu Boden geschlagen. Der Schlag habe sie getötet. Er kaufte später einen großen Koffer und will in der Stadt einen Unbekannten für 200 RM zur Fortschaffung der Leiche gedungen haben. Dieser legte die Leiche während der Abwesenheit Lüdemanns in den Koffer und schaffte sie fort, nachdem Lüdemann ihm dabei geholfen hatte. — Die Polizei forscht nun nach dem unbekannten Helfer.

Unterschlagungen beim thüringischen Volksbildungsministerium

Weimar. Im thüringischen Volksbildungsministerium hat man größere Unterschlagungen entdeckt. Als Täter wurde ein 32 Jahre alter Registraturgehilfe ermittelt, der unter gleichzeitiger Einleitung eines Strafverfahrens entlassen wurde. Die veruntreute Summe, die nach den bisherigen Feststellungen 9000 RM beträgt, soll sich in der Hauptsache aus Portogeldern zusammensetzen. Die Unterschlagungen erstrecken sich auf eine Reihe von Jahren.

Kündigung der Thüringer Gemeindeangestellten

Gera. Der Tarifverband Thüringer Gemeinden und Kreise hat seine Mitgliedstädte angewiesen, allen Gemeindeangestellten zu kündigen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gaugeschäftsstelle Erfurt, hat in einer Eingabe gegen diese Kündigungsmaßnahmen beim Tarifverband Beschwerde eingelegt. Wie es in der Begründung heißt, stelle die Anweisung des Tarifverbands einen Eingriff in die verbindlichen Rechtsbeziehungen des Thüringer Gemeindeangestellten-Tarifvertrages dar.

Vermischtes.

Meineid aus Gegenseitigkeit. Das Schwurgericht Erfurt verurteilte den 32 Jahre alten Kaufmann Otto G. aus Erfurt wegen Meineids zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und dauernder Eidesunfähigkeit. In einem Scheidungsprozeß vom Ehemann als Zeuge benannt, hatte er ausgesagt und dann beschworen, dieser sei, wie er genau beobachtet habe, von seiner Frau am Abend des 12. Oktober 1929 mit einem dicken Bambusstock an den Kopf geschlagen worden, so daß er eine blutende Wunde davongetragen habe. Diese Aussage war jedoch unwahr und bezweckte, daß der Ehemann bei einem für ihn günstigen Ausgang des Prozesses dem nun Angeklagten G., der ebenfalls mit seiner Frau in Scheidung lag, einen Gegendienst erweisen sollte. Wegen Fluchtverdachts wurde der Verurteilte sofort in Haft genommen.

Ein Teil des Filmmaterials der Andrée-Expedition gerettet. Nach langwierigen Arbeiten ist es dem schwedischen Gelehrten Herzberg geglückt, einen Teil des Filmmaterials der Andrée-Expedition zu retten. Von etwa zehn Filmen werden, obwohl sie 33 Jahre lang auf der Weißen Insel gelegen haben, Abzüge gemacht werden können. Weitere zehn Filme werden auf jeden Fall die Möglichkeit bieten, Anhaltspunkte für das Schicksal der Expedition zu gewinnen. Die besten Bilder werden die Aufnahmen über die Ballonlandung auf dem Eise ergeben. Von den aufgefundenen Filmen waren acht in verzinkten Blechhülsen eingeschlossen, die übrigen in Kupferhülsen. Die Blechhülsen sind verrostet, da Wasser eingedrungen ist, so daß die Chromsilberschicht auf der Filmschicht zerstört wurde. Die übrigen Filme haben jedoch den Witterungseinflüssen Widerstand geleistet. In jeder Hülse befand sich ein 60 Meter langer Filmstreifen.

Die Unglücksreise der „Padua" vor dem Seeamt. Die Unglücksreise des jetzt nach Hamburg zurückgekehrten, der Laeisz'schen Reederei gehörigen Seglers „Padua", auf der im Sturm bei Kap Horn bezw. durch Absturz aus dem Mast fünf Mann der Besatzung ums Leben kamen, beschäftigte am Montag das Seeamt. Der Spruch führte den am 16. Juli erfolgten Tod von vier Mitgliedern der Besatzung bei Kap Horn auf das durch Bruch an der Braßwinde des Vortopps verursachte plötzliche Anluven des Schiffes zurück. Die angestellten Rettungsmaßnahmen seien sachgemäß durchgeführt worden. Die Schiffsleitung treffe — ebenso wie bei dem Sturz eines Leichtmatrosen von der Großrahe am 12. August — kein Verschulden.

Ein Mädchen nach einem Sittlichkeitsverbrechen in die Elbe gestoßen. Sonntag früh gegen 3 Uhr erschien auf der Polizeiwache in Blankenese ein Kaufmann aus Blankenese und gab an, er habe kurz zuvor am Strand in Blankenese ein unbekanntes 19jähriges Mädchen getroffen und angesprochen. Mit diesem Mädchen habe er hinter dem Brückenwärter-Häuschen auf der Dampfschiffbrücke gestanden. Als er hier das Mädchen unsittlich angefaßt habe, sei es zurückgewichen und dabei über das Brückengeländer in die Elbe gefallen und sofort lautlos untergegangen. Da der Kaufmann an der Hand Kratzwunden aufwies, also der Verdacht besteht, daß er selbst das Mädchen in die Elbe gestoßen hat, wurde er bis zur Aufklärung des Falles in Haft genommen.

Eisenbahnbrücke in Ostböhmen eingestürzt. Infolge der großen Ueberschwemmungen bei Tinitsch an der Adler ist eine Eisenbahnbrücke eingestürzt, so daß der gesamte Verkehr auf dieser Strecke für unbestimmte Zeit unterbrochen werden mußte. Die Wilde Adler bildet stellenweise Seen und hat große Schäden angerichtet. In manchen Gegenden ist die Postbeförderung durch die Ueberschwemmungen sehr erschwert. — Wie aus Brünn gemeldet wird, waren sämtliche mährischen Flüsse am Montag im Sinken begriffen.

Wieder ein Anschlag auf einen Polizisten in Triest. Der Triester Stadtpolizist Curet, auf den schon im vergangenen Dezember ein Anschlag verübt wurde, dessen Urheber vom Sondergerichtshof zum Schutze des Staates im bekannten Triester Prozeß verurteilt wurde, ist nunmehr wieder beschossen worden. Vier Kugeln trafen seinen Arm und eine streifte seine Seite. Auch sein vierjähriger Sohn wurde getroffen. Vater und Sohn mußten in ein Krankenhaus gebracht werden.

Eine Beschäftigung, die sich bezahlt macht. Im Laufe eines Prozesses, den ein ehemaliger Veranstalter von Boxkämpfen namens O'Mara gegen den vormaligen Weltmeister Tunney auf Zahlung von 400 000 Dollars als Entschädigung für Propagandaaufwendungen angestrengt hat, wurde heute festgestellt, daß Tunney durch sein Boxen 1 742 280 Dollars verdient hat.

Geschäftliches.

W.E.Z.-Zigarren ein Qualitätsbegriff für den Raucher. Wenn einem Fabrikat eine derartige Volkstümlichkeit beschieden ist, wie solches bei den W.E.Z.-Zigarren der Fall wurde, dann ist wohl der Erfolg als ein vollendeter anzusprechen. Einen besseren Gradmesser für Qualität als Volkstümlichkeit gibt es nicht. Hohe Auszeichnungen wie goldene Medaillen, sowie Staatsehrenurkunde säumen gewissermaßen den Weg des Aufwärtsstieges der W.E.Z.-Fabrikate ein, welcher zum Ziele — der Volkstümlichkeit — führte. In vorliegender Nummer gibt die W.E.Z.-Zigarrenfabrik die Eröffnung einer Verkaufsstelle in Gröba bekannt. Das Geschäft befindet sich inmitten des Hauptverkehrs in der Lauchhammerstraße 23 (früher Laden Kießler). Ein Schaufenster beansprucht mit Recht die volle Aufmerksamkeit des Publikums, denn die zur Ausstellung gebrachten Zigarren usw. eröffnen der gesamten Raucherwelt ähnlich wie bei der Eröffnung der W.E.Z.-Verkaufsstelle Riesa, Hauptstraße Nr. 80, die aussichtsreichsten Perspektiven. (S. Inserat in vorl. Nummer.)

Handel und Volkswirtschaft

Beteiligung der Gemeinden an den ASW

Die Sächsische Regierung hat im Landtag eine Vorlage eingebracht, in der um die Genehmigung zur Veräußerung von Aktien der A.-G. Sächsische Werke bezw. um Ueberlassung von jungen Aktien bei einer etwaigen Kapitalerhöhung ersucht wird. Die Aktien sollen den sächsischen Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Körperschaften öffentlichen oder privaten Rechts überlassen werden, deren Anteile ausschließlich den Gemeinden, Gemeindeverbänden oder dem Staat gehören. Das Kapital der ASW, das jetzt hundert Millionen Reichsmark beträgt, wird wahrscheinlich verdoppelt und die jungen Aktien dann den Gemeinden usw. überlassen werden; fünfzig Prozent der Aktien sollen in Händen der Regierung verbleiben. Diese Neuordnung hat den Zweck, eine bessere Zusammenarbeit in der Elektrizitätsversorgung des Landes zwischen Staat und Gemeinden herbeizuführen.

Wasserstände		3. 11. 30	4. 11. 30
Moldau:	Kamaik	+ 74	+ 65
	Modran	+ 66	+ 48
Eger:	Laun	+102	+ 96
Elbe:	Nimburg	+284	+280
	Brandeis	+307	+313
	Melnik	+279	+287
	Leitmeritz	+281	+265
	Aussig	+342	+330
	Dresden	+195	+169
	Riesa	+274	+256

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 4. November 1930.

Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark.

Weizen, märkischer	236,00—237,00
per September	—
per Oktober	—
per Dezember	255,50—256,00
per März	272,00—273,50
Tendenz:	fester
Roggen, märkischer	146,00—148,00
per September	—
per Oktober	—
per Dezember	166,75—168,00
per März	183,50—184,50
Tendenz:	etwas fester
Gerste/Braun	184—207
Futter- u. Industrie-Gerste	165—176
Wintergerste, neue	—
Tendenz:	ruhig
Hafer, märkischer, alt	—
do. neu	138,00—148,00
per September	—
per Oktober	—
per Dezember	152,00—153,00
per März	163,50—167,50
Tendenz:	stetig
Mais, rumänischer	—
Mais, Plata	—
Tendenz:	—
Weizenmehl per 100 kg, frei Berlin, br. incl. Sack (feinste Marken über Notiz)	27,75—36,50
Roggenmehl per 100 kg fr. Berlin br. incl. Sack	23,50—26,50
Weizenkleie frei Berlin	7,25— 7,75
Roggenkleie frei Berlin	6,75— 7,25
Weizenkleie-Reisfuttermehl	—
Raps	—
Leinsaat	—
Viktoriaerbsen	22,00—31,00
Kleine Speiseerbsen	24,00—28,00
Futtererbsen	19,00—21,00
Peluschken	19,00—20,00
Ackerbohnen	17,00—18,00
Wicken	17,00—20,00
Lupinen, blaue	—
Lupinen, gelbe	—
Serradella, neu	—
Rapskuchen, Basis 38 %	8,50— 9,25
Leinkuchen, Basis 37 %	14,00—14,30
Trockenschnitzel	5,00— 5,40
Soya-Extractionsschrot Basis 45 %	12,20—13,00
Kartoffelflocken	—
Speisekartoffeln	—
Allgemeine Tendenz:	fester

Das Inlandsangebot von Brotgetreide hatte sich heute wieder verringert. Trotz der schwächeren Auslandsmeldungen war infolgedessen an der Produktenbörse eine Erholung zu verzeichnen, von der namentlich der Weizenmarkt profitieren konnte. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft ergaben sich unter Deckungen Preisbesserungen um 1½ Mark, zumal die Nachrichten bezüglich der gemischten Transitläger in Königsberg etwas zuversichtlicher beurteilt wurden. Im Promptgeschäft bietet der hohe Einfuhrzoll den Preisen eine Stütze. Nennenswertes Inlandsangebot lag mehr an der Küste vor, dagegen haben die Binnenmühlen Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Mahlgutes, so daß etwa 2 Mark höhere Preise bewilligt wurden. Roggen lag im Prompt- und Lieferungsgeschäft stetig. Das Angebot von guten Qualitäten zur prompten Verladung ist nur mäßig. Weizen- und Roggenmehle werden zu wenig veränderten Preisen für den laufenden Bedarf gekauft. Hafer bleibt weiter reichlich angeboten und liegt schwächer. Gerste ruhig.

SLUB
Wir führen Wissen.

Erklärung deutscher Freimaurer.

Pfarrer Habicht, der National-Großmeister der Großen National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln, gibt im Auftrage von acht deutschen Großmeistern folgende Erklärung ab:

Wie Ende August bekannt wurde, haben Mitglieder des Obersten Rats des alten und angenommenen schottischen Ritus der Niederlande und der Schweiz am 18. April ds. Jahres einen Obersten Rat gleicher Art für Deutschland eingesetzt.

Dieser neue Oberste Rat hat sich dann im Sommer angemaßt, acht neue deutsche Logen zu gründen, deren Regularität er anerkannt wissen will. Die Mitglieder dieser Logen stammen fast ausnahmslos aus den Winkellogen des Freimaurerbundes „Zur aufgehenden Sonne". Um anerkannt zu werden, haben sie sich nicht gescheut, sich vor der Gründung der genannten Logen durch ausländische Logen aufnehmen zu lassen. Die acht Logen haben sich inzwischen, wie es von Anfang an geplant gewesen zu sein scheint, zur „symbolischen Großloge" zusammengeschlossen.

Weder bestand in Deutschland bisher ein Oberster Rat, noch hatten die deutschen Großlogen und Logen irgendwelche Beziehungen zu den deutschen Großlogen und Logen irgendwelche Beziehungen zu den Obersten Räten des Auslandes.

Die deutschen Großlogen erheben feierlich Einspruch gegen diese undeutschen Gründungen, die sie auf das Entschiedenste ablehnen. Ihre freimaurerische Anerkennung ist wie für die Gegenwart, so auch für die Zukunft ausgeschlossen.

Da aber die deutschen Großlogen und Logen gesetzlich nicht in der Lage sind, diesen Organisationen und ihren Mitgliedern die Bezeichnung als Oberster Rat, Großloge, Loge und Freimaurer zu verbieten, so legen sie Wert darauf, die Oeffentlichkeit davon zu unterrichten, **daß weder der Oberste Rat in Deutschland, noch die neue symbolische Großloge, wie die von ihr gegründeten bestehenden oder späteren Logen mit den alten deutschen Logen verwechselt werden dürfen, und daß deren Mitglieder als deutsche Freimaurer nicht angesehen werden können.** Ihre Aeußerungen, ihre Handlungen, ihr Wesen hat mit der alten deutschen Freimaurerei nichts zu tun. Nach dem freimaurerischen Recht und der freimaurerischen Gepflogenheit steht die Gründung oder Billigung neuer Logen in Deutschland neben der Großen Landesloge der Freimaurer von Deutschland nur den unterzeichneten acht Großlogen zu.

Große National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln, Berlin. — Große Loge von Preußen, genannt „Zur Freundschaft", Berlin. — Große Loge von Hamburg, Hamburg. — Großloge „Zur Sonne", Bayreuth. — Große Freimaurerloge zur Eintracht, Darmstadt. — Große Mutterloge des Eklektischen Freimaurerbundes, Frankfurt a. M. — Große Landesloge von Sachsen, Dresden. — Großloge Deutsch-Bruderkette, Leipzig.

Bildung der Schlichtungsstelle für die Berliner Metallindustrie.

Berlin. (Funkspruch.) **Die in der Berliner Metallindustrie zur endgültigen Regelung der Löhne von den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle ist nunmehr gebildet worden. Außer dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, dessen Bestellung der Oeffentlichkeit bereits bekannt ist, hat der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit beiden Parteien den Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg und den Professor Dr. Sinzheimer in Frankfurt a. M. zu Mitgliedern der Schlichtungsstelle ernannt. Die Genannten haben die Berufung angenommen. Die Schlichtungsstelle wird die Verhandlungen unter Vorsitz des Ministers a. D. Dr. Brauns alsbald aufnehmen.**

Entscheidung Sonnabend zu erwarten.

Berlin. (Funkspruch.) **Wie wir erfahren, wird das Schiedsgericht für die Berliner Metallindustrie am Freitag mittag zusammentreten. Reichsminister a. D. Brauns rechnet damit, daß es gelingen wird, die Entscheidung bis Sonnabend abend herbeizuführen. Das Schiedsgericht ist so zusammengesetzt worden, daß Dr. Brauns als der neutrale Vorsitzende anzusehen ist, während Prof. Sinzheimer den Arbeitnehmern und Dr. Jarres den Arbeitgebern nahesteht. Es ist aber anzunehmen, daß das Schiedsgericht am Freitag zunächst die direkten Verhandlungen der beiden Parteien noch einmal hören wird, ehe das eigentliche Schiedsgericht unter sich berät. Dabei dürfte es dem Vorsitzenden vor allem darauf ankommen, einen einstimmigen Spruch des Gerichtes herbeizuführen.**

Das Urteil im ostpreußischen Landvolkprozeß.

Königsberg. (Funkspruch.) Im ostpreußischen Landvolkprozeß verkündete der Vorsitzende um 3 Uhr folgendes Urteil: Die Angeklagten Doepner, von Platen, von Weiß und Thymian werden verurteilt wegen Vergehens gegen § 129 des Strafgesetzbuches, und zwar **von Platen, von Weiß und Thymian zu 8 Monaten Gefängnis, Doepner zu 5 Monaten Gefängnis,** die Angeklagten **Buchholz** und **Paltinat** wegen schweren Aufruhrs **zu 6 Monaten Gefängnis.** Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Teilurteil im Phosgen-Prozeß.

Hamburg. (Funkspruch.) In dem sog. Phosgen-Prozeß Ellerbrock und Genossen gegen den Hamburger Staat hat heute die Zivilkammer ein Teilurteil gefällt, nach dem zum größten Teil **dem Kläger der geforderte Schadenersatz** für die ihnen aus der Phosgen-Katastrophe vom 20. Mai 1928 erwachsenen Schaden **zugebilligt** wird. **Die Kostenfrage wird** durch ein Endurteil geregelt werden.

Betriebskontrolle in einer Karstadt-Filiale.

Braunschweig. (Funkspruch.) Bei einer Betriebskontrolle in der **Fleischwarenfabrik Struck der Karstadt A.-G.** in Gliesmarode wurden durch die Sachverständigen **Fleisch- und Wurstwaren im Gesamt-Gewicht von 48 bis 50 Zentnern beanstandet und beschlagnahmt.** Weitere 50 Zentner beschlagnahmte Schwarten lagen noch in der Fabrik.

Wie die Karstadt A.-G. hierzu mitteilt, ist entgegen anders lautenden Pressemeldungen eine **Schließung der Fleischwarenfabrik nicht erfolgt.** Die Firma wird auf den Vorfall und dessen Klärung zurückkommen.

Wildwest in Dresden

Dresden. Am Montagabend gegen 8 Uhr wurde in einem Grundstück in der Hohen Straße ein schwerer Raubüberfall verübt. Vier Männer, die Gesichtsmasken trugen, drangen in das Büro Dr. Tief ein und zwangen die anwesenden Angestellten mit vorgehaltenen Revolvern zur Herausgabe des Geldes. Die Räuber erbeuteten etwa 5000 RM und ergriffen in einem bereitstehenden Kraftwagen die Flucht und entkamen unerkannt. Auch die Nummer des Kraftwagens konnte nicht festgestellt werden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

Einmütiger Wille zur Mitarbeit.

Berlin. (Funkspruch.) **In der heutigen Sitzung des Reichsrates wurde nach den oben gemeldeten Reden des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers im Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung die Oeffentlichkeit wieder aufgehoben. In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung begann die Generaldiskussion über die vorgelegten Gesetzentwürfe.** Es sprachen die Ministerpräsidenten fast aller deutschen Länder. In der Aussprache kam der **einmütige Wille zum Ausdruck, an dem großen Reformwerk mitzuarbeiten,** wenn auch noch in Einzelheiten Bedenken vorgebracht wurden.

Die Deutsche Volkspartei hinter Dr. Curtius.

Berlin. (Funkspruch.) **In der Meldung über die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am Sonntag ist infolge eines Uebermittlungsfehlers, durch den ein wichtiger Satz verstümmelt wurde, eine Lücke entstanden. Wir tragen deshalb den fehlenden Satz hierdurch nach. Er lautet: In der Aussprache wurde die außenpolitische Forderung von Reichsaußenminister Dr. Curtius bejaht und im einzelnen vertieft, sodaß ein volles Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und dem Außenminister festgestellt werden konnte.**

Die Hochwasserwelle der Oder.

Neusalz an der Oder. (Funkspr.) **Die Hochwassergefahr ist seit heute erschreckend gewachsen. Der Wasserstand betrug vormittag 10 Uhr 5.21 Meter. Die Dämme bei Kuffer und Modritz sind teilweise eingesunken. Die Oderbrücke ist am Sonntag mit schweren Steinen beschwert worden, damit sie nicht weggerissen wird. Das Wasser reicht bis an die Brücke heran. Aus Aufhalt wurde heute früh größter Alarm gemeldet. 50 Mann Feuerwehr und Hilfsarbeiter sind dorthin abgegangen, da der Damm zu brechen anfängt. Das Wasser steigt weiter. Man erwartet den Wasserstand von 1903 mit über 5.50 Metern.**

Die Untersuchung der Katastrophe von „R 101".

London. Bei der Untersuchung der Katastrophe von „R 101" erklärten am Montag die Maschinisten der hinteren Gondel, Bell und Bink, die nur durch den Bruch eines Wasserbehälters über ihnen dem Tode entronnen sind, daß **daß Luftschiff auch bei den Probeflügen wiederholt plötzlich eine Senkung gemacht** habe, ähnlich der, die zur Katastrophe führte. Sie wird auch in dem Tagebuch des Konstrukteurs Richmond über den letzten Probeflug vor dem Umbau des Luftschiffes bestätigt. Bei dem Start von Cardington nach Indien, erklärte Bink, habe sich die Nase des Luftschiffes so stark gesenkt, daß **dreimal Wasser abgelassen werden mußte. Das sei ihm ungewöhnlich erschienen.** Der Motor der hinteren Gondel sei zwischen 21 und 23 Uhr gestoppt worden. Die englischen Zeugen bestätigten übereinstimmend, daß das Luftschiff sich zweimal mit der Nase senkte, ehe es den Grund berührte.

Die Vernehmung der französischen Zeugen, insbesondere des Wilddiebes Rabouille, hatte mehr Zuhörer angelockt als gewöhnlich. Ihren Aussagen zufolge befand sich das Luftschiff über Beauvais schon in Schwierigkeiten. Man konnte die Senkung der Nase einwandfrei beobachten. **Rabouille hat drei Explosionen gehört, worauf das Luftschiff in hellen Flammen aufbrannte. Er selbst ist durch die Erschütterungen zu Boden geworfen worden.**

Eine Spur von dem Reichstagseinbrecher.

Berlin. (Funkspruch.) Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich in erhöhtem Maße mit der Aufklärung des sensationellen Diebstahls im Reichstag, bei welchem den Dieben die **historische Verfassungsurkunde von 1849** und einige wissenschaftliche Werke in die Hände fielen. Die Arbeiten der Polizei werden besonders dadurch erschwert, da sich der Tag des Einbruches nicht mehr genau feststellen läßt und daß der Einbruch möglicherweise schon ein Jahr zurückliegen kann. Nun sollen, dem Berl. Tagebl. zufolge, die Ermittlungen der Polizei ergeben haben, daß ein der Kriminalpolizei bekannter **Einbrecher die gestohlene Urkunde schon vor einiger Zeit,** als der Diebstahl noch nicht bekannt war, **einem Althändler zum Kauf angeboten habe.** Dieser Mann, nach dem die Polizei zur Zeit fahndet, ist bei Bekanntwerden des Einbruches in die Reichstagsbibliothek plötzlich aus Berlin verschwunden. Es liegen Anhaltspunkte vor, daß der Verbrecher mit der gestohlenen Verfassungsurkunde ins Ausland geflüchtet ist, um sie dort zum Kauf anzubieten. Das gestohlene Dokument hat nur Sammlerwert und wird deshalb schwer zu verkaufen sein.

Eisenbahnunglück in Rumänien

Der D-Zug Bukarest—Pascani entgleiste bei der Einfahrt in die Station Munceiu. Die Lokomotive, der Gepäckwagen und ein Wagen dritter Klasse stürzten um. Der Lokomotivführer kam ums Leben, acht Personen wurden verletzt. Der Zugverkehr ist unterbrochen. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Lei geschätzt.

Die Zwangsverteilung der Arbeiter in Rußland.

* **Kowno.** Aus Moskau wird gemeldet, daß nach einer Vereinbarung zwischen den Volkskommissaren für Finanzen und Arbeit **alle in Rußland bestehenden Arbeitsnachweise abgeschafft** werden. An ihre Stelle wird unter dem Namen „Sojusrabota" eine neue Behörde eingerichtet, die die **Verteilung der Arbeitskräfte** auf die verschiedenen Arbeitsstellen innerhalb des russischen Staates durchführt.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 4. November 1930.

Der Ausweisungsbefehl gegen Major Pabst zurückgenommen.

Wien. (Funkspruch.) **Amtlich wird mitgeteilt, Innenminister Starhemberg hat die Ausweisung des Majors Pabst aufgehoben, zumal die gegen ihn erstattete Strafanzeige vom Staatsanwalt zurückgelegt worden ist.**

Der italienische Botschafter in Brüssel gestorben.

Brüssel. (Funkspruch.) **Der italienische Botschafter Marchese Durazzo ist hier plötzlich gestorben.**

In einer Nußschale über den Atlantik.

)(**Halifax** (Neuschottland). **Aus Michigan sind hier vier Männer eingetroffen, die in einem 10 Meter langen Motorboot über den Atlantischen Ozean nach Deutschland zu fahren beabsichtigen. Sie nehmen bereits die für ihr waghalsiges Unternehmen erforderlichen Vorräte an Bord.**

Die reisenden Kaufleute und die Wirtschaft.

Auf der **Vorstands-Tagung des Gaues Sachsen des Bundes reisender Kaufleute** im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband stand die **Wirtschaftspolitik** im Vordergrund. Neben den Verkehrsfragen und der Bildungsarbeit wurde auf die Mängel der Betriebsführung vieler Unternehmungen aufmerksam gemacht. Bei rückläufiger Konjunktur treten die Fehler falscher Betriebsführung in Erscheinung. Es gibt auch heute noch eine ganze Anzahl von Unternehmen, die gut arbeiten. Es sind vor allen Dingen die, die über eine ausgezeichnete Absatzorganisation und über einen guten Verkaufsapparat verfügen. Es müsse daher verurteilt werden, daß die soziale Lage der reisenden Kaufleute, die in erster Linie der Kampf um einen größeren Absatz zu führen haben in ganz ungerechter und unkaufmännischer Weise verschlechtert wird. Das Ergebnis der Aussprache wurde in der folgenden Entschließung zum Ausdruck gebracht:

Nach einer eingehenden Prüfung der jetzigen Berufsverhältnisse der reisenden Kaufleute ist der Gauvorstand des Bundes reisender Kaufleute im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Gau Sachsen, zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Abwehr gegen die Verschlechterungen mit Nachdruck einzusetzen hat. Wenn je eine Berufsgruppe mithelfen kann, um durch Absatzförderung erhöhte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und um die Wirtschaftskrise mit zu beseitigen, dann ist es die der reisenden Kaufleute. Einer Behinderung ihrer Funktion als Träger des Absatzes, kann nicht im Sinne des so dringend notwendigen Wirtschaftsaufstieges liegen. Die überstürzte Einschränkung der Absatzorganisationen durch Provisionskürzungen, verschlechterte Verträge, Abrechnungsschikanen, Declredere-Zumutung, Fahrpreiserhöhung, Hotelpreise erhöhte Unkosten, Zahlungsunsitten usw. auf Kosten der reisenden Kaufleute muß sich auf den Geschäftsgang der Betriebe und den Beschäftigungsumfang der Wirtschaft überhaupt auswirken. Es muß Aufgabe der Unternehmer in Handel und Industrie sein, die Berufsarbeit ihrer Verkaufspioniere nicht lahm zu legen, sondern in weitgehendstem Maße zu unterstützen durch Vertragstreue, durch Gewährung ausreichender fester Bezüge und vollem Unkostenersatz, durch Ausschaltung von Doppelverdienern und ungelernten Kräften, durch Berücksichtigung in den Tarifverträgen, pünktliche und sorgfältige Provisionsabrechnung, monatliche Provisionszahlung oder -vorschüsse, Einsicht in die Geschäftsbücher und Sozialversicherungsschutz. Vor den schädlichen Wirkungen des reinen Provisionszahlungssystem auf die Absatzorganisation und auf die Erhaltung eines befähigten Reisendennachwuchses muß gewarnt werden. Die Erfahrung aus der Inflationszeit soll nicht wieder vergessen werden, daß Verzicht auf eine gute Absatzorganisation manche Betriebe zusammenbrechen ließ. Die Betriebe werden die Krise am ehesten überwinden, die ihren Verkaufsapparat nicht eingeschränkt, sondern in kritischer Zeit ausgebaut haben.

Der Personalaufwand der Gemeinden.

Das Ministerium des Innern stellt Grundsätze auf.

WK. In der jüngsten Zeit ist öfters darauf hingewiesen worden, daß der Verwaltungsaufwand mancher sächsischer Gemeinden zu hoch sei. Das sächsische **Ministerium des Innern** hat soeben in einer Verfügung zu diesen Aeußerungen Stellung genommen und dabei Grundsätze aufgestellt, die für die künftige Gestaltung des Personaletats bei manchen Gemeinden von besonderer Bedeutung sein können.

Das Innenministerium erkennt an, **daß** gerade der Einschränkung bei den Personalausgaben **Grenzen** gezogen sind, die auf Ortsgesetzen, Besoldungsbestimmungen und sonstigen nicht ohne weiteres lösbaren Bindungen beruhen. Zudem hat es sich erwiesen, daß in Gemeinden und Bezirksverbänden, in denen die allgemeine Wirtschaftslage schlecht und die Finanzlage der Gemeinde selbst stark beeinträchtigt ist, sich die Verwaltungsschwierigkeiten und damit die Behördenarbeit erhöhen. Unbeschadet dessen hat die Oeffentlichkeit einen Anspruch darauf, daß die Verwaltungsgeschäfte so billig erledigt werden, als es mit der ordnungsmäßigen Bearbeitung überhaupt vereinbar ist. Das Ministerium vertritt den Standpunkt, daß dabei weniger eine Herabsetzung der Personalbezüge in Frage kommen kann. Vielmehr sei nachdrücklichste **Einschränkung im Personal** erforderlich, für die sich bei Freiwerden von Stellen öfters Gelegenheit biete.

Natürlich könne das richtige Maß des Personalaufwandes niemals schematisch festgestellt werden. Größere Gemeinden und Vorortgemeinden erfordern erfahrungsgemäß und notwendig größere Aufwendungen persönlicher Kräfte als kleinere und Landgemeinden. Mit Hilfe einer Statistik aus den Ausgaben für die Kämmereiverwaltung im Rechnungsjahr 1928 stellt **das Ministerium** nunmehr eine Art Richtlinien **für die durchschnittliche Höhe der Personalaufwendungen, gegliedert nach Ortsgrößen,** auf. Die Gemeinden sind bereits ersucht worden, sich mit dieser Angelegenheit sofort zu beschäftigen. Sparmaßnahmen sollen nicht deshalb unterbleiben, weil sie erst in späterer Zeit finanzielle Wirkungen ausüben. Es sollen aber auch alle Einsparungen fortfallen, die eine mangelhafte Erledigung notwendiger Pflichtaufgaben zur Folge haben oder nur dazu führen, daß die Lasten mancher Aufgaben einfach auf andere Schultern abgewälzt würden, **etwa polizeiliche Aufgaben der** Gemeinde auf den Staat.

Das Ministerium des Innern hat die Aufsichtsbehörden angewiesen, bis zum 1. April 1931 über alle im Sinne der Verfügung getroffenen Maßnahmen zu berichten.

Noch immer Stagnation auf dem kaufmännischen Stellenmarkte.

Der kaufmännische Stellenmarkt läßt nach den Beobachtungen der Kaufmännischen Stellenvermittlung des DHV. im Monat Oktober noch keine Besserung erkennen. Der Bewerberzugang ist weiter gestiegen. Berlin hat den größten Bewerberzugang, wahrscheinlich eine Auswirkung des Metallarbeiterstreiks. Aber auch sonst wurde im ganzen Reich ein noch immer starker Zugang an gekündigten Kaufmannsgehilfen beobachtet. Inwieweit diese neuerlichen Zugänge eine Folge des von der Reichsregierung programmatisch vorgeschlagenen allgemeinen Gehalts- und Lohnabbaues sind, läßt sich nicht genau nachweisen. Es ist aber anzunehmen, daß die Neuzugänge Kündigungen betreffen, die zum Zwecke der Abänderung der Anstellungsbedingungen erfolgten. Diese Kündigungen dürften also nicht unbedingt zu Entlassungen führen. Zu den Abbaumaßnahmen in Industrie und Handel kommen neuerdings wieder größere Kündigungen bei den Großbanken.

Der Auftragseingang und die Vermittlungsziffern waren um ein geringes höher als im Vormonat. Im Osten Deutschlands ist eine leichte Steigerung des Vermittlungsgeschäftes beobachtet worden. Diese geringe Belebung darf als Folge der Osthilfe angesprochen werden.

Die Lage wird durch folgende, für die Kaufmännische Stellenvermittlung des DHV. errechneten Meßzahlen, gekennzeichnet: Andrangsziffer (Bewerber auf eine gemeldete offene Stelle) 32,3 im Oktober 1930 gegenüber 32,5 im September 1930, bezw. 11,7 im Oktober 1929.

SLUB
Wir führen Wissen.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 6.15: Frühkonzert. 9.00: Schulfunk: Wie ein Ueberseekabel entsteht. — 12.30: Wettermeldungen. — 14.00: Durch alle Tonarten (Schallplattenkonzert). — 15.20: Aus der Praxis der Eheberatung. — 15.40: Musikalische Jugendstunde: Nestabend im Jugendbund. — 16.05: Orient in Europa. — 16.30: Von Leipzig: Opern-Duette. — 17.30: Geläuterte Strafrechtspflege. — 17.55: Die Autobiographie: Friedrich Wolff erzählt sein Leben. — 18.20: Lieder. — 18.40: Das Arbeitslosenproblem: Verkürzung der Arbeitszeit? — 19.30: Wanderung durch das musikalische Wien. — 20.30: Programm der Aktuellen Abteilung. — 21.00: Tages- und Sportnachrichten. — 21.10: Alte Kammermusik. — 22.15: Zeitansage usw. — Danach bis 0.30: Aus dem Marmorsaal im Zoo: Wohltätigkeitsfest der Berliner Feuerwehr. Tanzmusik (Kapelle Otto Kermbach). — Als Einlage: Aus dem Sportpalast: Vom Jubiläumsfest der Sportpresse.

Königswusterhausen.

6.45: Zeitansage und Wetterbericht. — 6.30: Funk-Gymnastik. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Frühkonzert. — 9.00: Schulfunk: Mit dem Mikrophon in einem Kabelwerk. — 10.30: Neueste Nachrichten. — 10.35: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. — 11.30: Landfrauenfragen: Die große Wäsche im ländlichen Haushalt. — 12.00: Schallplattenkonzert. „Wunschprogramm." — 12.25: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Durch alle Tonarten (Schallplattenkonzert). — 15.00: Kinderstunde: Märchen und Geschichten. — 15.30: Wetter- und Börsenbericht. — 15.45: Frauenstunde: Persönliche und berufliche Lebensgestaltung der Frau einst und jetzt. — 16.00: Pädagogischer Funk: Praxis der Berufsschule. — 16.30: Von Hamburg: Nachmittagskonzert. — 17.30: Selten gespielte Trios (Noten). — 18.00: Warum besuche ist die Volkshochschule? — 18.30: Hochschulfunk: Das physikalische Weltbild der Gegenwart. — 19.00: Deutsch für Deutsche. — 19.30: Stunde des Beamten: Die wirtschaftliche Lage der Beamten in den europäischen Ländern. — 19.55: Wetterbericht. — 20.00: Nöte der Zeit: Der Lebensraum des deutschen Volkes. — 20.30: Aus Breslau: Zu Unterhaltung und Tanz. — Anschließend: Berliner Programm.

Bericht über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Monat Oktober 1930.

RH. Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird uns geschrieben:

Im Gesamtbild **hat sich die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Monat Oktober** unter dem Druck der derzeitigen katastrophalen allgemeinen wirtschaftlichen Lage **weiterhin verschlechtert.** Als besonders bemerkenswert muß die Tatsache hervorgehoben werden, daß selbst in den Handwerksberufen, für die der Berichtsmonat für gewöhnlich gute Beschäftigungszeit ist, höchstens eine kaum merkliche Belebung der Geschäftslage eingetreten ist. Da mit Rücksicht auf die geringe Neubautätigkeit während des ganzen Jahres auch Aufträge für Arbeiten an Neubauten fast gar nicht erteilt wurden, war der Geschäftsgang bei den Baunebengewerben sehr gedrückt. Etwas besser war fast nur das Elektro-Installateurhandwerk beschäftigt. Nur aus wenigen Kammerbezirken liegen Berichte vor, nach denen das zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung eine leichte Belebung des Baumarktes hervorgerufen hat. Sonstige Neubauaufträge wurden fast gar nicht mehr erteilt.

Im Herrenschneiderhandwerk hat mit Rücksicht auf die geringe Kaufkraft sowie gehindert durch die verhältnismäßig warme Witterung die saisonmäßige Belebung keinen großen Umfang angenommen. Für das Damenschneidereihandwerk liegen die Verhältnisse zur Zeit infolge der gegenwärtigen Modenrichtung, durch die wieder mehr Wert auf guten Sitz und Verarbeitung gelegt wird, günstiger. Der Absatz der Nahrungsmittelgewerbe hat sehr unter der großen Arbeitslosigkeit zu leiden. Auch bewirkt die gute Kartoffelernte einen verminderten Absatz der Waren des Bäcker- und Schlachterhandwerks.

In den ländlichen Bezirken war die Lage des Handwerks nicht günstiger als in den Städten. Infolge der geringen Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse waren die Landwirte nicht in der Lage, Neuanschaffungen zu tätigen. Eine erhebliche Anzahl ländlicher Schmiede-, Schlosser-, Sattler- und Stellmacherbetriebe waren auch fast ohne Reparaturaufträge.

Die Preisbildung für handwerkliche Erzeugnisse war unter diesen Verhältnissen naturgemäß sehr gedrückt. Außerdem führte die Preissenkungsaktion der Regierung in einer Reihe von Fällen dazu, daß die Kundschaft schematisch Preisnachlässe verlangte, obwohl weder Rückgänge für Materialien noch Lohnsenkungen etc. derartige Forderungen rechtfertigten.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Handwerk war sehr ungünstig. Zur Kennzeichnung der schlechten Arbeitsmarktlage führt die Handwerkskammer Dortmund an, daß in Hagen beispielsweise im gesamten Handwerk bei 2700 Betrieben heute kaum noch 700 Gesellen beschäftigt werden, während noch im Jahre 1926 die Zahl der beschäftigten Gesellen ca. 6000 betrug.

Erheblichere Senkungen der Materialpreise werden nicht gemeldet. Als bemerkenswert wird darauf hingewiesen, daß trotz Fallens der Häutepreise die Preise für Leder anziehen.

Zur Lage der Zigarrenindustrie.

Wir erhalten aus **Kreisen des Zigarrengewerbes** die folgende Zuschrift:

Die **Verbände des Tabakgewerbes** haben an den **Herrn Reichskanzler** und die **Herren Reichsminister** folgendes **Telegramm** gerichtet:

„Nach Besprechung mit Herrn Staatssekretär Schaeffer vollkommen verzweifelt. Protestieren schärfstens, daß Kabinett über eine Tabakvorlage entscheidet, ohne uns dazu vorher unmittelbar gehört zu haben und ohne Rücksicht auf schon bestehende Notlage. Warnen in letzter Stunde vor jeder Mehrbelastung des Tabaks.

Bedenken Sie neben allen wirtschaftlichen und sozialen Gründen auch die politische Radikalisierung, wenn 8000 Hersteller, 170 000 Arbeitnehmer, 50 000 Händler und die Hunderttausende, die im Nebengewerbe teilweise vom Tabak leben, zur Verzweiflung getrieben werden. Erhoffter Mehrertrag steht zu diesem Elende, zumal angesichts der zu zahlenden Arbeitslosenunterstützung, in keinem Verhältnis."

Was ist vorgegangen?

Die Reichsregierung hat ein Sanierungsprogramm aufgestellt, bei dem ein Defizit von 167 Millionen Reichsmark übrig blieb. Dieselbe Regierung, die noch vor kurzem in großen Worten von der Notwendigkeit der Erhaltung eines Mittelstandes, von notwendigen Steuersenkungen usw. sprach, bringt es jetzt fertig, sich selbst Lügen zu strafen und zu beschließen, daß man dieses Defizit aus einer erneuten, weiteren Belastung des Tabaks herausholen müsse, des Tabaks, der schon vor dem Kriege beachtliche Steuern zu tragen hatte und der in der Nachkriegszeit noch nie einmal für eine gewisse Zeit mit steuerlichen Belastungen in Ruhe gelassen worden ist und der heute bereits an einer steuerlichen Belastung krankt, die ganz außerordentlich ist.

Am Schlusse der kürzlichen großen Regierungs-Erklärung standen die Worte: „Deutschland muß aber rechtzeitig Anschluß an die Entwicklung der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist." Wirkt es nicht wie ein schlechter Witz, wenn man sich jetzt dagegen hält, daß die Regierung den Tabakzoll von bisher RM. 80.— **auf das Fünffache, nämlich auf RM. 400.— für den Doppelzentner Tabak** heraufsetzen will. Eine ohne deutschen Tabak hergestellte Zigarre mit einem Rohtabakverbrauch von 20 Pfd. pro 1000 Stück hätte dann allein eine Zollbelastung von 4 Pfg. pro Stück zu tragen. Dazu kommt dann noch die Banderolensteuer, die vom Kleinverkaufspreis berechnet wird und bei einer 15-Pfennig-Zigarre z. B. auch noch 3 Pfg. pro Stück beträgt. Eine solche 15-Pfennig-Zigarre hätte also allein durch Zoll und Banderolensteuer eine steuerliche Belastung von 7 Pfg. pro Stück zu tragen. Das bedeutete aber, daß für den Hersteller, den Angestellten und Arbeiter, für die Rohtabake und die Verpackungskosten zusammen nur etwa ein Drittel des Betrages übrig bliebe, den der Raucher für die Zigarre im Handel bezahlen muß.

Jeder, der sich einigermaßen diese Zahlen überlegt, kann sich ausmalen, daß die Zigarrenindustrie eine solche Vorlage als Wahnwitz empfinden muß. Jedermann weiß, mit welchen Schwierigkeiten die Betriebe schon heute arbeiten. Die Betriebe sind einfach außerstande, die notwendigen neuen Betriebsmittel zu beschaffen. Von den Folgen, die eine solche Vorlage, wenn sie Gesetz würde, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung hervorrufen müßte und die katastrophale sein müßten, ist dabei ganz geschwiegen. Die Zigarrenindustrie, seit langem schon notleidend und steuerlich über das Erträgliche hinaus bereits mit Sondersteuern belastet, steht vor dem Zusammenbruch. Zahlreiche Existenzen sind bereits auf der Strecke geblieben, unzählige müßten folgen. Jede Mehrbelastung treibt die Entwicklung in der Zigarrenindustrie zur Katastrophe.

Gerichtssaal.

Der Zusammenbruch der Gewerbebank Großenhain vor Gericht.

Freispruch eines Bankdirektors von der Anklage des Konkursvergehens.

Der Zusammenbruch der Gewerbebank Großenhain, der am 3. Dezember 1929 erfolgte und seinerzeit erhebliches Aufsehen erregte, fand am Montag ein Nachspiel vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden. Aus der Verhandlung ergaben sich interessante Einzelheiten über die näheren

Sparsames und doch schmackhaftes Kochen ermöglicht MAGGI's Würze

Die Michelstedter

VON H. LORENZ ● URHEBERRECHTSSCHUTZ: VERLAG O. MEISTER, WERDAU SA.

12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

— Ja! . . . Wenn es nur bei den bloßen Beratungen bliebe! . . . Trotzdem ist der Magistrat in Rücksicht auf die gemeinnützige Wichtigkeit gerade der Feuerwehr für Bewilligung der 1500 Mark unter der Voraussetzung, daß künftige Feste sich selber tragen. Für einen ewigen Jahrmarkt darf die Stadt **kein Geld** übrighaben."

„Sehr richtig! . . . Sehr richtig!" ertönte es von vielen Plätzen.

Da erhob sich auf der Linken der Stadtverordnete Merling:

„Es wird mir erlaubt sein, zu fragen, ob der Herr Stadtrat, Verzeihung, Herr Kommerzienrat, zu dem ewigen Jahrmarktsrummel auch das letzte große Verbandsfest der „Freien Sänger" rechnet?"

„Allerdings, Herr Merling. Ihnen ist zweifelsohne bekannt," antwortete Hartroth, „daß nach den recht beachtlichen Leistungen der „Freien Sänger" auf der Stadtwiese zwei volle Tage lang Volksbelustigungen stattfanden mit Karussells, Tanz- und Schankzelten. Jeder gönnt dem Volke Erholung und Entspannung. Aber bezüglich der schnell aufeinanderfolgenden Vergnügungen bleibe ich bei meiner Ansicht."

In seiner ganzen Länge sich erhebend, meldete sich der Stadtverordnete von Erlbach zum Wort.

„Man kann die Worte des Herrn Kommerzienrates nur unterstreichen. Mir ist bekannt, daß die Arrestzellen unserer Polizeiwache zwei Nächte von Sangesbrüdern bevölkert waren, die man als „Freie Sänger" nicht gut bezeichnen konnte. Sie wurden wegen ruhestörenden Lärmes eingebuchtet!"

„Unerhörte Entstellung!" rief einer von der äußersten Bank der Linken. „Die reaktionären Saufbrüder vom Bauernbund hat man herumtorkeln lassen."

Auf der Tribüne und im Saal wachsende Unruhe.

„Es muß in die Abstimmung eingetreten werden," sagte der Vorsteher, „ich bitte die Herren, die für die Bewilligung der 1500 Mark sind, sich von ihren Plätzen zu erheben! . . . Sechzehn Stimmen dafür — das ist die Mehrheit."

Da meldete sich der Sprecher der Linken zum Wort

„Für den Fall, daß die 1500 Mark als offensichtliche Bevorzugung der Feuerwehr bewilligt werden, hat meine Fraktion beschlossen, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, betreffend die kränkende Behandlung des Freien Sängerbundes."

„Da darf man ja gespannt sein!" rief der Major

„Ein derartiger Antrag muß laut Geschäftsordnung die nötige Zahl von Unterschriften aufweisen," verkündete der Vorsteher.

„Hat er!" rief Merling und reichte dem Saaldiener Ludewig einen Zettel zur Weitergabe an den Vorsteher. Dieser überlas den Antrag, wies ihn dem Bürgermeister und dann den Magistratsmitgliedern vor, die bejahend nickten

„Der Dringlichkeitsantrag ist in Ordnung und sogleich zur Abstimmung zu bringen! Es handelt sich um Vorgänge vor und bei dem Sängerverbandsfeste und zwei dahingehende Interpellationsfragen:

Erstens: Ist es dem Magistrat bekannt, daß die Sänger Michelstedt höchst mißgestimmt verlassen haben?"

„Katzenjammer! Weiter nichts!" tönte es höhnisch von rechts.

„Warum hat es der Magistrat unterlassen, die Sänger zu begrüßen?

Zweitens: Wer ist für das verspätete Aufziehen der Reichsflagge auf dem Rathause verantwortlich?"

Entrüstung auf der Rechten. Doch die Linke quittierte mit lächelndem Schweigen, ihres Sieges sicher.

Der Dringlichkeitsantrag kam zur Abstimmung. Da auch die Demokraten für ihn waren, ging er durch. Der Magistrat erklärte sich zur sofortigen Verhandlung bereit.

Der Bürgermeister erhob sich

„Ich stehe nicht an, diese Unterlassung als bedauerlich zu bezeichnen (Zurufe links: Aha!), schon weil ich dafür eintrete, daß Michelstedt sich zur Kongreßstadt entwickelt. Und gerade die Sänger hätte ich gern begrüßt. Leider mußte ich zum Städtetag reisen." (Zurufe links: Drückebergerei!).

Die Stimme des Bürgermeisters zitterte vor Unwillen, als er weiterfprach:

„Es war meine Pflicht, den Städtetag zu besuchen. Außerdem möchte ich feststellen, daß der Magistrat nicht verpflichtet ist, derartige Festversammlungen zu begrüßen."

„Aber beim Bauernbund war das was anderes! Jawoll!" rief der Sozialdemokrat Merling. „Die Erklärungen des Herrn Bürgermeisters können uns nicht befriedigen. Wenn er zum Städtetag reisen mußte — wen hat er zu seinem Vertreter ernannt?"

Ehe der Bürgermeister etwas äußern konnte, hatte sich der Stadtrat Hartroth erhoben. Augenblicklich trat völlige Stille ein. Er räusperte sich und sagte mit ruhigem Lächeln:

„Wollen die Herren der Linken mit mir als dem Verantwortlichen vorliebnehmen?"

„Und was hat der Herr Stadt- und Kommerzienrat Hartroth als Entlastung anzuführen?"

„Eine Entlastung kann nicht in Frage kommen, aus dem einfachen Grunde, weil ich mir keiner Schuld bewußt bin. (Hört! Hört!) Der Herr Bürgermeister hat mir vor seiner Abreise die Geschäfte übergeben, aber von einer Begrüßung der Sänger war dabei nicht die Rede." (Zurufe links: Also vergessen! — Unerhört!)

„Schluß der Debatte!" rief der Stadtverordnete von Erlbach.

Der Stadtverordnete Zimmermann fuhr als Referent fort:

„Der Hauptzweck unserer Interpellation ist, den oder die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, durch deren Fahrlässigkeit oder gar bösen Willen das empörende Vorkommnis überhaupt möglich war. Unserer Ansicht nach ist der Hauptverantwortliche der Rathausdiener Ludewig."

Als Ludewig so gänzlich unerwartet angegriffen wurde, stieß er sich mit dem breiten Rücken von der Tür ab. Da sich bei Erregungen sein Asthma einzustellen pflegte, schnappte er einige Male nach Luft wie ein gestrandeter Silvesterkarpfen, dann aber kam ihm die Sprache zurück:

„Ich bin kein Hausdiener! Sie! **Hausinspektor** ist mein Titel! Sie! Verstehen Sie?"

„Halten Sie den Mund, **bis man Sie fragt!**" rief der Vorsteher dem Zornigen zu.

„Besagter Beamter gehört zu denen, die das Brot der Republik zwar essen," fuhr der Referent fort.

„Wenig genug ist es!" rief Ludewig.

„Sie sollen den Mund halten, sonst lasse ich Sie durch den Hausinspektor aus dem Saale entfernen . . .!" drohte der Vorsteher. Orkanartige Heiterkeit, als Ludewig die Aermel hochschlug und mit trockenem Humor erwiderte:

„Zu Befehl, Herr Vorsteher! Her mit dem Kerl!"

„Der Herr Hausinspektor gehört zu den Beamten, die das Geld der Republik zwar einstecken, aber sonst auf die neue Staatsform pfeifen. (Sehr richtig! links). Er wird bezahlt . . . mit unseren Steuern!"

„Wir zahlen wohl keine?" rief der Major dazwischen.

Die Erregung wurde noch größer, als jetzt der Kommunist Dornst das Wort erhielt.

„Dahin kommt es, wenn in unverständiger Milde Beamte angestellt und besoldet werden, die nur den stutzen Gamaschendienst gelernt haben, nur zu Kriegsknechten gut sind!"

„Gemeinheit!" brüllte Ludewig, „das soll ich mir nach dreißigjähriger ehrlicher Dienstzeit gefallen lassen?"

Kaum konnte der Entrüstete davon abgehalten werden, sich auf den Kommunisten zu stürzen . . .

„Verlassen Sie den Saal wegen wiederholter Ungebühr!" befahl der Vorsteher.

„'raus! 'raus! 'raus!" tobte die Linke im Takt.

„Er ist beleidigt worden! Hierbleiben!" schrie die Rechte

Da sah sich Ludewig im Sitzungssaale um, ließ seinen Blick über die Plätze der Kommunisten schweifen und rief:

„Ick jehe schon, Herr Vorsteher! . . . Doch det sage ick euch da drüben! . . . Ick bin keen Jöte und keen Ritter mit die gepanzerte Faust, aber wat die beeden zusammen hatten, habe ick janz alleene!"

Damit drehte er sich um und verließ mit erhobenem Haupte würdiglich den Saal. Beim Anblick seiner respektablen Hinterfront konnte sich jeder durch Augenschein überzeugen, daß Ludewig keineswegs übertrieben habe.

„Hoch Götz von Berlichingen! Hahaha! Das war mal 'ne richtige Antwort!" lachten die von rechts unter tobender Wut der Linksparteien. Lange dauerte es, bis die Ruhe wiederhergestellt war.

„Der Herr Stadtrat Hartroth hat das Wort!" verkündete der Vorsteher.

Alles schaute voller Spannung auf den alten Herrn, der, ein leises, ironisches Lächeln auf den bleichen Zügen, von seinem Platz aus sprach.

„Das Benehmen des Hausinspektors Ludewig war bestimmt nicht einwandfrei. Aber er ist von links her gereizt und von rechts zum Widerspruch ermutigt worden. Die Schuld trägt in allererster Linie dieser unselige Parteiwitz."

SLUB
Wir führen Wissen.

Umstände und auch über die Auswirkungen des Zusammenbruchs.

Unter Anklage des Vergehens gegen die Bestimmungen der Konkursordnung stand der leitende Direktor der Gewerbebank Großenhain, Dr. Friedrich Walter Bäuerle. Er wurde beschuldigt, in zwei Fällen Gläubiger begünstigt zu haben, indem er ihnen zu ihren Guthaben verhalf, nachdem ihm bereits die Zahlungsunfähigkeit der Bank bekannt war, die Gläubiger also nach der Konkursordnung keinen Anspruch mehr auf bevorzugte Befriedigung hatten. Der Verdacht einer strafbaren Handlung war dadurch besonders begründet, als es sich bei beiden Gläubigern um Verwandte des Angeklagten handelte.

Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß die Gewerbebank Großenhain am 1. Juli 1929, als der Angeklagte den Posten eines leitenden Direktors übernahm, gerade eine äußerst schwere finanzielle Krise hinter sich hatte, denn **bereits im Jahre 1928** wies die **Bilanz einen Verlust von 318 000 Mark** aus, der aber in sehr anfechtbarer Weise unter Heranziehung der Gewinne, Reserven, des Stammkapitals und von Bürgschaften der Vorstandsmitglieder **rechnungsmäßig zunächst beseitigt wurde.** Die Schwierigkeiten begannen aber Anfang 1929 erneut. Die Bank konnte sich nur durch die Hilfe der Landesgewerbebank in Dresden halten und mußte dieser für die Hergabe von Geldmitteln nahezu sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Werte in Gestalt von Sicherungshypotheken übereignen. Am 19. April 1929 wurde der damalige Leiter der Bank, Bankdirektor Markus entlassen und zwei Tage später als Berater und Sachverständiger ein Revisor des Landesverbandes gewerblicher Genossenschaften an die Bank berufen. Dieser hat die Bilanz geprüft und nach seiner Angabe vor Gericht den Eindruck gewonnen, daß die Bank durchaus gesund war.

Diese Situation fand der Angeklagte bei seinem Eintritt am 1. Juli 1929 vor. Er veranlaßte zuerst die Umstellung der Buchführung auf neuzeitliche Grundlage aus Ersparnisgründen. In den folgenden Monaten hat nach den Angaben des Angeklagten und der vernommenen Bankangestellten niemand etwas von der rapiden Verschlechterung der Geschäftslage gemerkt oder vermutet, bis am **15. Nov.** der bei der Bank tätige Revisor auf den Gedanken kam, **eine provisorische Bilanz** aufzustellen, die dann urplötzlich ein **Verlustsaldo von 888 000 Mark** ergab. Auch jetzt ging der Optimismus der verantwortlichen Leiter so weit, daß sie eine Sanierung nicht nur für möglich sondern sogar für wahrscheinlich hielten. **Auf Beschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrates** wurden am 22. November **Sanierungsverhandlungen mit der Landesgewerbebank und dem Landesverband** gewerblicher Genossenschaften eingeleitet, die aber am 25. November scheiterten, da bei der Höhe des Verlustes keine Aussicht auf eine Gesundung mehr vorhanden war. **Am 26. November stellte die Gewerbebank Großenhain die Zahlungen ein und am 1. Dezember wurde das Konkursverfahren eröffnet,** das augenblicklich noch schwebt und für die Gesamtheit der Gläubiger bisher eine Quote **von 15 Prozent** gebracht hat und nach den Angaben des Revisors noch eine **weitere Quote von 15 bis 20 Prozent** bringen soll.

Am Tage nach der Konkurseröffnung wurde der Leiter der Bank, **der Angeklagte Dr. Bäuerle,** verhaftet, da sich der Verdacht ergab, daß er sich der bereits erwähnten **Gläubigerbegünstigung schuldig gemacht hatte.** Bei der Gewerbebank Großenhain hatte der Stiefvater des Angeklagten ein Guthaben in Höhe von 5700 Mark und sein Schwiegervater ein solches in Höhe von 500 Mark. Nachdem am 15. Nov. durch die Bilanz die hoffnungslose Lage der Bank offenbar geworden war, hat der Angeklagte sich am folgenden Tage das gesamte Guthaben seines Stiefvaters auszahlen lassen und es diesem übergeben. Er hat das Geld ohne weiteres erhalten, da er zur Empfangnahme beauftragt zu sein behauptete, ohne jedoch eine Verfügungsberechtigung seines Stiefvaters zu besitzen. Das Guthaben seines Schwiegervaters ließ er erst am 21. November auf sein eigenes Konto, das er bei der Bank hatte, überweisen, wozu er ebenfalls berechtigt gewesen sein wollte. Beide Verwandten wurden als Zeugen vernommen und sagten aus, daß sie dem Angeklagten schon vor dem 15. November den Auftrag zur Auflösung ihrer Konten gegeben hätten. Eine wesentliche Rolle spielte in der Verhandlung ein Brief des Schwiegervaters, worin dieser schon am 25. September sein Guthaben kündigte. Die Anklage vermutete, daß dieser Brief erst nachträglich angefertigt wurde, da der an die Bank gerichtete Brief von dem Angeklagten nicht der üblichen geschäftlichen Erledigung zugeleitet worden war und erst viel später im Schreibtisch des Angeklagten zum Vorschein gekommen war.

Das Gericht konnte sich nach eingehender Beweisaufnahme in keinem Punkte der Anklage von einer Schuld des Angeklagten überzeugen. Es erkannte zwar das Bestehen des dringenden Verdachts an, daß der Angeklagte bei der Rückgabe der Guthaben an seine Verwandten bereits von der Zahlungsunfähigkeit der Bank Kenntnis hatte, erachtete aber die vorliegenden Verdachtsmomente nicht als ausreichend, um den **Angeklagten** eines Vergehens gegen die Bestimmungen der Konkursordnung zu überführen und **sprach ihn deshalb aus Mangel an Beweisen kostenlos frei.**

•

Ende der Magdeburger Schwarzbrenner-Prozesse

Vor der Großen Strafkammer Magdeburg ging nach zehntägiger Verhandlung der letzte der großen Magdeburger Schwarzbrenner-Prozesse zu Ende, die die Gerichte seit vier Jahren in wochenlangen Verhandlungen beschäftigt haben. Die Strafkammer hatte jetzt nur noch über die Berufung des Ingenieurs Jakob Becker zu entscheiden, nachdem vier andere Angeklagte ihre Berufung zurückgenommen hatten. Dem Prozeß lagen die Zollhinterziehungen zu Grunde, die in der Obstbrennerei des Likörfabrikanten G. A. Köhler in den Jahre 1921 bis 1925 vorgekommen waren und die einen Steuerausfall von schätzungsweise einer Million RM ergeben hatten. Achtzehn Angeklagte waren seinerzeit zu erheblichen Gefängnis- und hohen Geldstrafen verurteilt worden. Der Angeklagte, der die Hefefabrik des Fabrikanten Köhler erbaut hatte, die mit dessen Obstbrennerei durch eine geheime Rohrleitung unter der Erde verbunden war, stellte jede Schuld in Abrede. Auch sein Verteidiger machte geltend, daß der Angeklagte dem Schwarzbrennen gutgläubig gegenübergestanden habe. Unter Abänderung des vorinstanzlichen Urteils wurde Becker an Stelle von zehn Tagen Gefängnis zu hundert RM Geldstrafe, ferner zu einer Geldstrafe von 9273 RM evtl. drei Tage Gefängnis und zum Werterfatz von 4032 RM eventl. zwei Tage Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen das vorinstanzliche Urteil ebenfalls Berufung eingelegt, doch wurde seine Berufung auf Kosten der Staatskasse verworfen.

Der Lustmord an dem Schüler Hnidek vor Gericht

Am Montag begann vor dem Schwurgericht Leipzig die Verhandlung gegen den 24 Jahre alten Arbeiter Erich Willy Bauer aus Leipzig-Mockau, der sich wegen des Mordes an dem Schüler Hnidek am 25. Mai 1928 im Abtnaundorfer Park zu verantworten hat. Am Nachmittag dieses Tages war im Abtnaundorfer Park die Leiche des 13jährigen Hnidek gefunden worden. Die Ermittlungen ergaben, daß die beiden jugendlichen Arbeiter Lutz und Bauer den kleinen Hnidek in den Park gelockt, sich an ihm in bestialischer Weise vergangen und ihn ermordet hatten. Sie hatten dem Jungen eine Mütze in den Mund gesteckt, die Hosenträger um den Hals geschlungen und fest angezogen und dann den Wehrlosen mit dem Mund auf die Erde gelegt, sodaß schließlich der Tod eintrat, nachdem die entmenschten Gesellen noch mit einem Federkasten auf den Jungen eingeschlagen hatten, dessen Leiche zahlreiche Rippenbrüche und Schädelquetschungen aufwies. Gegen Lutz mußte das Strafverfahren einstweilen eingestellt werden, da er als Geisteskranker in einer Heilanstalt untergebracht ist. Bauer ist im allgemeinen geständig und gibt seine Beteiligung an der scheußlichen Tat ohne weiteres zu. Als Vertreter der Sächsischen Regierung nahm Ministerialrat Geyer an der Verhandlung teil.

Von dem medizinischen Sachverständigen wurde Bauer als schwachsinniger Mensch bezeichnet, für den jedoch der Schutz des § 51 nicht in Frage komme. Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf Mord fallen und beantragte wegen vollendeten Totschlags und wegen Sittlichkeitsverbrechens zwölf Jahre sechs Monate Zuchthaus und zehn Jahre Ehrenrechtsverlust. Das Urteil lautete wegen vollendeten Totschlags und Sittlichkeitsverbrechens auf 11 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust. Von der Untersuchungshaft werden 6 Monate auf die Strafe angerechnet.

•

Die Gemeindekasse um 52 000 RM geschädigt

Der Gemeindekassierer Vogel aus Rödlitz hatte als Leiter der dortigen Girokasse eingenmächtig 96 000 RM Kassengelder zum Schaden der Gemeinde als Kredite ausgegeben, von denen nur ein Teil wieder hereingebracht werden konnte. Der Gemeinde erwuchs daraus ein Verlust von 52 000 Reichsmark, weshalb Vogel zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Diese Strafe hat das Landgericht Zwickau nunmehr auf sechs Monate Gefängnis ermäßigt.

Schwere Autounfälle

Sechs Tote, zweiundzwanzig Verletzte

Rostock, 4. November.

Auf der Chaussee von Rostock nach Laage ereignete sich ein Unglück, dem zwei junge Menschen zum Opfer fielen. Ein von Rostock kommendes Auto überfuhr in der Nähe des Dorfes Kessin zwei Personen, anscheinend ein Liebespaar, das auf der Chaussee promenierte und das Auto nicht bemerkte. Die beiden jungen Menschen waren auf der Stelle tot. Der Autoführer versuchte, unerkannt zu entkommen, wurde aber von der Gendarmerie in Laage gestellt. Es handelt sich um einen Malchiner Herrn; das Auto wurde beschlagnahmt.

Paris, 4. November.

Bei St. Galmier (Loire) stürzte gestern ein Autobus eine fünf Meter hohe Böschung hinunter. Vier Personen wurden getötet, neunzehn verletzt.

Berlin, 4. November.

Ein Personenkraftwagen fuhr gestern in Wannsee an der Ecke König- und Karlstraße gegen einen Baum, so daß der Wagen sehr schwer beschädigt und die drei Insassen zum Teil erheblich verletzt wurden. Bei den Verletzten handelt es sich um den 50 Jahre alten Kaufmann Gustav Gamberger aus Leipzig, der einen komplizierten Armbruch erlitt, den 30jährigen Kaufmann Arthur Flaum, ebenfalls aus Leipzig, der eine Nasenverletzung und seine 24 Jahre alte Ehefrau Edith, die eine Stirnwunde davontrug. **Alle drei Verunglückten wurden in das Potsdamer Krankenhaus geschafft**

Fernando Noronha

heißt die merkwürdigste Insel der Welt. Ihr seltsam gestalteter Felsblock steht wie eine Schildwache eine Tagereise entfernt von der brasilianischen Küste. Jeder Dampfer, der, mit Kaffeesäcken beladen, dieses größte Kaffeeland verläßt, muß an diesem Felsen vorbei; kein Sack Kaffee, den er nicht überwacht.

Ebenso wachen in allen wichtigen Kaffeeländern Vertrauensleute darüber, daß die feinsten Qualitäten für Kaffee Hag, den coffeinfreien Bohnenkaffee, gesichert werden.

Diesen erlesenen Spitzenqualitäten verdankt Kaffee Hag seinen wundervollen Wohlgeschmack und sein herrliches Aroma.

Neben seinen geschmacklichen Vorzügen ist Kaffee Hag dadurch ausgezeichnet, daß er niemals Schlafstörungen oder irgendwelche Schäden an Herz, Nerven, Nieren hervorrufen kann.

Kaffee Hag ist eine sichere Schildwacht für Ihre Gesundheit.

Der Vorsteher sah den alten Stadtrat dankbar an; es schien, als ob so mancher wilde Parlamentarier in sich gehe.

„In der Seele tut es mir weh, wenn ein alter pflichttreuer Beamter hier so gekränkt wird. Aber ich decke ihn mit meiner ganzen Person! Da der Herr Bürgermeister abwesend, war ich sein Vertreter und übernehme die volle Verantwortung. Auch stehe ich nicht an, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß durch Bubenhände ein so peinlicher Vorfall herbeigeführt wurde! Es sollte mich freuen, wenn man links an die Aufrichtigkeit meines Bedauerns zu glauben versucht!"

Die ruhigen Worte verfehlten ihren Eindruck nicht.

„Wir begrüßen es," fuhr der Vorsteher fort, „daß Herr Stadtrat Hartroth in mannhafter Weise seinen Kopf hinhält, daß er der Versöhnung das Wort redet, und ich glaube, daß ich im Sinne aller Parteien spreche, wenn ich die Angelegenheit als erledigt betrachte!"

Beifallsgemurmel. Auch die Sozialdemokraten schienen zufriedengestellt. Aber . . . aber man hatte nicht mit der Kommunistin Martha Rönnefahrth gerechnet. Alles sah auf, als sie begann:

„Hat der Herr Kommerzienrat die Flaggenleine geprüft, wie es seine Pflicht war als oberster Stadtvertreter?" Unruhig flackerten die fanatischen Augen den Stadtrat an.

Helle Empörung ringsum, laute Pfuirufe.

„. . . schreien Sie Pfui, bis Sie bersten! . . . Offenbar liegt Pflichtverletzung vor. Hier hilft nur Mißtrauensvotum, und wenn es der hochgepriesene und hochvermögende Herr Kommerzienrat und Stadtrat Hartroth ist! Wir Kommunisten beantragen Mißtrauensvotum!"

Viele Redner meldeten sich zur Entgegnung. Ungeheurer Tumult entstand.

Da reckte sich der Angegriffene auf, kreidebleich vor Erregung, doch beherrscht in der Haltung. Der Sanitätsrat auf der Tribüne griff den neben ihm sitzenden Oberpfarrer in den Arm.

„Ich danke den Herren, die für mich eintreten wollen . . . Was zu sagen ist, mache ich am besten selber in kurzen Worten ab . . . Mit großer Freude und innerer Befriedigung habe ich für meine neue Heimatstadt gewirkt, habe jahrelang gern gearbeitet trotz des bedauerlichen Parteigetriebes, das als unheimliches Erbübel der Deutschen auch hier vieles, vieles verdarb. Ich wollte nicht glauben, daß es auch mir zum Verhängnis werden sollte."

Ein trauriger Blick suchte die beiden Freunde oben auf der Tribüne. Beide lächelten schmerzlich herunter.

„Die Worte der kommunistischen Vertreterin haben mir sehr weh getan. Kurz und gut! Meine Ehre gebietet mir, das Amt als Stadtrat hiermit niederzulegen!"

Große Bewegung im ganzen Saal.

„Und nun leben Sie wohl! Ich scheide mit Wehmut von dieser Stätte. Mit dem Parteihader hätte ich mich schon abgefunden, jedoch die Erinnerung an Neid und Undank, die wird mir noch manche schwere Stunde bereiten! . . . Guten Abend!"

Der alte Herr schritt mühsam das Podium hinunter, sich stützend auf den Arm des Bürgermeisters. Beklemmende Stille lastete über den Versammelten, nur das Aufsetzen vom Gehstock war zu hören.

Fast alle Stadtverordneten waren unwillkürlich aufgestanden. Hinnerk Hartroth schritt hinaus, blickte sich nicht noch einmal um. — Die Tür schlug dumpf zu, und auf einmal wußten alle im Saale: Den greisen Stadtrat sehen wir nicht wieder. —

Eine Weile Ruhe, dann aber brach es los. Keiner der Stadtverordneten saß mehr auf seinem Platze, wüstes Durcheinander wogte. In das heftige Klingeln des Vorsitzenden mischten sich gellende Pfiffe auf der Galerie.

• • •

Der Stadtrat hatte sich draußen, völlig erschöpft, auf die Bank des Flurs fallen lassen.

Teilnahmslos blieb er sitzen, das Kinn auf seinen Stock gepreßt, und starrte auf das alte Ziegeldach da drüben, das im letzten Abendsonnenstrahle hell aufglühte. Wie damals als er aus Südamerika zurückkehrte und den ganzen Jammer des furchtbaren deutschen Zusammenbruches sah . . . legte sich lähmende, mürbende Niedergeschlagenheit auf seine Seele.

Die beiden Freunde traten herzu, richteten ihn auf und führten ihn teilnahmsvoll davon.

Und der Alte ging stumm die Treppe hinunter, durch die mittelalterliche Vorhalle auf den Marktplatz.

Als das Auto langsam durch die engen Straßen fuhr, saß der Stadtrat a. D. schwer atmend bei seinen Freunden.

Der Sanitätsrat fühlte den Puls, sein besorgter Blick sprach stumm mit dem Geistlichen.

• • •

„Zur Tagesordnung!" schrie im Saal der Vorsteher. Nur allmählich verschaffte er sich mit heiserer Stimme endlich Gehör. Alles saß wieder auf den Plätzen.

„Halten die Herren Kommunisten ihren Antrag auf Mißtrauensvotum gegen Stadtrat Hartroth aufrecht?" fragte der Vorsteher.

„Jawoll! — Jawoll! Von wegen der Knoten in der Flaggenleine!"

„Wo die wirklichen Knoten sind, wissen wir jetzt!" rief der Major zornbebend und zeigte auf die Plätze der Linken. „Da drüben sitzen sie!"

Wildes Toben. Die Klingel des Vorstehers hatte keine Macht mehr in dem Höllenlärm.

Ein Trommelfeuer von Schimpfworten mit politischem Einschlag begann, „vollgefressene Junkerbagage", „sozialistische Judenknechte", aber auch gute alte Münze war im Umlauf, wie „dummer Junge", „Idiot", „Affe".

Ein Krach. Der Dr. rer. pol. zuckte zusammen. Sollte Tilly? . . . Doch nein! . . . Neben dem Pressetisch war schmetternd das dicke, bronzebeschlagene Buch niedergekracht, in das sich die Ehrengäste der Stadt mit goldener Feder einzutragen pflegten. Da lag es nun! Staub dampfte aus den Dielenritzen! Schweres Kaliber!

Heinz' letzter Schutz, die Akten über das Feuerwehrfest, flatterten dem Feinde entgegen, da, endlich ließ der Kampflärm nach!

Die Abendsonne schien in den staubdurchwirbelten Saal, Sessel, Pulte, durcheinander, umgestürzt.

• • •

Die Stadtverordneten suchten nach ihren Brillen, Klemmern, Mappen, Papieren. Ludewig stand in der Tür und schaute in das Chaos . . . mit einer Beule auf der Stirn. Ihm war es gelungen, die Tribüne zu räumen. Der Bürgermeister drückte ihm die Hand.

Und wie sahen die Väter der Stadt aus! Den meisten sträubten sich die Haare wirr um den Kopf, einigen waren die Stehkragen heruntergerissen, die Schlipse hingen aus dem Westenausschnitt . . .

Die Mitglieder der Rechten schickten sich an, den Saal zu verlassen.

Der Feuerwehrhauptmann Lehmberg stürzte auf das Rednerpult und erklärte, daß der Feuerwehrverband auf die 1500 Mark und die Michelstedter Gastfreundschaft verzichte.

Verzweifelt rief der Bürgermeister:

„Meine Herren, bleiben Sie doch um Himmels willen — jetzt, nachdem es zu Auftritten gekommen ist, wie man sie sonst nur in großen Parlamenten erlebt . . ."

Einige Stadtverordnete reckten sich. Sie empfanden solche Worte als schmeichelhaft.

„Schon einmal ist in letzter Zeit Beschlußunfähigkeit herbeigeführt worden. Der Magistrat muß daran denken, bei weiteren Obstruktionen die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen!"

Ludewig räusperte sich unwillig. Er muß noch heute mit seiner Frau den verschandelten Saal reinigen.

Die Mannen der Rechten gingen unentwegt davon.

„Da die Versammlung nicht mehr beschlußfähig ist," sagte der Vorsteher, „schließe ich die Sitzung und danke den Damen und Herren, soweit ich heute danken kann."

Der Saal, in den die Dunkelheit fiel, leerte sich langsam.

An der Eingangstür stand mit Besen, Eimer und Schrubber Frau Ludewig, starrte in die Wüstenei und ließ die Herren Parlamentarier an sich vorüberziehen. Als der letzte die Treppe hinunterstieg, stemmte sie die aufgekrempelten Arme in die Seiten und murmelte kopfschüttelnd:

„Und so was will uns regieren!"

(Fortsetzung folgt.)

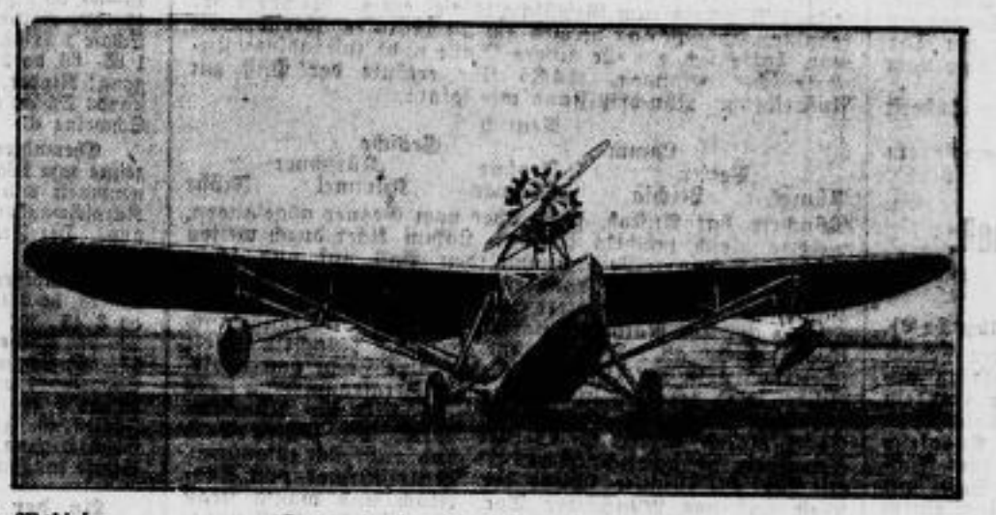
SLUB
Wir führen Wissen.

Neues vom Tage in Bild und Wort.

Das Hochwasser der Oder
hat die Alte Oder — einen sonst kleinen Flußlauf, der die auf dem rechten Ufer der Oder liegenden Stadtteile Breslaus durchfließt — in einen reißenden Strom verwandelt.

Aus dem Gebiet des neuen italienischen Erdbebens,
das die Städte von der mittelitalienischen Adria-Küste bis an den Fuß des Apennin heimsuchte: Zeltlager in Fabriano, das die aus ihren Häusern geflüchtete Bevölkerung auf freien Plätzen der Stadt aufgeschlagen hat.

Mit dem diesjährigen Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet
wurde der Entdecker der Blutgruppen und Begründer der Blutgruppenlehre, Professor Dr. Karl Landsteiner, ein Wiener Bakteriologe, der seit 1921 am Rockefeller-Institut in Newyork arbeitet.



Das erste deutsche Amphibien-Flugzeug
— ein Kabinenflugzeug, das durch Schwimmrumpf, Fahrgestell und seitliche Stützschwimmer zum Starten und zum Landen sowohl zu Wasser wie zu Lande befähigt ist — wurde von einer norddeutschen Flugzeugfabrik kürzlich fertiggestellt.

Geheimrat Heinitz †.
Ein Führer der deutschen Anwaltschaft, Geh. Justizrat Dr. e. h. Ernst Heinitz, der langjährige Vorsitzende der Berliner Anwaltkammer und der Vereinigung sämtlicher Kammervorstände, ist in der Nacht zum 2. Nov. im Alter von 74 Jahren **gestorben.**

Das bulgarische Königspaar in Sofia
beim Betreten der Alexander-Newski-Kathedrale, wo am Tage des Einzuges die in Italien geschlossene Ehe nach orthodoxem Ritus eingesegnet wurde.

Finnlands neues Reichstagsgebäude,
das in der Hauptstadt Helsingfors errichtet und jetzt vollendet wurde.

Deutsche auf Kaffeeplantagen.

Wo man am meisten Mokka schlürft.

b. Die Revolution in Brasilien ist abgeblasen. Ruhe senkt sich wieder auf das Land, das eben noch schwere Unruhen erschütterten. Hinter den Revolten in Sao Paulo und Rio stand wie ein Gespenst die Weltkrise auf dem Kaffeemarkt. Brasilien, das zweidrittel der gesamten Welternte anbaut, mußte natürlich von der Krise der Kaffeeausfuhr am stärksten betroffen werden.

Es gibt heute zwei große Kaffeeanbaugebiete: Südamerika und Niederländisch-Indien. In Ceylon hat sich der Kaffee nicht einführen können. Dort brach 1876 der Kaffeerost, eine gefürchtete Baumkrankheit, aus und zerstörte in kurzer Zeit alle Kulturen. Die Farmer haben dann kurzerhand die Stämme abhauen lassen und Tee angepflanzt, der sich auch durchsetzte.

Das klassische Kaffeeland aber ist Brasilien. Brasilien kontrolliert dreiviertel der gesamten Kaffeeausfuhr der Erde. 1927 wurden hier 907 000 Tonnen verfrachtet. Erst in weiterem Abstand folgen Colombia mit 152 000 Tonnen und Guatemala mit 51 000 Tonnen. Der Posten Kaffee macht in Guatemala sieben Achtel aus, in Brasilien sieben Zehntel und in Mexiko ein Dreißigstel.

Schon aus diesen Zahlen ergibt sich klar, daß das Wohl und Wehe der betroffenen Länder eng mit dem Kaffee, besser gesagt mit der Preisgestaltung auf dem Kaffeemarkt, verbunden ist.

Nicht jeder Boden und jedes Klima eignen sich für den Kaffeeanbau. Viel Regen, kein Frost, das sind die Voraussetzungen für den Anbau. In höheren Lagen erntet man edleren Kaffee. Gewöhnlich ist eine Höhenlage von 600—1300 Meter für die Qualität des Kaffees am zuträglichsten. Die Güte des Kaffees ist auch nicht zuletzt abhängig von der Art der Behandlung zur Zeit der Ernte. Man kann durch die sogenannte nasse Methode das bittere Fruchtfleisch der Kaffeebohne sofort bei der Ernte beseitigen und damit höheren Wohlgeschmack des Kaffees erzielen.

Von Europäern kommen für die Plantagenarbeit nur Italiener und andere Südeuropäer in Frage. Deutschen ist die Plantagenarbeit klimatisch unmöglich. Immerhin betätigen sich in größeren Höhenlagen auch Deutsche als Kaffeeanbauer. Besonders in Guatemala sind einige Tausend Quadratkilometer Plantagen in deutschem Besitz. Ein Drittel der Gesamtkaffeeernte in Guatemala wird von Deutschen erzeugt.

Man schätzt die Welternte des Kaffees im Jahre 1929/30 auf 36 Millionen Sack (à 60 Kilogramm). Der Weltverbrauch beträgt aber im besten Falle 24 Millionen Sack. 12 Millionen Sack blieben also im letzten Jahre unverkauft. Zur Zeit warten 27 Millionen Sack auf die Käufer, die sich längst schon voll eingedeckt haben. Von den Verbrauchern stehen USA. weit an der Spitze. Seit der Prohibition hat hier der Kaffeegenuß um die Hälfte zugenommen. 1927 betrug er 642 000 Tonnen, und seitdem ist er noch weiter angestiegen. Frankreich folgt mit 159 000 Tonnen an zweiter Stelle, und erst an dritter mit 123 900 Deutschland. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, ergibt sich jedoch eine andere Reihenfolge. Dann stehen Schweden und Dänemark mit einem Jahresverbrauch pro Person von 7,3 Kilogramm an der Spitze. Frankreich folgt mit 3,9 und Deutschland erst mit 2 Kilogramm. Asien, das Land des Teegenusses, fällt fast vollständig aus.

Turnen – Sport – Spiel – Wandern

Turnverein Gröba D.T.

Handball.

Tv. Gröba verliert in Röderau gegen Tv. Röderau 1:2 (0:1).

Am Reformationsfest trug der TBG. in Röderau das fällige Rückspiel aus. Der Platz war durch den vorangegangenen Regen nicht in der besten Verfassung. Wie erwartet, zeigten beide Mannschaften jederzeit ein ausgeglichenes Spiel und ein Unentschieden wäre auch hier wieder dem Spielverlauf entsprechend gewesen.

Spielverlauf: Bereits in den ersten Minuten kommt der Halbrechte von Gröba zum Schuß. Der Torwächter vermag den Ball jedoch nicht festzuhalten. 1:0 für Gröba. Bis zur Halbzeit und auch eine ganze Zeit danach ändert sich an dem Ergebnis nichts. Dann gelingt es aber doch Röderau auszugleichen und wenige Minuten vor Schluß den Siegestreffer anzubringen. Das Spiel der Knabenmannschaften beider Vereine mußte wegen Regen beim Stande 0:0 abgebrochen werden.

Turnverein Gröba siegt über Turnverein Riesa 10:1 (7:1)

Anläßlich des 40. Stiftungsfestes des Tv. Gröba trafen sich beide Mannschaften auf dem Sportplatz an der Uhlemannstraße. Turnverein Riesa trat nur mit neun Mann an.

Die Gröbaer Elf, mit dem Wind als Bundesgenossen, nimmt das Spiel gleich von vornherein ernst und kann in regelmäßigen Abständen fünfmal erfolgreich einsenden. Danach gelang es dem Mittelstürmer von Riesa sich freizuspielen und den Ball zum Ehrentor für seine Farben einzuschießen. Bis zur Halbzeit fallen für Gröba noch zwei Tore. 7:1. Wenn man jetzt annahm, daß Riesa mit Wind, Tore aufholen würde, so hatte man sich hierin getäuscht. Die Hintermannschaft von Gröba bekam zwar erheblich mehr zu tun, klärte jedoch alle Situationen einwandfrei. Immer wieder schickte die Läuferreihe den Sturm nach vorn. Drei weitere Tore sind die Ausbeute. Dabei wurden noch zwei 13-Meterwürfe ohne Torgewinn verschenkt. Einmal hat Riesa noch Gelegenheit, ein Tor aufzuholen. Der verhängte 13-Meterwurf wird aber vom Gröbaer Torwächter gemeistert.

Das Spiel wurde von beiden Mannschaften äußerst fair durchgeführt.

Schiedsrichter Männel war dem Spiel jederzeit ein gerechter Leiter. Wö.

•

Turngau Nordsachsen D.T. — Handball.

Turnverein 1899 Zeithain e. V.

Spiele am Reformationsfest.

BSG. Reichsbahn Riesa—Tv. Zeithain 3:2 (Halbz. 1:2).

Hier standen sich 2 gleichwertige Mannschaften gegenüber. Zeithain war gezwungen, mit 3 Mann Ersatz anzutreten. Der Platz war etwas aufgeweicht, aber trotzdem zeigten beide Mannschaften ein gutes Spiel. Reichsbahn schießt das 1. Tor. Zeithain kann aber bald zum Ausgleich einsenden. Bei einem erneuten Angriff wirft Z. zum Führungstreffer ein. Halbzeit. Wieder beginnt das Spiel mit Tempo. Reichsbahn erzwingt den Ausgleich. Nach einem Hin und Her schießt aus klarer Abseitsstellung Reichsbahn zum 3. Tor ein. Eine Fehlentscheidung des sonst guten Schiedsrichters. Ein Unentschieden hätte dem Spiele einen gerechteren Ausweg gegeben.

Tv. Strehla 1. Jgd.—Tv. Zeithain 1. Jgd. 2:3.

Strehla versuchte das Spiel mit aller Macht für sich zu entscheiden, bei welchem sich der Mittelstürmer besonders hervortat. Zeithain dagegen bot die bessere Gesamtleistung. Bis kurz vor Schluß stand das Spiel immer noch 2:2. Im Endspurt kann der Linksaußen unter starkem Beifall der Zuschauer zum Siegestreffer für Z. einwerfen.

Spiele am 2. November 30.

Zeithain konnte am Sonntag 4 Mannschaften stellen.

Tv. Zeithain 1. Kn.—Tv. Röderau 1. Kn. 1:0.

Wohl niemand hätte solche Leistungen beider Mannschaften erwartet. Zeithain waren die Glücklicheren und konnten zum einzigen Tor einsenden. Nur so wacker weiter.

A.T.V. Riesa 2. Jgd.—Tv. Zeithain komb. (mit b. O.) 1:1.

Obwohl bei den Zeithainern viele ihr erstes Spiel lieferten, waren die Leistungen keineswegs die schlechtesten. A.T.V. Jugend besser im Fangen, dafür Zeith. körperlicher.

Tv. Röderau 1. Jgd.—Tv. Zeithain 1. Jgd. 1:7. (Halbzeit 1:3).

Beide Mannschaften standen sich bis jetzt wenig im Spiel gegenüber. Zeithain etwas körperlicher, auch sieht man auf halbrechts einen neuen Mann. Jede Mannschaft versucht, gleich von vornherein Tore zu erzielen, denn es wird fleißig auf beide Tore geschossen. Z. kann zum 1. Tor einwerfen, aber Röderau bald zum Ausgleich. Z. erhöht bis Halbzeit auf 2 und 3. Nach Halbzeit läßt Röderau immer mehr und mehr nach. Bei Z. klappt es gut und erhöht bis Schluß auf 7. Der neue Mann von Z. hatte sich sehr gut eingeführt. Der Schiedsrichter sollte in Zukunft etwas mehr mit dem Balle laufen.

A.T.V. Riesa 1. M.—Tv. Zeithain 1. M. 7:1,
worüber von anderer Seite berichtet wird. —e.

•

Hockey im RSV.

5 Niederlagen am Reformationsfest und 2. November in Riesa.

Mit den größten Hoffnungen ging die 1. Elf des RSV. am Reformationsfest gegen die 2. Mannschaft des ASV. Dresden in den Kampf. Und wirklich gelang es dem Halblinken nach kurzer Zeit, eine Rückhandflanke des Linksaußen zum ersten Erfolg für die Einheimischen zu verwandeln. Nach einer weiteren Viertelstunde stellte der Linksaußen das Resultat auf 2:0. Das war den Gästen denn doch zu viel. Sie drehten nunmehr mächtig auf und erzielten auch den Ausgleich durch ihren Halblinken und durch eine Strafecke. Noch einmal kurz vor Halbzeit erzwang der an diesem Tage in der ersten Halbzeit ausnahmsweise gute RSV.-Sturm durch den Mittelstürmer im Nachschuß die Führung. In der zweiten Halbzeit war es aber aus. Ein Generalübel haftet der Riesaer Läuferreihe an: Sie unterstützt den Sturm nicht so, wie man es vielleicht wünschen könnte. Am besten in dieser Beziehung war noch der linke Läufer. Die beiden anderen scheinen das Tempo nicht durchzuhalten. Im Störungsspiel waren sie gut. Aber der oben bezeichnete Fehler stellt den Sturm kalt. Die Angriffe konnten mit Leichtigkeit von der gegnerischen Verteidigung abgewehrt werden und sofort saß der Ball wieder vor dem RSV.-Tor. Das Schlußtrio konnte natürlich den vielen Angriffen nicht mehr standhalten und mußte noch drei Bälle passieren lassen, so daß ASV. das bessere Ende aus diesem wirklich schönen Spiele mit 5:3 für sich hatte. — Schlechter ging es der 2. Mannschaft des RSV., die mit 7:0 in dem Spiel gegen ASV. 3. das Nachsehen hatte, nachdem es zur Halbzeit bereits 6:0 hieß. In der zweiten Halbzeit machte sich eine Umstellung zwischen Sturm und Läuferreihe angenehm bemerkbar, so daß ASV. nur noch zu einem Erfolg kam. Der RSV.-Sturm hatte Pech bezw. war es auch Unvermögen, daß er kein Tor erzielte. — Ein recht übles Spiel war das am 2. November zwischen RSV. 1. und Fortuna Leipzig 1. Mit 6:1 siegten die Gäste. Das ist, wenn auch Fortuna in letzter Zeit einen rapiden Aufstieg zu verzeichnen hat, doch entschieden zu viel. Fortuna spielte schnell und energisch, während die Spieler des RSV. dagegen einen übermüdeten, langsamen Eindruck machten. Ohne jeden Eifer und zusammenhanglos wurde gespielt. Von taktischem Können keine Spur. Stellungsspiel fehlte gänzlich. Die Riesaer Läuferreihe ließ sich wieder vollständig zurückdrängen. Der Sturm ließ sich viel zu sehr abdecken. So kam Fortuna in gleichmäßigen Abständen zu sechs Toren, davon eine vom Mittelstürmer zu haltende Ecke. Erst kurz vor Schluß erzielte der Halbrechte des RSV. das einzige Tor. Hoffentlich ist diese Katastrophe nunmehr die letzte dieses Jahres. Sonst gibt es gar noch gegen die Mannschaft der Technischen Hochschule Dresden kommenden Sonnabend eine Niederlage. Und das darf doch nicht passieren! Kr.

•

Sportverein Nünchritz 13 e. V.

Süd-West Dresden 1. — Nünchritz 1. 6:5 (1:4)

Ecken 5:5.

Am 2. November standen sich auf den Coschützer Höhen in Dresden obige Mannschaften zum fälligen Verbandsspiel gegenüber. Der für dieses Spiel angesetzte Schiedsrichter erschien nicht, deshalb wurde man sich auf Vorschlag seitens Nünchritz zum Gesellschaftsspiel einig. Nachdem der reguläre Spielanfang bereits um 20 Minuten überschritten war, hatte sich ein für unsere Klasse nicht zuständiger Unparteiischer gefunden. 14,35 Uhr ertönte der Pfiff zur Aufstellung. Nünchritz stand wie folgt:

Rentsch
Lamm Grosche
Vetter Frohne Kürschner
Günzel Leschig Werner Kümmel Fröbe

Nünchritz hat Anstoß, wird aber vom Gegner abgefangen, welcher gleich mächtig losfegt. Lamm klärt durch weiten Schlag. Schwarz-Weiß nimmt den Ball auf und schon probiert Werner scharf daneben. Nünchritz findet sich sofort zusammen und kombiniert trotz des morastigen Bodens ganz gut. Die Rothosen statten unserem Strafraum auch Gegenbesuche ab. Jedoch ohne Erfolg. Nünchritz spielt überlegen. In der 10. Minute eine feine Sache von rechts. Scharf wird der Ball in des Gegners Strafraum nach links gegeben. Fröbe ist zur Stelle und 1:0 für Nünchritz. 15 Minuten später ist Werner durch, wir zählen 2:0. Süd-West ist sichtlich überrascht und rafft sich zusammen. In der 31. Minute schießt der Mittelstürmer von Süd-West auf das Nünchritzer Tor. Flach und mäßig straff kommt der Ball, Rentsch kniet und läßt den Ball unbegreiflicherweise durch die Beine ins Tor. 2:1 für Nünchritz. Doch schon bubbert den Rothosen wieder das Herz. Werner kommt gerast und jagt 4 Minuten später dem Gegner das Leder in die Maschen, 3:1. Schwarz-Weiß drückt zeitweise ganz beängstigend. So bringt die 38. Minute noch ein Tor durch Leschig. Nach einigem Hin und Her geht es beim Stande von 4:1, Ecken 4:2 für Nünchritz, in die Pause. O, wie ärgerten wir uns, daß wir Gesellschaftsspiel abgeschlossen hatten. Glaubten doch alle, selbst Süd-West, an einen sicheren Sieg der Nünchritzer. Doch erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Dies lehrte die zweite Halbzeit ganz deutlich. Nach Anstoß geht Süd-West gleich durch, zunächst noch ohne Erfolg. In der 48. Minute wird durch die Rothosen ein Tor aufgeholt, 4:2. Was Nünchritz in der 1. Halbzeit war, ist jetzt Süd-West. Man drehte den Spieß um, Tor auf Tor holte Süd-West auf. Nünchritz hatte zu ihrem Verhängnis umgestellt. Nach dem Stande von 4:4 war Leschig für seine Farben nochmals erfolgreich, 5:4 für Nünchritz. Den Ausgleich und später, fast mit dem Schlußpfiff, holte Süd-West sogar noch das Siegestor auf.

Kritik: Der Platz war in der denkbar schlechtesten Verfassung. Alles war ein Morast. Die Dresdener Elf war nicht besser, auch nicht schlechter als ihr Gegner. Nur ihre unverantwortliche Härte in der 2. Halbzeit mußte unterbleiben. Auch das ewige Reklamieren und Zanken machte sich unangenehm bemerkbar. — Die heimische Elf zeigte in der 1. Halbzeit ein ausgezeichnetes Spiel. Die Junioren führten sich sehr gut ein. In der 2. Halbzeit erlagen die jungen Leute dem Tempo und dem schweren Boden. Die Schuld an der Niederlage trägt zum Teil die in der 2. Halbzeit vorgenommene Umstellung, sowie das gegenseitige Angöde verschiedener Spieler. Der Schiedsrichter war viel zu nachsichtig. Br. Sch.

SVN. 2. — SC. 97 Großenhain 2. 3:3 (Ecken 3:5).

Die 2. Elf weilte bei Sportklub 97 Großenhain 2. und konnte im Gesellschaftsspiel ein Unentschieden herausholen. Der Schiedsrichter hatte hier das Spiel nicht immer fest in der Hand. Für die Erfolge zeichnen Mittelstürmer, Halbrechts und Mittelläufer. Sa.

Jugendabteilung.

Da SV. Nickritz seine 2. Jugend zurückgezogen hat, war die 1. Jugend spielfrei.

Die 2. Jugend weilte auch bei Sportklub 97 Großenhain. Sie gewann verdient 1:0 über die körperlich starke Mannschaft. Der Sturm muß noch besser zusammenspielen und mehr auf das Tor schießen. Re.

SVN. 1. Knab. — SC. 97 Großenhain 1. Knab. 1:5.

Nünchritz trat nur mit 10 Mann an. Der beste Spieler fehlte leider. Die kleinen Nünchritzer konnten gegen den körperlich stärkeren Gegner nicht aufkommen. Schö.

•

Die deutschen Säbelmeisterschaften in Dresden.

Der Deutsche Fechterbund bringt seine diesjährigen deutschen Säbelmeisterschaften im Mannschafts- und Einzelfechten am 8. und 9. November in Dresden zum Austrag. Mit der technischen Durchführung ist der Dresdner Fechtclub betraut worden. Am Sonnabend, den 8. November um 14 Uhr beginnen die Vorkämpfe, die am Sonntag ab 9 Uhr fortgesetzt werden und am Nachmittag ihren Abschluß in den Endkämpfen finden. Die bekanntesten deutschen Fechtvereine haben ihre besten Fechter gemeldet. Leider nehmen die Fechter der Deutschen Turnerschaft an den Kämpfen um den Meistertitel nicht teil.

Sportverein Lichtensee.

Lichtensee 1. Jgd. gegen RSV. 1. Jgd. 2:3.
Lichtensee 1. Jgd. gegen Gröditz Jgd. 2:2.

Von der ersten Jgd. kann man zwei Unentschieden melden. Das Resultat gegen RSV. kann man als gut bezeichnen. Aber das zweite Unentschieden gegen Gröditz durfte unter keinen Umständen passieren. Bei diesem Spiel fand sich die Mannschaft überhaupt nicht zusammen.

Lichtensee 2. Jgd. gegen RSV. 2. Jgd. 0:1.
Lichtensee 2. Jgd gegen Röderau 2. Jgd. 0:7.

Bei diesen Spielen kann man genau dasselbe sagen, wie bei der 1. Jgd.

Lichtensee 1. Kn. gegen RSV. 1. Kn. 0:1. Dieses Spiel mußte leider wegen Regen abgebrochen werden. Ha.V.

Beim Kunstflug abgestürzt.

X Toronto. Ein Flugzeug stürzte hier bei Ausführung von Kunstflügen aus 65 Meter Höhe ab. Die Insassen, ein Mann und zwei Frauen, verbrannten vor den Augen der entsetzten Zuschauermenge.

Handel und Volkswirtschaft

Dresdner Börse vom 3. November. Der Börse eröffnete die neue Woche in sehr ruhiger Haltung und uneinheitlicher Kursbildung. Brauhank verloren 3,75 Prozent und die Genußscheine von Dresdner Albumin 4 RM. Reichsbankanteile und Steimers Paradiesbetten gewannen je 3, Union Diehl 2,5 Prozent. Anlagewerte verkehrten behauptet. Die 8prozentige Riesaer Stadtanleihe von 1926 konnte um 0,75 Prozent anziehen.

Leipziger Börse vom 3. November. Auf einige Kundschaftsaufträge hin war die Montagbörse in der Grundstimmung etwas freundlicher. Das Geschäft war etwas belebt. Die Kursveränderungen waren nach beiden Seiten nur sehr gering. Anleihen geschäftslos. Die Freiverkehrskurse waren durchgängig ohne jede Veränderung.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 3. November. Auftrieb: Ochsen 141, Bullen 238, Kühe 264, Kalben 116, Kälber 294, Schafe 954, Schweine 2264, zusammen 4269 Tiere. Preise: Ochsen 1 54—58, bo 2 47—53; Bullen 1 54—56, bo 2 50—53; Kühe 1 45—50, bo 2 38—44, 32—37, bo 4 27—31; Kalben 1 53—56, bo 2 45—52; Kälber 1 —, bo 2 72—76, bo 3 68—71, bo 4 60—67; Schafe 1 54—58, bo 2 63—65, bo 3 50—54, bo 4 45—49; Schweine 1 65—66, bo 2 66, bo 3 65, bo 4 63—64, bo 7 54—58; Geschäftsgang: Rinder, Kälber und Schafe schlecht, Schweine gut. Ueberstand: Ochsen 40, Bullen 50, Kühe 60, Kalben 30, Schafe 30 und Schweine 6.

Chemnitzer Börse vom 3. November. Die Chemnitzer Börse zeigte zum Wochenbeginn bei ernster Nachfrage auf dem Maschinenmarkt und kleineren Umsätzen uneinheitliche Haltung. Die Kursschwankungen gingen in keinem Falle über 1 Prozent hinaus. Der Freiverkehr lag bei geringen Umsätzen unverändert ruhig.

Chemnitzer Schlachtviehmarkt vom 3. November. Ochsen 1 55—58, bo 2 48—50, bo 3 42—46; Bullen 1 54—56, bo 2 51—54, bo 3 48—50; Kühe 1 51—52, bo 2 42—48, bo 3 32—38, bo 4 20—28; Kälber 1 —, bo 2 78—81, bo 3 70—76, bo 4 62—68, bo 5 57—60; Schafe 1 50—52, bo 2 45—48, bo 3 40—44, bo 4 30—35; Schweine 1 und 2 59—62, bo 3 58—61, bo 4 55—60, bo 5 52—58, bo 7 45—54. Auftrieb: Ochsen 86, Bullen 144, Kühe 410, Färsen 40, Fresser 8, Kälber 570, Schafe 389, Schweine 2427. Geschäftsgang: Rinder schlecht, Kälber und Schweine schleppend, Schafe langsam.

An der Berliner Börse waren am Montag neue Kursrückgänge zu verzeichnen; gegen Schluß trat eine kleine Erholung ein. J. G. Farben notierten 140 %, Salzdetfurth 262, Akku 67 %, Polyphon 149, Hapag 74, A.E.G. 116, Reichsbank 228. Der Satz für Tagesgeld lautete 6 bis 8 Prozent, der für Monatsgeld 6—7,5 Prozent; Privatdiskont unverändert.

Produkten-Börse zu Dresden.

Amtliche Notierungen.

3. November 1930, nachmittags 15,30 Uhr. Wetter: sonnig
Börsenzeit: Montag und Freitag nachm. von 14 bis 16,30 Uhr.

	27. Okt.	3. Nov.	
Weizen, neuer Natural-Gew., 75 kg	235—240	237—242	stetig
Roggen, alter Natural-Gew., 71 kg	—	—	—
bo. neuer	155—160	153—158	ruhig
Futtergerste	167—192	167—192	ruhig
Sommergerste, sächs.	195—210	195—212	ruhig
Wintergerste	—	—	—
Hafer, inländ., alter	163—168	168—168	ruhig
bo. neuer	148—158	148—158	ruhig
Raps, trocken	—	—	—
Mais, mit 25 Mk.-Zoll	250—255	250—255	ruhig
Laplata	—	—	—
mixed	—	—	—
Mais, mit Mk. 2,50-Zoll Cinquantin	30,00—31,00	30,00—31,00	ruhig
Wicken, Saatware	22,00—24,00	21,00—23,00	ruhig
Lupinen, Saatware blaue	—	—	—
gelbe	—	—	—
Peluschken	—	—	—
Erbsen, kleine	26,50—27,50	26,50—27,50	ruhig
Rotklee	—	—	—
Trockenschnitzel	5,60—5,80	5,50—5,70	ruhig
Kartoffelflocken	13,25—13,75	13,25—13,75	ruhig
Futtermehl	11,00—12,00	11,00—12,00	ruhig
Weizenkleie	7,00—7,80	7,00—7,80	ruhig
Roggenkleie	7,50—9,50	7,50—9,50	ruhig
Kaiser-Auszug	48,00—50,00	48,00—50,00	ruhig
Bäckermundmehl	42,00—44,00	42,00—44,00	ruhig
Weizennachmehl	14,50—16,50	14,50—16,50	ruhig
Inlandweizenmehl 70 %	37,25—38,25	37,25—38,25	ruhig
Roggenmehl 60 %	27,75—28,75	27,75—28,75	ruhig
Roggenmehl 70 %	—	—	—
Roggennachmehl	14,00—16,00	14,00—16,00	ruhig

Die Preise verstehen sich bis einschließlich Mais per 1000 Kilogramm, alle anderen Artikel per 100 Kilogramm in Reichsmark. Cinquantin, Wicken, Lupinen, Peluschken, Erbsen, Rotklee und Mehl (Mehl incl. Sack frei Haus) in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden, alles andere in Mindestmengen von 10 000 Kilogramm mafr. sächs. Versandstationen.

Bei Abweichungen des Naturalgewichtes:

Weizen über	75 kg	bis 78 kg	Mk. 2.—	je kg Zuschlag
Weizen über	78 kg	bis 80 kg	Mk. 1.—	je kg Zuschlag
Weizen von	74 kg		Mk. 2.—	je kg Abzug
Weizen unter	74 kg	bis 71 kg	Mk. 3.—	je kg Abzug
Roggen über	72 kg	bis 74 kg	Mk. 2.—	je kg Zuschlag
Roggen unter	72 kg	bis 70 kg	Mk. 2.—	je kg Abzug
Roggen unter	70 kg	bis 68 kg	Mk. 3.—	je kg Abzug

Das Effektivgewicht ist bis auf weiteres festgesetzt.

SLUB
Wir führen Wissen.